

ZUKUNFT GESTALTEN WIR.

**Geschäftsbericht
Deutscher Gewerkschaftsbund
Bezirk Baden-Württemberg
2018–2021**

Inhaltsverzeichnis

Zum Gedenken	4
Vorwort	5
Porträt des Bezirks	7
Mitglieder des DGB-Bezirksvorstands.....	8
Besondere Ereignisse, Aktionen und Kundgebungen.....	11
Unsere politischen Erfolge in der Corona-Pandemie	18
Projekte	21
Das eSta-Projekt und der Zukunftsdialog	22
Unsere Kampagne zur Landtagswahl 2021	28
Umsetzung der Leitanträge der 21. Bezirkskonferenz	31
Gute Arbeit	32
Gute Bildung.....	34
Gutes Leben.....	36
Starker DGB	40
Berichte aus den Abteilungen	45
Wirtschafts-, Industrie- und Umweltpolitik	46
Arbeits- und Sozialpolitik	48
Bildungspolitik	50
Handwerkspolitik.....	52
Strukturpolitik und Daseinsvorsorge	54
Öffentlicher Dienst/Beamtenpolitik	56
Frauen und Gleichstellungspolitik.....	60
Interregionale Europapolitik	62
Jugend	67
Studierendenarbeit	71
Unsere Regionen.....	75
DGB-Region Nordbaden	76
DGB-Region Nordwürttemberg	80
DGB-Region Südbaden.....	88
DGB-Region Südwürttemberg	94
Forum Soziale Technikgestaltung.....	99
Finanzbericht	105
Erledigungsvermerke	109
Impressum	130

ZUM GEDENKEN

*Mit dem Tod eines Menschen verliert man vieles,
niemals aber die gemeinsam verbrachte Zeit.*

Sie haben gekämpft für unsere gemeinsamen Ziele:
soziale Gerechtigkeit und gute Arbeit!
Frieden und eine demokratische Gesellschaft!
Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.

Hans Bühler

Vorsitzender KV Neckar-Odenwald
1937 – 10.01.2019

Richard Menzel

Vorsitzender KV Heidelberg
1929 – 20.07.2020

Thomas Bittner

Vorsitzender KV Esslingen
1944 – 05.08.2020

Kurt Bass

Vorsitzender KV Biberach
1944 – 09.02.2021

Bruno Ott

Beschäftigter DGB-Bezirk Baden-Württemberg
1951 – 12.01.2018

Nina Schwarz

Abteilungsleiterin Öffentlicher Dienst und Kommunalpolitik,
DGB-Bezirk Baden-Württemberg
1984 – 07.09.2019

Gisela Nagel

Beschäftigte DGB-Region Nordbaden
1941 – 26.05.2020

Anton Schaaf

Geschäftsführer DGB-Bezirk Baden-Württemberg
1962 – 02.11.2020

Ismail Kahraman

Gewerkschaftssekretär DGB-Bezirk Baden-Württemberg
1939 – 19.12.2020

Vorwort

Liebe Leserinnen, liebe Leser,
liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

der DGB Bezirk Baden-Württemberg – die Bezirksverwaltung und die vier Regionen mit ihren 37 Kreis- und Stadtverbänden – stellt Ihnen mit diesem Tätigkeitsbericht die Arbeit der vergangenen vier Jahre dar. Seit Oktober 2017 haben wir gemeinsam Prozesse angestoßen und unsere Arbeit auf allen Ebenen besser verzahnt. Die (Leit-) Anträge der zurückliegenden 21. Bezirkskonferenz waren die Leitplanken für unser Handeln. Der Höhepunkt unserer Kampagnenarbeit war sicherlich die Begleitung der Landtagswahl am 14. März 2021 und die anschließende Regierungsbildung. Wir können mit Stolz sagen: Einige für uns elementar wichtige Punkte finden sich im Koalitionsvertrag der grün-schwarzen Landesregierung wieder, wie die Ausbildungsgarantie und der Vergabemindestlohn.

Bei der 21. ordentlichen Bezirkskonferenz am 27. Januar 2018 habt ihr unserem Führungsteam mit überwältigender Mehrheit das Vertrauen ausgesprochen. Am 29. Januar 2022 finden turnusgemäß Neuwahlen statt. Für mich ist das nicht nur das Ende meiner Amtszeit, sondern auch der Abschied vom DGB. Mit meinem Eintritt in die Rente darf ich auf 31 Jahre hauptamtliche Tätigkeit bei der IG Metall und fünf Jahre als Bezirksvorsitzender beim DGB zurückblicken. Danke an alle ehrenamtlichen und hauptamtlichen Kolleginnen und Kollegen, die mich in dieser Zeit unterstützt haben. Gemeinsam haben wir den DGB Baden-Württemberg vorangebracht. Danke auch an alle Mitglieder des Bezirksvorstandes für die konstruktive Zusammenarbeit. Nur gemeinsam mit den Mitgliedsgewerkschaften konnten wir die Interessen unserer gut 800.000 Gewerkschaftsmitglieder gegenüber der Politik wirkungsvoll vertreten und die Anträge der zurückliegenden Bezirkskonferenz erfolgreich umsetzen.

Danke sage ich auch den Vorsitzenden der Mitgliedsgewerkschaften, dass sie bereit waren, frühzeitig Vorschläge für das künftige Führungsteam des DGB Baden-Württemberg zu machen. Schon im Januar 2021 hat der Bezirksvorstand Kai Burmeister (IG Metall) und Maren Diebel-Ebers (ver.di) einstimmig für Vorsitz und Stellvertretung nominiert. Danken möchte ich auch dem geschäftsführenden Bundesvorstand für die Entscheidung, aus den vier Regionen im Bezirk sechs zu machen. Mit der Neugliederung werden die Kreis- und Stadtverbände schlagkräftiger. Davon bin ich felsenfest überzeugt.

Das Votum der Delegierten vorausgesetzt, werden wir auch beim Thema Gleichstellung einen großen Schritt nach vorne machen. Bisher bestand das fünfköpfige Führungsteam (Vorsitzender und vier Regionsgeschäftsführende) aus vier Männern und einer Kollegin. Künftig soll sich das achtköpfige Führungsteam

**Gegenseitige Achtung und Anerkennung
sind wichtige Faktoren für ein soziales
und faires Miteinander am Arbeitsplatz
und in der Gesellschaft.**



Quelle: DGB/S.Wolf

(Vorsitz, Stellvertretung und sechs Regionsgeschäftsführende) aus drei Männern und fünf Frauen zusammensetzen. Damit übertreffen wir die Quoten in unserer Satzung deutlich.

Niemand hat 2018 eine Pandemie vorhergesehen, die bis jetzt fast fünf Millionen Menschen weltweit das Leben gekostet hat. Als Anfang 2020 die ersten Corona-Fälle in Baden-Württemberg bekannt wurden, haben wir uns praktisch von einem Tag auf den anderen umgestellt: Aus Präsenzsitzungen wurden Video-Konferenzen, für alle Büros wurden Hygienekonzepte entwickelt.

Was uns wichtig war: Trotz Lockdowns waren wir in allen Büros jederzeit erreichbar. Arbeitnehmerrechte gelten auch in der Pandemie! Und es braucht starke Gewerkschaften und den DGB, damit sie auch eingehalten werden.

Auf politischer Ebene waren wir gefordert, zu den aktuellen Themen Stellung zu beziehen – zu Fragen rund um die Kurzarbeit (Stichwort Aufstockung), dem Recht auf mobiles Arbeiten, der Einhaltung des Infektionsschutzes am Arbeitsplatz und zur Entlastung von Familien, die durch Kita- und Schulschließungen bei parallelem Arbeiten von zuhause aus an ihre Grenzen gekommen sind. Gegenüber der Landesregierung haben wir diese Anliegen entschieden vertreten.

Als Gewerkschaftsbewegung engagieren wir uns für gute Arbeits- und Lebensverhältnisse für alle Menschen, die hier leben. Wir wollen den Menschen Sicherheit im Wandel geben, indem wir Perspektiven aufzeigen. Wir stehen für fair bezahlte, mitbestimmte Arbeit, eine verlässliche Daseinsvorsorge, einen starken Sozialstaat und Chancengerechtigkeit für alle. Dafür engagieren wir uns in unserer täglichen Arbeit und werden es auch weiterhin tun. Denn große Aufgaben liegen vor uns – die Transformation, die Bildungsgerechtigkeit, die Stärkung der Demokratie, der Mitbestimmung und der Tariftreue.

Lasst uns gemeinsam dafür kämpfen. Nur zusammen können wir Gutes für die Beschäftigten im Land bewirken!

Euer

Porträt des Bezirks

Der DGB-Bezirk Baden-Württemberg ist einer von neun DGB-Bezirken bundesweit und einer von dreien, die mit einem Bundesland identisch sind. Vier Regionen gehören zum Bezirk: Nordwürttemberg, Nordbaden, Südwürttemberg und Südbaden. Von Januar 2022 an werden es sechs sein: Nordbaden, Heilbronn-Franken, Stuttgart, Südbaden, Neckar-Alb-Obere Donau und Südostwürttemberg.

Im Bezirk arbeiten 72 hauptamtlich Beschäftigte: 33 in der Bezirksverwaltung und 39 in den Regionen. Die 18 Regionssekretär*innen betreuen 37 Kreis- und Stadtverbände.

Der DGB Baden-Württemberg vertritt die Interessen von mehr als 800.000 Mitgliedern der acht DGB-Gewerkschaften im Südwesten. Von den 802.959 Mitgliedern (31.12.2020) waren 541.399 männlich und 261.620 weiblich. Trotz der schwierigen Bedingungen in den Pandemie-Jahren, was die Werbung von neuen Mitgliedern angeht, ist ihre Zahl nahezu stabil geblieben.

Seit dem 1. Februar 2017 ist Martin Kunzmann, ehemaliger Geschäftsführer der IG Metall Pforzheim, Bezirksvorsitzender. Er wurde auf der 21. Bezirkskonferenz im Januar 2018 mit 100 Prozent Zustimmung im Amt bestätigt. Seine Stellvertreterin Gabriele Frenzer-Wolf wurde mit 95,5 Prozent Zustimmung wiedergewählt. Sie war für die Politikfelder öffentlicher Dienst, Bildung, Frauen und Gleichstellung,



Migration und Medien verantwortlich. Zum 31. August 2020 wechselte sie als Direktorin zur DRV Baden-Württemberg. Seitdem war ihre Position nicht mehr besetzt.

Im **Leitbild** des Bezirks, das von den Beschäftigten entwickelt wurde, sind Selbstverständnis und Aufgaben umrissen:

Als Dachverband vertreten wir die gemeinsamen Interessen unserer acht Mitgliedsgewerkschaften gegenüber Gesellschaft, Staat, Politik und Arbeitgeberverbänden. Dabei schaffen wir aus Vielfalt Einheit und belassen dennoch der Vielfalt ihren Raum. Der DGB Baden-Württemberg ist parteipolitisch unabhängig, aber nicht politisch neutral. Wir sind dem Prinzip der Einheitsgewerkschaft verpflichtet.

Wir verstehen uns als innovative Gestaltungsmacht. Die breite Basis von mehr als 800.000 Gewerkschaftsmitgliedern im Land macht uns stark. Sie verleiht uns Mobilisierungskraft und Kampagnenfähigkeit. Unser Auftrag ist es, in Baden-Württemberg an der stetigen Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Beschäftigten zu arbeiten, auf Verteilungsgerechtigkeit zu dringen sowie gewerkschaftliche Errungenschaften zu bewahren und fortzuentwickeln.

Wir verstehen uns als Teil der bundesweiten, europäischen und weltweiten Gewerkschaftsbewegung. Dafür wollen wir mehr Menschen gewinnen. Wir unterstützen die Mitgliedsgewerkschaften in deren Tarifrunden sowie bei der Gewinnung neuer Mitglieder und der Gründung von Mitbestimmungsgremien.

Die Bezirkskonferenz des DGB Baden-Württemberg und der Bundeskongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes legen die Leitlinien unserer Arbeit fest. Der Bezirksvorstand als das Gremium, das den DGB Bezirk und seine Mitgliedsgewerkschaften repräsentiert, entscheidet darüber, auf welche Weise Beschlüsse jeweils umgesetzt werden. Er beschließt die konkreten Positionen und Aktivitäten des DGB-Bezirks.

Zur Bundestagswahl haben wir unser Haus als Plakatwand genutzt.

Mitglieder des DGB-Bezirksvorstands

DGB-Bezirksvorsitzender Martin Kunzmann, seit 01.02.2017
Stellv. Bezirksvorsitzende Gabriele Frenzer-Wolf, seit 01.09.2013 bis 31.08.2020

VERTRETER*INNEN DER MITGLIEDSGEWERKSCHAFTEN

EVG

Bodo Schwenn (seit 09/2021)
 Arnold Fischer (seit 11/2017 bis 08/2021)

GdP

Hans-Jürgen Kirstein (seit 02/2017)
 Sybille Pilger (seit 01/2018 bis 09/2020)

GEW

Monika Stein (seit 12/2020)
 Doro Moritz (seit 09/2008 bis 12/2020)

IG BAU

Andreas Harnack (seit 09/2014)

IG BCE

Catharina Clay (seit 03/2012)

STELLVERTRETER*INNEN BZW. WEITERE STELLVERTRETER*INNEN

Nelli Beller (seit 09/2021)
 Günther Geißler, weiterer (seit 09/2021)
 Walter Greiner (seit 11/2017 bis 08/2021)
 Bodo Schwenn, weiterer (seit 11/2019) bis 08/2021)
 Martin Herion, weiterer (seit 11/2017 bis 11/2019)

Jörg W. Schmitt (seit 03/2021)
 Verena Keppler (seit 02/2017 bis 01/2018)

David Warneck (seit 12/2020)
 Michael Futterer (seit 11/2009 bis 12/2020)
 Matthias Schneider, weiterer (seit 10/2013)
 Farina Semler, weitere (seit 12/2020)
 Ricarda Kaiser, weitere (seit 12/2020)

Frank Heßler (seit 03/2014)



Verabschiedung von Gabriele Frenzer-Wolf am 31. Juli 2020, mit Martin Gross, Doro Moritz und Erika Bock

IG Metall

Roman Zitzelsberger (seit 02/2014)

Martin Gürtler (seit 01/2019)
 Julia Wahl, weitere (seit 11/2019)
 Kai Burmeister, weiterer (seit 11/2019)
 Josef Bechtel, weiterer (seit 1999 bis 01/2019)
 Christian Steffen, weiterer (seit 10/2013 bis 12/2020)
 Martin Sambeth, weiterer (seit 02/2014 bis 12/2020)

NGG

Uwe Hildebrandt (seit 10/2003)

Hakan Ulucay (seit 12/2015)
 Alexander Münchow, weiterer (seit 09/2017)

ver.di

Martin Gross (seit 12/2016)

Andreas Henke (seit 10/2013)
 Susanne Wenz, weitere (seit 12/2016)
 Hanna Binder, weitere (seit 12/2016)

DGB-PERSONENGRUPPEN

DGB-Bezirksfrauenausschuss
 Silke Hannweg (seit 10/2017 bis 06/2018)
 Erika Bock (seit 06/2018)

STELLVERTRETER/IN

Anita Vooren (seit 10/2014)

DGB-Bezirksjugendausschuss
 Julian Wiedmann (seit 12/2015 bis 03/2020)
 Slavena Flaig (seit 03/2020)

Cendrese Sadiku (seit 10/2017 bis 03/2020)

BERATENDE MITGLIEDER

DGB-Region Nordbaden Lars-Christian Treusch
 DGB-Region Südbaden Jürgen Höfflin
 DGB-Region Nordwürttemberg Bernhard Löffler
 DGB-Region Südwürttemberg Bärbel Mauch



Besondere Ereignisse, Aktionen und Kund- gebungen

Die Wirtschafts- und Arbeitsministerin Nicole Hoffmeister-Kraut hat am 16. Oktober 2017 rund 250 Betriebsrät*innen und Personalrät*innen zu einem Empfang in den Marmorsaal des Neuen Schlosses eingeladen.

2017

Empfang für Betriebs- und Personalräte im Neuen Schloss

Die Wirtschafts- und Arbeitsministerin Nicole Hoffmeister-Kraut hat am 16. Oktober rund 250 Betriebsrät*innen und Personalrät*innen zu einem Empfang in den Marmorsaal des Neuen Schlosses eingeladen. Der DGB-Landesvorsitzende Martin Kunzmann dankte der Ministerin für die Einladung „in die gute Stube der Landesregierung“ und die Wertschätzung, die sie den Arbeitnehmervertreter*innen zeige. Er erinnerte in seiner Rede daran, dass die Digitalisierung und der Strukturwandel nur erfolgreich bewältigt werden könnten, wenn alle Beteiligten auf Augenhöhe eingebunden seien. Dazu gehörten selbstverständlich die Betriebs- und Personalräte.

2018

21. ordentliche Bezirkskonferenz in Stuttgart

Am 27. Januar 2018 fand im Willi-Bleicher-Haus in Stuttgart die 21. ordentliche Bezirkskonferenz statt. Sie stand unter dem Motto „Solidarisch, gerecht – für alle!“. Auf der Konferenz wurden der Landesvorsitzende Martin Kunzmann und seine Stellvertreterin Gabriele Frenzer-Wolf für eine weitere, vierjährige Amtszeit wiedergewählt. Die 100 Delegierten haben vier Leitanträge verabschiedet: „Gute Arbeit“, „Gute Bildung“, „Gutes Leben“ und „Starker DGB“. Das war eine Premiere. Darüber hinaus wurde eine Reihe weiterer Anträge beschlossen. Die Landesregierung hat der stellvertretende Ministerpräsident und Innenminister Thomas Strobl (CDU) vertreten. Vom Bundesvorstand hat die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack teilgenommen.

Unabhängige Kommission

Sommerfest 2018. Foto: DGB/J. Röttgers



zur Altersversorgung der Abgeordneten

Im Februar 2017 beschloss die Mehrheit der Landtagsfraktionen die Rückkehr zur Staatspension. Vor allem jüngere Abgeordnete waren unzufrieden mit der Leistungsfähigkeit privater Finanzprodukte. Die Staatspension war 2008 abgeschafft worden, im Gegenzug waren die Diäten um ein Drittel erhöht worden. Diese Rolle rückwärts sorgte für starke öffentliche Proteste, auch vom DGB. Landtagspräsidentin Aras setzte daraufhin die Unabhängige Kommission zur Altersversorgung der Abgeordneten ein. Für den DGB hat Gabriele Frenzer-Wolf in der Kommission mitgewirkt. Im April hat diese ihren Abschlussbericht vorgestellt. Der DGB hat mit einer Minderheit der Kommissionsmitglieder für die freiwillige Versicherung von Abgeordneten in der gesetzlichen Rentenversicherung gestimmt. Die Abgeordneten sind Teil der Bürgerschaft. Ihre Altersversorgung sollte deshalb auch so wie für den weit überwiegenden Teil der Bürger*innen geregelt sein, nämlich in einem solidarischen, kapitalmarktunabhängigen und verlässlichen System. Die Landtagsmehrheit ist allerdings dem Vorschlag gefolgt, die Abgeordneten beim Versorgungswerk des Landtages in Nordrhein-Westfalen zu versichern.

1. Mai

Unter dem Motto „Solidarität, Vielfalt und Gerechtigkeit“ hat der Bezirk 53 Veranstaltungen zum Tag der Arbeit ausgerichtet. Die Hauptkundgebung fand in Freiburg statt.

Sommerfest

Bei angenehmem Sommerwetter konnten wir unsere Gäste am 17. Juli bewirten und über unsere aktuellen Projekte informieren. Vor dem Willi-Bleicher-Haus fanden sich zahlreiche Gäste aus der Politik, von Bündnispartnern und den Arbeitgebern sowie Journalist*innen und Gewerkschafter*innen ein.



Feierliche Premiere: die Verleihung des Mitbestimmungspreises. Foto: DGB/J. Röttgers

Preisverleihung „Gute Arbeit – ausgezeichnet“

Auf Landesebene ist die Arbeit von Mitbestimmungsgremien bisher noch nicht gewürdigt worden. Diese Lücke hat der DGB Baden-Württemberg mit seinem Mitbestimmungspreis geschlossen. Für den Preis „Gute Arbeit – ausgezeichnet“ konnten sich Betriebs- und Personalräte, Jugend- und Auszubildendenvertretungen, Schwerbehindertenvertretungen und Mitarbeitervertretungen in kirchlichen Einrichtungen bewerben. Das Interesse war groß. Die feierliche Übergabe der Preise hat im Rahmen des Betriebs- und Personalräteempfangs des Wirtschaftsministeriums am 23. Oktober im Neuen Schloss in Stuttgart stattgefunden. Den Preis selbst haben die Auszubildenden der Schroff GmbH in Straubenhardt gestaltet. Die Preisträger waren:

Der Betriebsrat der Stadtwerke Pforzheim GmbH & Co. KG für den Anstoß, ein Biomasse-Heizkraftwerk zu bauen. Der Betriebsrat der ZF Friedrichshafen AG für eine Vereinbarung zur Standort- und Beschäftigungssicherung. In der Landeshauptstadt Stuttgart hat der Gesamtpersonalrat einen vorbildlichen Umgang mit dem zunehmenden Problem der Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst erreicht. Die Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) des städtischen Klinikums Karlsruhe gGmbH hat sich mit viel Ausdauer über den Weg einer betrieblichen Einigungsstelle für eine Urlaubsregelung für Auszubildende in den Pflege- und medizinischen Berufen eingesetzt. Der Sonderpreis ging an den Betriebsrat der Harman Becker Automotive Systems GmbH in Karlsbad für sein Engagement für eine beteiligungsorientierte und ganzheitliche Gefährdungsbeurteilung.

2019

1. Mai

Unter dem Motto „Europa. Jetzt aber richtig!“ sind Gewerkschafter*innen in Baden-Württemberg für ein sozial gerechtes und solidarisches Europa auf die Straße gegangen. Landesweit haben 53 Kundgebungen und Veranstaltungen stattgefunden. Die Mai-Redner*innen haben dafür geworben, bei der Europawahl am 26. Mai die demokratischen und pro-europäischen Kräfte zu stärken. Die zentrale Kundgebung fand in Karlsruhe statt.



Sommerfest

Auch 2019 wurde die Tradition fortgesetzt: Wieder am 17. Juli haben wir mit unseren Gästen aus Politik, befreundeten Organisationen, Zivilgesellschaft, Medien und Gewerkschaften unser Sommerfest vor dem Willi-Bleicher-Haus gefeiert. Das Wetter hat mitgemacht, und so konnten wir in entspannter Atmosphäre unsere wichtigsten aktuellen Themen präsentieren. Gelegenheit zum Plauschen und Netzwerken gab es reichlich. Wer hätte gedacht, dass es vorerst das letzte Sommerfest sein würde!

Betriebs- und Personalräteempfang im Landtag

Im Oktober fand auf Einladung von Landtagspräsidentin Muhterem Aras ein großer Empfang für Betriebs- und Personalrät*innen der DGB-Gewerkschaften statt. Vertreter*innen der Landtagsfraktionen haben mit

unseren Kolleginnen und Kollegen aktuelle gesellschafts- und betriebspolitische Themen diskutiert, etwa die Bedeutung des Bildungszeitgesetzes.

Klimaaktionstag am 20. September

Als DGB Baden-Württemberg haben wir uns an dem weltweiten Klimaaktionstag beteiligt, gemeinsam mit Fridays for Future und anderen Organisationen. In dem Aufruf heißt es: Wir zeigen gemeinsam Flagge für einen sozialen und ökologischen Wandel, der Klimaschutz, sichere Arbeitsplätze und soziale Gerechtigkeit miteinander vereint.

70-Jahr-Jubiläum des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Am 14. Oktober hat der Bezirk das 70-jährige Bestehen des Deutschen Gewerkschaftsbundes mit einem großen Festakt im Willi-Bleicher-Haus begangen: Mit zahlreichen Gästen aus den demokratischen Parteien und Landtagsfraktionen, aus Verbänden und Organisationen, mit Betriebs- und Personalräten sowie Gewerkschafter*innen. Die Festrede hielt die Landtagspräsidentin Muhterem Aras („Zusammenhalt in Vielfalt“).

Anlässlich des Jubiläums haben wir die [Broschüre](#) zur Gründungsphase der Gewerkschaften im Südwesten neu aufgelegt. In einer Chronik von 1949 bis heute zeichnen wir die tarif- und sozialpolitischen Meilensteine nach.



Der Auftritt der Jugend bei der Jubiläumsfeier.
Foto: DGB/J. Röttgers

2020

1. Mai

Zum ersten Mal seit der Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes 1949 gab es keine Demos und Kundgebungen auf Straßen und Plätzen zum Tag der Arbeit. Wegen der Corona-Pandemie hatte der Bundesvorstand beschlossen: mit Anstand Abstand halten. Unsere Mitglieder haben sich im Netz in überwältigender Weise solidarisch gezeigt. Nach dem Motto: Solidarisch ist man nicht alleine! Der Bezirk hat einen Livestream gesendet. Die Regionen haben ebenfalls kreative Aktionen auf die Beine gestellt. Die Premiere war erfolgreich – auch wenn viele die persönliche Begegnung vermisst haben.

Demokratie stärken und schützen

Als sichtbares und solidarisches Zeichen, dass uns unser Gewerkschaftshaus gehört, haben wir am 6. Mai auf dem Gustav-Heinemann-Platz die Kundgebung Demokratie stärken und schützen veranstaltet. Nach dem Motto des ehemaligen Bundespräsidenten Gauck: „Wo auch immer die Feinde der Demokratie auftreten, stellen wir uns ihnen entgegen.“ Mit der Kundgebung haben wir sozusagen auch ideell die Spuren verwischt, die die Identitäre Bewegung Ende Mai an unserem Haus hinterlassen hat.

Wir haben zum 1. Mai
eigens ein Kleinflugzeug
gechartert, das mit
unserem Motto über
Stuttgart und Umgebung
geflogen ist.



Gewaltfreiheit, Solidarität und Demokratie - dafür haben wir am 6. Mai 2020 vor dem Willi-Bleicher-Haus demonstriert.

8. Mai

Anlässlich des 75. Jahrestages der Befreiung Europas vom Faschismus haben wir einen Gedenkfilm drehen lassen. Er erinnert an die Umstände der Machtübernahme Hitlers, die Besetzung der Gewerkschaftshäuser im Mai 1933 im Südwesten, die Verfolgung der politischen Gegner*innen, die Ermordung der europäischen Juden und das Leid der Zivilbevölkerung. Begleitet werden die historischen Bilder von Bernd Köhler und Freunde mit dem Lied „Wir sind die Moorsoldaten“.

Sommerfilm statt Sommerfest

Da das Sommerfest wegen des Lockdowns abgesagt werden musste, haben wir mit den Kolleg*innen aus der Bezirksleitung einen Sommerfilm gedreht. Er wurde an die Gäste der Sommerfeste der vorigen Jahre verschickt.





Kampagne „Gewerkschaft schafft“

Mit der Kampagne „Gewerkschaft schafft“, die der Bezirk im September gestartet hat, haben wir gezeigt: Gewerkschaften sind Mitmachorganisationen. Das gilt auch in der Pandemie. Die zentralen Botschaften waren: Gewerkschaft schafft bessere Arbeitsbedingungen, ein tragfähiges soziales Netz und eine solidarische Gesellschaftspolitik. Herzstück der Kampagne war ein vierminütiger Film, in dem rund 30 Kolleg*innen aus ganz Baden-Württemberg vor der Kamera sagen, was Gewerkschaft alles schafft: vom Forstwirt über die Altenpflegerin bis zur Vorsitzenden der Jugendausbildungsververtretung bei Porsche Zuffenhausen. Vom Daimler-Beschäftigten über die Erzieherin bis zum Schulsozialarbeiter. Vom Kommissionierer in der Logistik über den DB-Cargo-Beschäftigten bis zum Polizisten und zur Entwicklerin. Am 30. September konnten wir den Kick-off der Kampagne im Willi-Bleicher-Haus feiern: mit den Sprecher*innen des Films und Gästen aus den Mitgliedsgewerkschaften. Bis Februar haben wir die einzelnen Botschaften – etwa zur Mitbestimmung, zu Tarifverträgen, Bildung, Gesundheitsschutz und Gleichberechtigung – in Kurzclips und Sharepics auf unseren Social-Media-Kanälen gespielt. Die Mitgliedsgewerkschaften haben sich mit eigenen Kurzclips beteiligt. Von den geplanten zwei Staffeln Kinowerbung konnte wegen der coronabedingten Schließung der Kinos leider nur eine laufen. In zehn größeren Städten wurden Postkarten in Kneipen, Gaststätten und Fitness-Studios verteilt. Alle Elemente der Kampagne sind unter www.gewerkschaft-schafft.de zu finden.

Mitbestimmungspreis „Gute Arbeit – ausgezeichnet“ zum zweiten Mal verliehen

Die für Oktober geplante Preisverleihung konnte wegen steigender Infektionszahlen nicht im Haus der Wirtschaft in Stuttgart stattfinden. Die Übergabe der Preise fand bei gesonderten Terminen statt. Ausgezeichnet wurden fünf Mitbestimmungsgremien:

Der Betriebsrat der Rolls-Royce Power Systems AG, Friedrichshafen für seine Vereinbarung zu Arbeitszeitmodellen, der Betriebsrat der Leonhard Weiss GmbH & Co. KG, Göppingen, für sein umfassendes Konzept zur Qualifizierung von Beschäftigten, der Personalrat der Kreissparkasse Ostalb, Aalen, für seine Dienstvereinbarung zur Zukunftssicherung, die Jugend- und Auszubildendenvertretung des Landratsamtes Enzkreis, Pforzheim, für ihren Einsatz für Azubis bezüglich Übernahmeperspektiven sowie die Jugend- und Auszubildendenvertretung des Uniklinikums Ulm, für ihr Engagement beim Thema gesunde und klimagerechte Ernährung.

Die Schirmherrschaft übernahm erneut Wirtschafts- und Arbeitsministerin Nicole Hoffmeister-Kraut. Der Preis ist nicht dotiert. Er wird alle zwei Jahre verliehen. Bewerben können sich Betriebs- und Personalräte, Jugend- und Auszubildendenvertretungen, Schwerbehindertenvertretungen und Mitarbeitervertretungen in kirchlichen Einrichtungen. Mitglieder der Jury waren: Ulrich Conzelmann (Referatsleiter Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsrecht im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau), Professor Dr. Wolfgang Däubler (em. Professor für Deutsches und Europäisches Arbeitsrecht, Bürgerliches Recht und Wirtschaftsrecht Universität Bremen), Julia Friedrich (Geschäftsführerin DGB Baden-Württemberg), Romeo Edel (Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt, Evangelische Landeskirche Württemberg) und Susanne Heydenreich (Intendantin des Theater der Altstadt Stuttgart).

2021

Nominierung der künftigen Führungsspitze

Am 19. Januar hat der Bezirksvorstand Kai Burmeister (IG Metall Bezirksleitung) und Maren Diebel-Ebers (DGB Nordbaden) vorgeschlagen. Die beiden haben sich anschließend in einem Pressegespräch der Öffentlichkeit vorgestellt.

Kai Burmeister ist Diplom-Volkswirt und seit 2016 bei der Bezirksleitung der IG Metall Baden-Württemberg tätig. Der gebürtige Lübecker ist dort für die Landespolitik und Industriepolitik mit Schwerpunkt Wandel der Automobilindustrie zuständig.

Maren Diebel-Ebers arbeitet seit 2011 als Regionssekretärin beim DGB Baden-Württemberg in Mannheim. Dort betreut sie die Kreisverbände Heidelberg-Rhein-Neckar und Neckar-Odenwald. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Mobilität und Gesundheitspolitik. Die gebürtige Freiburgerin ist ebenfalls Diplom-Volkswirtin. Sie ist ver.di-Mitglied.

1. Mai

Der Tag der Arbeit stand unter dem Motto: „Solidarität ist Zukunft“ – und zum zweiten Mal im Zeichen der Corona-Pandemie. Mit den entsprechenden Hygiene-Konzepten waren unsere Kolleg*innen wieder auf den Straßen und Plätzen präsent. Im Bezirk gab es 30 Veranstaltungen. Die Hauptkundgebung fand in Reutlingen statt, von wo aus ein Livestream auf Facebook und YouTube gesendet wurde. Als Zeichen der internationalen Verbundenheit hat der Bezirk Grußbotschaften von Gewerkschafter*innen aus Israel, Frankreich, Spanien, Rumänien und Myanmar auf Social Media eingestellt.

Kampagne zur Bundestagswahl am 26. September

Unter dem Motto „Echt gerecht. Deine Wahl“ haben wir unsere Positionen Veranstaltungen (zum Teil in Kooperation mit der Evangelischen Akademie Bad Boll und Bündnispartnern wie dem Mieterbund) sowie in den sozialen Medien dargestellt. Haupt- und ehrenamtliche Kolleg*innen haben für unsere Social-Media-Kanäle deutlich gemacht, was für sie gerecht bedeutet: Standorte sichern, Bildung für alle, Menschen in Not unterstützen, mehr Personal in der Pflege – und vieles mehr. Am 13. September war der SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz zu Gast bei einer Diskussionsveranstaltung mit Betriebs- und Personalrät*innen.



Unser Team mit Olaf Scholz nach unserer Veranstaltung im Willi-Bleicher-Haus.
Foto: Ina Rau

Unsere politischen Erfolge in der Corona-Pandemie

Als im März 2020 der erste Lockdown nach Ausbruch der Covid-19-Pandemie ausgerufen wurde, standen auch bei uns auf einen Schlag ganz neue Themen auf der Agenda. Abgesehen davon, dass sich unsere Arbeit fast vollständig ins Digitale verlagert hat. Ein paar Schlaglichter auf unsere Herausforderungen und Erfolge:

Positionierung gegenüber den Landesministerien

- Der DGB Baden-Württemberg hat in enger Absprache mit den Mitgliedsgewerkschaften an zahlreichen Telefon und Videokonferenzen mit dem Staatsministerium, dem Wirtschafts- und Arbeitsministerium und dem Verkehrsministerium teilgenommen und die Interessen der Beschäftigten eingebracht.
- Die Erstattung der Kitagebühren, Kurzarbeitergeldregelungen, die Situation im Hotel- und Gaststättengewerbe, im Einzelhandel, der Infektionsschutz für Beschäftigte im ÖPNV, Regelungen für mobiles Arbeiten, die Finanzsituation der Kommunen, die Folgen für die Innenstädte, Finanzhilfen für Unternehmen, Überbrückungsgelder, die Situation an den Schulen und Kitas, in den Kliniken und Pflegeeinrichtungen, der Verlauf der Impfkampagne und deren Unterstützung durch den DGB – alle diese Themen wurden von uns proaktiv eingebracht beziehungsweise erörtert.
- Durch unsere betriebliche Expertise und den engen Austausch mit den Mitgliedsgewerkschaften konnten wir ein realistisches Bild zur Situation der Beschäftigten geben und damit einen Beitrag zur besseren Koordinierung von Maßnahmen zur Bewältigung der Pandemiefolgen leisten.

- Wir haben bei verschiedenen Konferenzen aber auch deutlich Missstände angesprochen und An-sinnen abgewehrt, wie den Versuch einiger Arbeitgeber, die Pandemie als Vorwand für Personalabbau zu nutzen oder weitere verkaufsoffene Sonntage einzuführen.

Gesundheitsschutz

Gerade wegen der besonderen Gefährdungen infolge der Coronapandemie hat der DGB Baden-Württemberg gegenüber Landespolitik und Öffentlichkeit die Wichtigkeit einer handlungsfähigen staatlichen Gewerbeaufsicht für den betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutz thematisiert: Mangelnde Beratung und fehlende Kontrollen können Menschenleben gefährden. Der DGB Baden-Württemberg hat deswegen die Landesregierung aufgefordert, dringend für mehr Betriebsbesichtigungen zu sorgen. Dazu ist eine deutliche personelle Aufstockung bei den zuständigen Behörden erforderlich.

Kurzarbeitergeld

Weil während der Coronapandemie die Zahl der Kurzarbeitenden in Baden-Württemberg auf Rekordstände hochgeschwungen ist, hat sich der DGB Baden-Württemberg zur Sicherung der Beschäftigung und der Existenz der Betriebe gegenüber der Arbeitsverwaltung und der Landesregierung erfolgreich für schnelle und unbürokratische Leistungsgewährungen eingesetzt. Zudem hat sich der DGB Baden-Württemberg für eine Erhöhung des Kurzarbeitergeldes auf 80 Prozent des früheren Nettolohns stark gemacht, damit insbesondere Geringverdiener*innen bei Kurzarbeit nicht auf die Grundsicherung ggf. mit Einkommens- und Vermögenseinsatz angewiesen sind.

Mobiles Arbeiten

Die Diskussion, wer von zuhause aus arbeiten kann und darf, wurde im Lockdown heiß geführt. Wir haben uns aktiv an den Debatten beteiligt. Unsere Position: Moderne Tarifverträge haben den Beschäftigten schon vor Corona Freiräume fürs mobile Arbeiten eröffnet. Die Pandemie hat dann einen

kräftigen Schub gebracht. Damit wurden Standards gesetzt! Die Vorteile liegen auf der Hand: Belastende Pendelzeiten fallen weg. Vielfach lassen sich Beruf und Privatleben beziehungsweise Familienpflichten besser vereinbaren. Arbeitszeit und Arbeitsort können selbstbestimmter gewählt werden. Doch es gibt auch Schattenseiten. Acht Stunden am Küchentisch auf einem kleinen Notebook arbeitet niemand wirklich gut. Beruf und Freizeit lassen sich zuhause schwieriger trennen. Grundsätzlich gilt: Mobiles Arbeiten und Homeoffice müssen freiwillig sein. Es braucht einen verlässlichen Gestaltungsrahmen fürs mobile Arbeiten. Der DGB setzt sich für einen Rechtsanspruch für die Beschäftigten ein. Die Ausgestaltung sollten die Tarifvertrags- und Betriebsparteien regeln.

Kinderkrankentage aufgestockt

Es steht außer Frage, dass Familien mit Kindern in der Bekämpfung der Pandemie zu wenig Unterstützung erfahren haben. Ein Erfolg der Gewerkschaften ist es, dass die sogenannten Kinderkrankentage bereits im Jahr 2020 erhöht wurden. Kinderkrankentage können von Eltern, die gesetzlich krankenversichert sind, für die Betreuung ihrer (erkrankten) Kinder in Anspruch nehmen. In der Pandemie wurden sie schrittweise von zehn auf 30 Tage, für Alleinerziehende von 20 auf 60 Tage pro Kind und Jahr erhöht. Nicht nur die Dauer wurde verbessert, sondern auch die Beantragung. Wer die Kinderkrankentage für die Betreuung der Kinder wegen pandemiebedingter Schließung der Betreuungseinrichtung (bis zum 12. Lebensjahr) in Anspruch nimmt, benötigt lediglich eine entsprechende Bescheinigung der Einrichtung und kann sie bei der Krankenkasse einreichen. Klar ist aber auch, dass das familienpolitisch nur ein Baustein von vielen ist. Der DGB setzt sich dafür ein, die Kinderkrankentage dauerhaft auf diesem Niveau zu stabilisieren und weitere familienpolitische Maßnahmen (familienfreundliche vollzeitnahe Arbeitszeitmodelle, Erweiterung von Elternzeit/-geld, Abschaffung der Kitagebühren, Geltungsbereich der Kinderkrankentage für Kinder bis 14 Jahren erweitern in die Wege zu leiten).

Die Coronazeit war Klopapiermangelzeit. Wir haben uns rechtzeitig mit dem kostbaren Gut eingedeckt.

Positionierung gegenüber Querdenker-Bewegung

Selbstverständlich haben uns auch die sogenannten Querdenker beschäftigt. Dazu haben wir ein Positionspapier veröffentlicht und uns – wann immer es geboten war – auf Social Media geäußert, etwa zu den ausufernden Demos in Kassel und Stuttgart. In dem Papier heißt es:

„Es gibt eine breite Bewegung in Deutschland, welche die Gefährlichkeit des Corona-Virus leugnet oder die Schutzmaßnahmen der Regierung als unzulässige Einschränkungen ihrer Grundrechte ablehnt. Der DGB hält die Querdenker-Bewegung für gefährlich. Nicht umsonst wird sie vom Verfassungsschutz beobachtet. Die Querdenker lassen eine aufrichtige Distanzierung von den Rechtsextremen und Verfassungsfeinden vermissen. Da sollten Demokrat*innen auf Distanz gehen. Es gibt andere Möglichkeiten einer kritischen Auseinandersetzung mit der Corona-Politik.“ Denn nicht alle Maßnahmen waren schlüssig oder verhältnismäßig. Auf allen staatlichen Ebenen wurden Fehlentscheidungen getroffen, die nur teilweise korrigiert worden sind.

Anders als die Querdenker haben wir uns ganz konkret für die Menschen eingesetzt, die durch ihre prekären Arbeits- und Lebensverhältnisse am härtesten betroffen waren. Ebenso haben wir das Zusammenreffen von Pandemie und jahrelanger Spar- und Privatisierungspolitik problematisiert.



Projekte

Martin Kunzmann beim "Antrittsbesuch" in der Villa Reitzenstein bei Ministerpräsident Winfried Kretschmann nach dessen erneuter Wiederwahl. Foto: Staatsministerium Baden-Württemberg

Das eSta-Projekt und der Zukunftsdialog

Gute Arbeit und gute Lebensbedingungen zusammen denken

Der Einsatz für bessere Arbeitsbedingungen, gerechte Entlohnung, Mitbestimmung und Tarifverträge ist Kerngeschäft der Gewerkschaften und des DGB. Doch das politische Betätigungsfeld umfasst mit dem gesellschaftspolitischen Anspruch an gute Lebensbedingungen unabhängig vom Einkommen, an gerechten Zugang zu Bildung, Teilhabe und Beteiligung weitaus mehr. Beides hängt miteinander zusammen: Die Betrachtung der Wohnversorgung in Baden-Württemberg erfordert es, die Einkommensentwicklung in den Blick zu nehmen. Hierbei wird deutlich, dass die Mietbelastung die Grenze des Leistbaren für viele Menschen übersteigt. Die kommunale Finanzlage wird durch die gezahlte Einkommenssteuer der Einwohner*innen mitbestimmt. Somit wirkt sich die Lohnentwicklung in einer Region auf die finanziellen Möglichkeiten der Kommunen aus und entscheidet folglich über die Ausgestaltung von öffentlichen Angeboten mit. Gute Arbeit und gute Lebensbedingungen sind deshalb beides Kernanliegen, für die sich DGB und Gewerkschaften einsetzen.

Im Herbst 2017 hat der Bezirk das Projekt eSta – Regionale Strukturpolitik und öffentliche Daseinsvorsorge gestartet, um die beschriebenen Zusammenhänge gesellschaftspolitischer, betriebs- und tarifpolitischer Entscheidungen mit den KV/SV vor Ort zu bearbeiten. Initiiert wurde das Projekt von Julia Friedrich und Lars Treusch, die zusammen mit Dominik Gaugler die Projektleitung übernahmen. Ab April 2018 übernahm Mia Koch die Projektleitung.

Für thematische Schwerpunkte wurden kommunalpolitische Handlungsperspektiven erarbeitet und gegenüber Politik und Öffentlichkeit vertreten. Der Fokus lag auf den im Land in vielen Kommunen und Regionen dringlichen Fragen der Bezahlbarkeit von

Wohnungen, einem zeitgemäßen und leistungsfähigen Mobilitätsangebot, der kommunalen Handlungsfähigkeit durch eine an Bedarfen und Investitionserfordernissen orientierten Haushaltspolitik und der Durchsetzung guter Vergabekriterien, um die Tarifbindung zu stärken. Mit dem Beschluss des ordentlichen Bundeskongresses des DGB im Mai 2018 wurde bundesweit der **Zukunftsdialog** als große gemeinsame Kampagne des DGB und der Gewerkschaften gestartet. Der Ansatz sah ebenfalls eine fokussierte Arbeit zu einzelnen Politikfeldern vor. Unter dem Motto „Reden wir über“ wurde ein Dialog mit Gewerkschaftsaktiven, Gewerkschaftsmitgliedern und Menschen aus anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen begonnen. Der baden-württembergische Ansatz, der ähnliche Ziele verfolgte, konnte nahtlos in den Zukunftsdialog überführt und auf alle Kreis- und Stadtverbände ausgerollt werden, die teilnehmen wollten. Mit Unterstützung der Fachabteilungen aus Berlin wurden nun die Schwerpunkte Wohnen, Mobilität, Gesundheit und Vergabe vor Ort und im Bezirk vertieft, auf Landesebene zudem Weiterbildung und Qualifizierung.

POLITISCHE EBENEN GEMEINSAM BEARBEITEN

Mit der Bezirkskonferenz 2018 und der Beschlussfassung des Leitantes „Starker DGB“ trat das eSta-Projekt in die Umsetzungsphase ein. Die Projektgruppe bestand aus einem Team aus acht DGB-Regionssekretär*innen, einem Regionsgeschäftsführer und drei Abteilungsleiter*innen der Bezirksverwaltung, die sich in regelmäßigen Abständen getroffen haben. Zunächst standen die Stärkung der kommunalpolitischen Expertise, die Ableitung konkreter Handlungsfelder nach einer eingehenden regionalen Analyse und die Vernetzung über einzelne Kreisverbände, Regionen und Gewerkschaften hinweg im Fokus der Projektgruppe. Neben der inhaltlichen Bearbeitung hatte das Projekt stets einen organisationspolitischen Anspruch. Es wurden neue Konzepte und Methoden erprobt, um betriebliche Akteur*innen, einzelne Interessierte und andere Bündnispartner*innen zur Mitarbeit in einem DGB-Projekt zu gewinnen.

Der inhaltliche Austausch der Projektgruppe wurde durch Inputs aus Wissenschaft, Verwaltung und

befreundeten Organisationen gestärkt. Anregungen fanden wir stets im Austausch mit Dieter Scholz, dem früheren DGB-Bezirksvorsitzenden Berlin-Brandenburg, der bei uns im Juli 2018 zu gewerkschaftlicher Strategiefindung und -umsetzung referierte. Die regionalen Analysen wurden gestärkt durch die Ausarbeitung von Tobias Kaphegyi und Stewart Gold. Im November 2018 erschien ihre Indikatorensammlung, die relevante verfügbare Daten auf Kreisebene zusammenstellte, politikwissenschaftlich einordnete und somit deren Interpretation für die politische Argumentation vor Ort nutzbar machte.

Im Mai 2019 fanden die Kommunalwahlen in Baden-Württemberg statt. Aus der gemeinsamen Reflexion über die Schwerpunktthemen wurden die **kommunalpolitische Resolution der Stadt- und Kreisverbände** und die Postkartenserie formuliert und als DGB-Material ausgegeben. Zugleich markierte die Kommunalwahl das Ende des eSta-Projekts.

Mit dem Ende des eSta-Projekts wurde der parallel im November 2018 bundesweit begonnene Zukunftsdialog in den Kreis- und Stadtverbänden gestartet. Die vier bezirks- und regionsübergreifenden Themenkorridore Wohnen, Mobilität, Gesundheit und Tarifbindung/Vergabepolitik konstituierten sich bei der KV/SV-Tagung im Oktober 2019 in Reutlingen. Jeder Kreis- und Stadtverband arbeitete in einem der Themenkorridore mit und behielt die Zuordnung über die Projektdauer von wenigen Ausnahmen abgesehen bei. In Reutlingen stand der inhaltliche und methodische Austausch im Vordergrund und es wurden jeweils Schwerpunkte definiert, die gemeinsam bearbeitet werden sollten. Zudem verständigten sich die Kolleg*innen auf einen gemeinsamen Projektfahrplan und regelmäßige Austauschformate. Beim Zukunftsdialog in Baden-Württemberg wurden die ehrenamtlichen Kolleg*innen von Beginn an noch stärker miteinbezogen als in den Jahren zuvor.

Aktionstag „Bezahlbar ist die halbe Miete“ im März 2019.





Andreas Harnack, der Regionalleiter der IG BAU, mit Kolleg*innen auf der Demonstration für bezahlbaren Wohnraum 2019 in Stuttgart.

Der Wunsch nach Vernetzung zeigte sich auch an der positiven Resonanz auf die Einladung des Bezirkes an alle DGB-Gewerkschaftsmitglieder in den Gemeinderatsfraktionen. Im Arbeitskreis Gewerkschafter*innen im Kommunalparlament tauschen sich in unregelmäßigen Abständen Kolleg*innen zu den Themenkorridoren partei- und gewerkschaftsübergreifend aus. Neben inhaltlichen Inputs blieb auch immer Zeit für den strategischen Austausch und die Diskussion über Umsetzungsmöglichkeiten der vorgestellten Beispiele in der eigenen Kommune.

NEUE FORMEN DER POLITISCHEN ARBEIT ERPROBEN

Im eSta-Projekt erwies sich die strategische Fokussierung auf ein Thema als Erfolgsfaktor. Mit einer klaren Schwerpunktsetzung konnte die eigene Fachexpertise gestärkt und der DGB als Akteur in einem konkreten Themenfeld bei den Gewerkschaften und gegenüber Öffentlichkeit und Politik sichtbar werden. Die Entwicklung von konkreten Handlungsmöglichkeiten für die jeweilige Kommune oder den Stadtteil in einem bestimmten Themenfeld belebte die Kontakte in die Kommunalpolitik noch einmal neu. Der DGB wurde als kompetenter und relevanter Gesprächspartner wahrgenommen, wenn es um bezahlbares Wohnen, eine gute Gesundheitsversorgung, eine Verbesserung der Situation im Pendelverkehr oder eine Vergabepolitik öffentlicher Aufträge nach sozialen Kriterien ging. Diesen Ansatz verfolgten die teilnehmenden Kreis- und Stadtverbände deshalb auch im Zukunftsdialog in Baden-Württemberg.

Neben der Neuaufstellung der inhaltlichen Arbeit wurden auch neue Methoden erprobt. Mit dem eSta-Projekt wurden Instrumente des Projektmanagements in die Stadt- und Kreisverbandsarbeit integriert. Die klare Zieldefinition und Aufstellung eines Projektplanes mit konkreten Maßnahmen wurde als Gewinn für die eigene Arbeit im Haupt- wie im Ehrenamt wahrgenommen. Sie schaffte zudem Transparenz für an der Mitarbeit interessierte neue Kolleg*innen, die sich ganz gezielt für das jeweilige Schwerpunktthema vor Ort engagieren wollen. Die Projekte wurden entweder in die Kreisvorstandssitzungen integriert und dort weiter entwickelt oder in eigenen Projektgruppen bearbeitet, die zusätzlich tagten. Bei der letzten Variante war stets die Rückkopplung in die Kreisvorstände sichergestellt. In beiden Fällen nahmen die Projekte einen breiten Raum in der Kreisverbandsarbeit ein.

Mit Beginn des ersten Lockdowns im März 2020 mussten viele der geplanten Kick-off-Veranstaltungen der regionalen Zukunftsdialogprojekte abgesagt werden. Nach wenigen Wochen waren aber bereits Alternativen entwickelt worden: Auch das Gespräch mit politisch Verantwortlichen vor Ort und dessen Begleitung durch Pressearbeit oder eine kreative Fotoaktion auf Social Media eigneten sich als Startpunkt für die Projekte vor Ort. Für den Austausch über ganz Baden-Württemberg hinweg erwies sich die Umstellung auf Videokonferenzen sogar als förderlich und es wurde eine gute und effiziente Vernetzungskultur etabliert. Im größten Themenkorridor Wohnen findet der Austausch etwa alle vier bis sechs Wochen statt, sowohl zu inhaltlichen Themen als auch zum strategischen Vorgehen bis hin zur kollegialen Fallberatung. Haupt- und ehrenamtliche Kolleg*innen aus Bezirk und Region arbeiten eng und vertrauensvoll zusammen.

Die nach außen hin stärkste Entwicklung ist im Bereich Social Media zu verzeichnen (vgl. auch Bericht der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit). Im Zukunftsdialog wurden die Beteiligungs- und Dialogmöglichkeiten der Social-Media-Kanäle auch durch die Regionen und Stadt- und Kreisverbände stark genutzt. Bezirk und Regionen überlegten sich Ansprachekonzepte für neue Zielgruppen und banden die ehrenamtlichen Kolleg*innen als Botschafter*innen für

die Forderungen des DGB stark ein. Inzwischen sind auch Kolleg*innen, die Social Media zunächst kritisch gegenüberstanden, routinierte Verbreiter*innen des DGB-Zukunftsdialogs.

Durch kreative Aktionen wurde der öffentliche Auftritt gestärkt und die DGB-Botschaften sichtbar gemacht. Bei den Tagungen wurde deutlich, dass Ideen und Möglichkeiten keine Grenzen haben. Im [Abschlussbericht zum eSta-Projekt](#) wurden bereits einige Beispiele aufgeführt, die auch Eingang in den Leitfaden zur Kommunalwahl gefunden haben. Auf diesen Schatz an kreativen Aktionsvorschlägen wurde im Zukunftsdialog zurückgegriffen und nochmals erweitert. Beim Aktionstag Mietestopp im Juni 2021 waren die baden-württembergischen Kreis- und Stadtverbände nach über einem Jahr Pandemie innerhalb kürzester Zeit aktionsbereit und mit sehr vielfältigen Straßenaktionen in elf Städten aktiv vor Ort.

Weder das eSta-Projekt noch der Zukunftsdialog verfolgten einen Top-Down-Ansatz. Zentral war immer die Einbindung der ehrenamtlichen Kolleg*innen des DGB, der Gewerkschaften und in vielen Fällen auch von Bündnispartner*innen aus der Zivilgesellschaft. Neben der datenbasierten Analyse politischer Herausforderungen nahmen Beteiligungskonzepte eine wichtige Rolle bei der Themenfindung und Projektentwicklung ein. Auch hier wurden neue Wege gegangen und zum Beispiel mit der Methode Zukunftswerkstatt Projekte entwickelt. Der Themenkorridor Wohnen hat sich in einem dreitägigen Pilotseminar des DGB-Bildungswerks Bund mit Szenarien der wohnungspolitischen Entwicklung in Baden-Württemberg befasst und ging strategisch gestärkt aus der Veranstaltung. In der Pandemie fanden zahlreiche Online-Diskussionsveranstaltungen statt, die die Mitarbeit an der thematischen Fortentwicklung der Zukunftsdialogprojekte ermöglichten. Auch die Bundesvorstandsverwaltung band Kolleg*innen aus Haupt- und Ehrenamt verstärkt ein und ermöglichte den bundesweiten Austausch zu Wohnungspolitik, Mobilität, Strukturpolitik, Transformation, Tarifbindung und vielen anderen Themen.



Die eSta-Projektgruppe des DGB Karlsruhe freut sich über die Beschlüsse des Karlsruher Gemeinderats.

ERFOLGE FEIERN UND VERSTETIGEN

Das eSta-Projekt und die Zukunftsdialogprojekte haben vor Ort konkrete Erfolge zu verzeichnen. Stellvertretend seien drei Einblicke gegeben, weitere Hinweise finden sich in den Berichten der Regionen, im bei der Abteilung Strukturpolitik erhältlichen Abschlussbericht zum eSta-Projekt (Link s.o.) und in den Werkstattberichten zum Zukunftsdialog.

In **Karlsruhe** setzte sich der Stadtverband für Gute Arbeit ein. In einem intensiven Prozess führte der DGB Gespräche mit Verwaltung und Gemeinderatsfraktionen, erarbeitete ein Positionspapier, holte die Expertise eines Juristen in die Stadtverwaltung und ließ nicht locker. Auf Initiative und durch die kontinuierliche Arbeit des DGB-Stadtverbands wurden Gemeinderatsbeschlüsse gefällt, die Leiharbeit bei der Stadt und ihren Eigenbetrieben nur noch mit Zustimmung des Gesamtpersonalrats erlauben und die sachgrundlose Befristung von Stellen streichen. Im November 2020 gelang es schließlich, dass der Gemeinderat sich zur Tariftreue bei der Vergabe öffentlicher Aufträge bekannte und einen parteiübergreifenden Antrag annahm, der die Prüfung dieses Kriteriums bei der Vergabe vorsieht. Die zwei Jahre dauernde, hartnäckige Arbeit des DGB in Karlsruhe ist das Fundament für diesen Erfolg.

In **Freiburg** sind die Mieten für viele Menschen nicht mehr leistbar. Laut einer 2021 erschienenen Studie der Hans-Böckler-Stiftung müssen 53,5 Prozent der Mieter*innen in Freiburg mehr als 30 Prozent ihres Einkommens für die Miete aufbringen. Selbst wenn alle Mieter*innen in angemessen großen und leistbaren Wohnungen lebten, würden in Freiburg noch



Die eSta-Projektgruppe des DGB Heidelberg feierte 2018 ihren Projektaufakt.

10.068 Wohnungen fehlen. Als im Februar 2019 der Bürgerentscheid über die Bebauung des Baugebiets Dietenbach anstand, positionierte sich der Stadtverband nach einer sorgfältigen Abwägung aller Argumente für die Errichtung bezahlbaren Wohnraums in dem neuen Stadtteil. Um sicherzustellen, dass dort vor allem bezahlbarer Wohnraum entsteht, arbeitete der DGB eng in einem Bündnis mit anderen Verbänden mit. Die Kolleg*innen des DGB-Stadtverbandes initiierten regelmäßig Aktionen des Bündnisses vor Gemeinderatssitzungen (und fürchteten dabei auch winterlichen Schneeregen nicht) oder suchten das Gespräch mit den Verantwortlichen bei der Stadt. Auch auf diese Aktivitäten ist zurückzuführen, dass der Gemeinderat inzwischen beschlossen hat, dass die Mieten bei der städtischen Wohnungsbau-gesellschaft 30 Prozent des Haushaltseinkommens, die weithin anerkannte Grenze leistbarer Mieten, nicht übersteigen dürfen.

In **Heidelberg** stehen vor allem die Kolleg*innen, die ins Neuenheimer Feld zum Uniklinikum als größtem Arbeitgeber und den anliegenden Instituten und Einrichtungen pendeln müssen, jeden Tag vor großen Herausforderungen bzw. im Stau. Um

die Situation im Pendelverkehr zu verbessern und sich in die Diskussion um die Mobilität der Zukunft in Heidelberg einzumischen, arbeitete der Kreisverband seit Beginn des eSta-Projekts aktiv an seinem Projekt „Gute Wege in Heidelberg“. Eine schlagkräftige Projektgruppe aus Betriebs- und Personalräten trug das Projekt seit Beginn mit großem Engagement und breiter Sachkenntnis. Mit Positionspapieren und Pressegesprächen machte der DGB auf sich als Akteur in diesem Themenfeld aufmerksam und überzeugte die Stadt davon, ihn als Sprachrohr der Beschäftigten aktiv an der Weiterentwicklung der Mobilitätskonzepte, konkret in einem Masterplanverfahren, zu beteiligen. Im Oktober 2020 gelang es einem Bündnis bestehend aus unter anderem der Verkehrsbeauftragten der Stadt, DGB, IHK, Kreis-handwerkerschaft, Rhein-Neckar-Verkehr GmbH und dem Verkehrsverbund Rhein-Neckar GmbH eine Kooperationsvereinbarung zum Betrieblichen Mobilitätsmanagement (BMM) abzuschließen. Darin wird ein Prozess beschrieben, wie die Heidelberger Betriebe dafür gewonnen und beraten werden sollen, wenn sie Maßnahmen des BMM einführen wollen. Im Dezember 2020 wurde diese Vereinbarung als best practice bei einer sehr gut besuchten

Online-Veranstaltung im Rahmen der Allianz Mobilitätswende für Baden-Württemberg in Kooperation mit DGB Bezirk, Kirchlichem Dienst in der Arbeitswelt und Städtetag einem interessierten Fachpublikum vorgestellt.

Diese drei Beispiele sollen einen Einblick in das Potenzial unseres Ansatzes geben. Der DGB ist sichtbar, er setzt sich für Verbesserungen der Lebenssituation von Beschäftigten ein und erreicht konkrete Ergebnisse vor Ort. Die Beispiele sollen nicht die Bandbreite der Aktivitäten unterschlagen: In **Rheinfelden** wurden auf Anregung der Kolleg*innen des DGB-Kreisverbandes Lörrach Apartments errichtet, auch in **Lörrach** wurde das Thema gegenüber der Kommunalpolitik platziert. In der **Ortenau** wurden die geplanten Standortschließungen kleinerer Kliniken kritisiert und die Krankenhausversorgung im ländlichen Raum als wichtiges Thema der Daseinsvorsorge bearbeitet. In **Mannheim** führte der Einsatz für die Rückkehr der Servicegesellschaft des Klinikums in den Tarifvertrag zu einer breiten Bearbeitung des Themenfeldes Stärkung der Tarifbindung. In **Esslingen** ist der DGB festverankerter Akteur für bezahlbares Wohnen und in Politik, Verwaltung, lokales Bündnis und Hochschule hinein bestens vernetzt. Gleiches gilt für den DGB in **Pforzheim**, der sich dem Thema kommunale Finanzen widmet und in einzelnen Themenfeldern konkrete Anforderungen an eine gut ausgestaltete

Daseinsvorsorge und bezahlbares Wohnen benannte. Der Kreisverband **Ludwigsburg** machte mit einer Postkartenaktion „I love Tarifbindung“ nicht nur Kolleg*innen aus Betrieben, sondern auch Verantwortliche in den Kommunen auf die Wichtigkeit von Tarifverträgen aufmerksam. Der Kreis- und Stadtverband **Heilbronn** betreibt sehr erfolgreich Lobbyarbeit für einen Ausbau bzw. die Elektrifizierung wichtiger Bahnstrecken. Die Kolleg*innen in **Reutlingen, Ravensburg, Heilbronn, Villingen-Schwenningen** und **Heidenheim** engagierten sich ebenfalls für bezahlbaren Wohnraum und traten gegen Leerstand, für kommunalen Wohnungsbau und eine am gemeinwohlorientierte Bodenpolitik ein. Seit vielen Jahren wirkt der Kreisverband **Tuttlingen** auf eine Verbesserung der Situation für Pendler*innen hin.

Nach zwei Jahren eSta-Projekt und zwei Jahren Fortführung im Zukunftsdialog lässt sich als Zwischenfazit festhalten: „Ein Thema – eine Strategie – ein Team aus Bezirk und Region, Haupt- und Ehrenamt“ ist die Formel, die unsere Arbeit erfolgreich macht. Wir setzen sie fort, weil wir die Interessen der Beschäftigten vor Ort sichtbar machen und konkrete Verbesserungen erreichen können. Das ist unsere Aufgabe als DGB auch in Zukunft.

Teilnehmende der Zukunftswerkstatt des DGB Pforzheim 2021.



Unsere Kampagne zur Landtagswahl 2021

Die Landtagswahl am 14. März 2021 hatten wir uns in zweierlei Hinsicht als Herausforderung gesetzt: zum einen wollten wir im Wahlkampf mit unseren gewerkschaftlichen Themen präsent sein und diese auf die Agenda der zukünftigen Landesregierung setzen. Zum anderen wollten wir eine neue zielorientierte und kooperative Arbeitsweise im Team der

Bezirksverwaltung und gemeinsam mit den Regionen und Stadt- und Kreisverbänden erproben. Um es vorweg zu nehmen: unter beiden Aspekten haben wir einiges erreicht – und auch viel dazu gelernt! Insbesondere die Corona-Pandemie bereitete vielen unserer Planungen ein jähes Ende und zwang uns häufig spontan völlig neue Wege zu gehen. Aber der Reihe nach:

Zunächst verständigten wir uns darüber, dass wir bezüglich Themen, zeitlichem Vorgehen und Zielgruppen nicht einfach draufloswurstelten wollten, sondern ein Konzept her musste.

Bei den Themen wurde schnell klar, dass wir als DGB im Land eine Vielzahl von Anforderungen haben, die



wir nicht alle in gleicher Intensität bearbeiten können. Deshalb verständigten wir uns mit den Mitgliedsgewerkschaften darauf, drei Forderungen zentral in der Kampagne zu thematisieren:

1. Die Landesregierung soll das Landestariftreugesetz, das die grün-rote Landesregierung verabschiedet hatte und das große Regelungslücken

hat, verbessern: den Vergabe-Mindestlohn hochsetzen und generell bei öffentlichen Aufträgen stärker auf Tarifbindung bestehen.

2. Der Mangel an bezahlbaren Wohnungen hatte sich über Jahre zu der sozialen Frage unserer Zeit entwickelt. Hier verlangten wir vom Land, nicht weiter auf „den Markt“ zu vertrauen, sondern selbst in Form einer Landesentwicklungsgesellschaft für den Bau bezahlbarer Wohnungen zu sorgen. Außerdem sollte sie Instrumente schaffen und nutzen, um die Explosion der Mietpreise zu stoppen.

3. Schließlich wollten wir, dass die Landesregierung eine aktive Rolle bei der Bewältigung des Strukturwandels in der Arbeitswelt übernimmt. Dies sollte insbesondere durch die Förderung von Weiterbildung und Qualifizierung der Beschäftigten erfolgen.

Damit war eine gute Auswahl von drängenden Themen getroffen, die für die Beschäftigten relevant sind. Ergänzt wurden immer wieder und nicht nur wegen der Corona-Pandemie weitere Themen (wie die Abwehr der Pflegekammer und Aufwertung der Pflegeberufe, die Digitalisierung der Schulen usw.), die die Mitgliedsgewerkschaften einbrachten und vom DGB unterstützt wurden. Insbesondere die Notwendigkeit von Zukunftsinvestitionen und die Schädlichkeit der Schuldenbremse zogen sich dabei wie ein roter Faden durch unsere kritische Begleitung der Landespolitik.

Die Diskussionen darüber, wie wir unsere Themen auf die politische Agenda setzen konnten, brachten uns schnell zur Erkenntnis, dass wir verschiedene Zielgruppen festlegen und unterschiedlich ansprechen mussten. So entwickelten wir inhaltliche Materialien und Ansprachekonzepte für die Landtagsfraktionen, Parteien und Kandidierenden, in denen wir Expert*innenwissen und konkrete Anforderungen kurz und knackig zusammenbrachten. Alles Wichtige zur Wahl haben wir auf der Homepage gebündelt: <https://bw.dgb.de/dossiers/landtagswahl-2021>

Beeindruckend war für alle Beteiligten, wie kreativ insbesondere die Kolleg*innen in den Regionen und Stadt- und Kreisverbänden auf die Corona-Situation reagiert haben. Entgegen anfänglicher Befürchtungen wurden politische Diskussionen durch das Kontaktverbot nicht ausgebremst, sondern in sehr unterschiedlichen neuen Formen online wie offline geführt.

Höhepunkt der Kampagne war die **Wahlarena** mit den Spitzenkandidierenden der demokratischen Parteien am 12. Februar 2021, die coronabedingt hybrid stattfinden musste – dadurch aber bis heute verfügbar ist.

Bild oben: Der Höhepunkt unserer Landtagswahlkampagne: die DGB-Wahlarena.

Unsere zentralen Botschaften zur Wahl waren gut sichtbar am Gewerkschaftshaus in Stuttgart.



Umsetzung der Leitanträge

Die Delegierten der 21. Bezirkskonferenz haben vier Leitanträge verabschiedet: „Gute Arbeit“, „Gute Bildung“, „Gutes Leben“ und „Starker DGB“.

Sie stellen die Kernaufgaben unserer Arbeit dar (siehe Übersicht Anträge und Erledigungsvermerke). Im Folgenden werden einige zentrale Punkte dargestellt, wie auch in den Berichten aus den Fachabteilungen.

Gute Arbeit

Tarifbindung und Vergabe

Die Stärkung der Tarifbindung, die Evaluierung des Landestariftreue- und Mindestlohngesetzes (LTMG) und die Forderung nach einem Tariftreuegesetz beschäftigten den DGB Baden-Württemberg über den gesamten Berichtszeitraum.

Im Rahmen des Zukunftsdialogs und der Kampagne TARIF. GERECHT. FÜR ALLE. haben sich einige Stadt- und Kreisverbände in Baden-Württemberg das Ziel gesetzt, das Thema Tarifbindung (faire tarifgebundene Vergabe) auf die politische Tagesordnung zu setzen. In Karlsruhe ist es uns mit Hilfe des DGB-Stadtverbandes, einer aufgeschlossenen Stadtverwaltung und einer fortschrittlichen Mehrheit im Gemeinderat gelungen, einen beispielhaften Beschluss herbeizuführen: Alle öffentlichen Vergaben der Stadt Karlsruhe werden tariftreu ausgeschrieben und vergeben. In mehreren Gesprächsrunden konnten wir die Stadt und den Gemeinderat mit Unterstützung von Andreas Harnack (IG BAU) und Prof. Dr. Florian Rödl von der Freien Universität Berlin für diese richtungsweisende Vergabepolitik gewinnen. Zudem haben sich die Städte Mannheim, Freiburg, Karlsruhe, Reutlingen, Waldkirch, Bruchsal und Eppelheim bereit erklärt, mit ihren Vergabeexpert*innen an zwei Pilotworkshops zum Thema „Da ist noch mehr drin! – Möglichkeiten für tarifgebundene öffentliche Vergaben“ teilzunehmen. Auch der vom DGB Bezirk ins Leben gerufene AK GiK (Gewerkschafter*innen in Kommunalparlamenten) hat sich bereits mit dem Thema tarifgebundene Vergabe eingehend befasst (siehe Bericht des eSta-Projektes auf Seite 25).

Zudem wurde in enger Zusammenarbeit mit dem IMU Institut die [Broschüre Tarifbindung in Baden-Württemberg](#) erarbeitet und publiziert. Weitere Infos zu Tarifbindung, Aktivitäten und das Online-Tool „Ich ♥ TARIFVERTRAG“ finden sich [hier](#).

Ich ♥ Tarifvertrag



Evaluierung des Landestariftreue- und Mindestlohngesetzes

Wir wurden für die Evaluierung des LTMG befragt. Den Evaluierungsbericht, den das von der Landesregierung beauftragte Beratungsunternehmen Kienbaum vorgelegt hat, kommentierten wir in einer ausführlichen [Stellungnahme](#).

Die Evaluation kam zu dem Schluss, dass das LTMG praktisch keine Wirksamkeit entfaltet und nur mangelhaft kontrolliert wird. Damit sahen wir uns in unserer kritischen Position gegenüber dem Gesetz bestätigt.

Besonders die restriktive Beschränkung des Gesetzes auf Bau- und Dienstleistungsaufträge, die Defizite im Bereich der Vergabe der öffentlichen Personenverkehre und die ungenügende Umsetzung der Kontroll- und Sanktionsrechte konterkarieren die Zielsetzung des LTMG, bessere Löhne und mehr Tarifbindung durchzusetzen. Daher bleibt unsere Forderung nach einem echten Tariftreuegesetz uneingeschränkt bestehen.

Im [Koalitionsvertrag](#) der Landesregierung von 2021 „JETZT FÜR MORGEN“ wurde vereinbart, das LTMG weiterzuentwickeln und die Tarifbindung zu stärken.

Für Oktober 2021 wurden bereits Gesprächstermine mit dem Wirtschaftsministerium zur Umsetzung des Koalitionsvertrags und zur Stärkung der Tarifbindung vereinbart.

Die zügige Kontaktaufnahme der Landesregierung mit dem DGB, die Aufnahme von Gesprächen und klaren Vereinbarungen im Koalitionsvertrag zur Tarifbindung, zum Vergabelohn und zur Weiterentwicklung des LTMG sind auch als Erfolg unserer zielgerichteten Landtagswahlkampagne sowie unserer Hintergrundgespräche mit den Parteien und Landtagsfraktionen zu werten.

Die Bedeutung der Tarifbindung

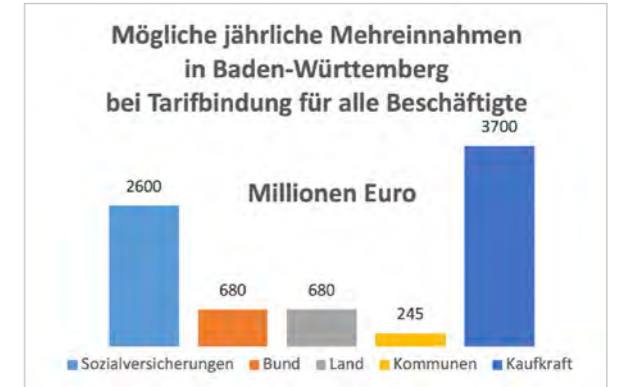
Die Evaluierung des LTMG haben wir zum Anlass genommen, die Folgewirkungen der stetig sinkenden Tarifbindung in Baden-Württemberg für Staat, Sozialversicherungen und für die Kaufkraft zu berechnen.

Die Ergebnisse sind so gravierend, dass wir zunächst von einem Berechnungsfehler ausgegangen sind. Eine Überprüfung unserer Ergebnisse unter Berücksichtigung der Verteilung der Steuerklassen haben unsere Berechnungen jedoch bestätigt.



Unser Kollege Dieter Bürk beim Welttag für menschenwürdige Arbeit am 7. Oktober 2019 in Karlsruhe.

Foto: Carmele/TMC-Fotografie



Quelle: DGB Baden-Württemberg. Die Berechnungen beziehen sich auf das Jahr 2014!

Der DGB-Bundesvorstand hat daraufhin für alle Bundesländer entsprechende Berechnungen vorgenommen. Durch Tariffahrt und Lohndumping entgehen den Sozialversicherungen jedes Jahr rund 24,8 Milliarden Euro an Beiträgen. Bund, Ländern und Kommunen fehlen 14,9 Milliarden Steuereinnahmen. Zusammen rund 40 Milliarden Euro. Und: Ohne Tarifvertrag hat der arbeitende Teil der Bevölkerung weniger Geld in der Tasche, das er ausgeben kann. Das wiederum hat Einfluss auf die Wirtschaft und die Konjunktur. Wären alle Beschäftigten tarifgebunden, würde sich ihre Kaufkraft um 35 Milliarden erhöhen – Jahr für Jahr. Siehe [Tariffahrt-Atlas](#).

Gute Bildung

Weiterbildung und Qualifizierung

Mit zunehmender Digitalisierung und rasanten Veränderungen im Zusammenhang mit der sozial-ökologischen Transformation, etwa dem Umbau der Automobilindustrie, gerät das Thema Qualifizierung und Weiterbildung immer stärker in den Fokus. Die Qualifikation der Beschäftigten spielt eine wesentliche Rolle, um im Zuge der Transformationsprozesse gute und tariflich bezahlte Beschäftigung zu sichern und auszubauen sowie den Wohlstand zu erhalten, indem die Wettbewerbsfähigkeit gestärkt wird. Der DGB hat die Landesregierung daher frühzeitig aufgefordert, diesen Herausforderungen mit einer landesweiten Weiterbildungsstrategie zu begegnen. Hierbei haben wir viele Hintergrundgespräche mit den Parteien und den Ministerien geführt. Zudem ist es gelungen, den DGB zurück ins Bündnis für lebenslanges Lernen des Kultusministeriums zu führen. Kurz vor Ende der Legislaturperiode hat die Landesregierung mit der ressortübergreifenden Weiterbildungs-offensive WEITER.mit.BILDUNG@BW viele unserer Forderungen aufgegriffen und eine landesweite Weiterbildungsstrategie, die die Sozialpartner einbindet, vorgestellt.

Ein wichtiger Punkt für den DGB war hierbei die Berücksichtigung der Zielgruppen. Baden-Württemberg hat im bundesweiten Vergleich mit 15,3 Prozent zwar die beste Weiterbildungsquote bei der Wohnbevölkerung über 25 Jahren. Beim genaueren Hinsehen fällt jedoch auf, dass abhängig Beschäftigte deutlich häufiger an Weiterbildungen teilnehmen, je höher ihr Bildungsniveau ist und je größer der Betrieb ist, in dem sie arbeiten. Zudem sind Frauen deutlich unterrepräsentiert.



Eine weitere wichtige Forderung für uns ist das Recht auf Weiterbildung. Mit dem Qualifizierungschancengesetz wird die Bundesagentur für Arbeit dahingehend ausgebaut, verstärkt Weiterbildungen zu ermöglichen. Aus der Feststellung eines dringenden Weiterbildungsbedarfs entsteht jedoch kein Anspruch für die Beschäftigten, an einer solchen Maßnahme bei gesicherter Finanzierung des Lebensunterhalts teilzunehmen. Im grün-schwarzen Koalitionsvertrag wurde das Modellprojekt Qualifizierungseinkommen aufgenommen, das bei entsprechender Ausgestaltung ein wesentlicher Baustein zur Realisierung eines Anspruchs auf Weiterbildung sein kann. Zusammen mit der DGB-Bundesebene werden wir hierzu einen Vorschlag an die Landesregierung herantragen.

Das Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) sieht in Baden-Württemberg bei 27,9 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ein hohes Substituierbarkeitspotenzial und somit den Wegfall der bisherigen beruflichen Tätigkeiten, allein durch die Effekte der Digitalisierung. Neben diesen massiven Veränderungen in einzelnen Berufsbildern prognostiziert das IAB auch, dass aufgrund der Digitalisierung bis ins Jahr 2035 rund 210.000 Arbeitsplätze vollständig wegfallen werden. Gleichzeitig sollen etwa 200.000 neue Arbeitsplätze infolge der Digitalisierung entstehen. Der DGB hat ein Förderprogramm für Weiterbildung und Qualifizierung der Landesregierung in Höhe von 100 Millionen Euro gefordert, um insbesondere Berufsgruppen und Unternehmen, die verstärkt von Transformationsprozessen betroffen sind, zu unterstützen. Die Weiterbildungs-offensive WEITER.mit.BILDUNG@BW bedient einige dieser Bereiche und stellt hierfür 40 Millionen Euro zur Verfügung. Wir sehen darin einen guten Anfang. Es wird jetzt aber auf die genaue Ausgestaltung sowie entsprechende Nachjustierungen ankommen. Insbesondere im Bereich der digitalen Weiterbildung haben die Auswirkungen der Corona-Krise die Anforderungen bereits stark verändert.

Warum braucht es eine umfassende Weiterbildungsstrategie? Das erklärt unsere Kollegin Katharina Lim in einem unserer Clips zur Landtagswahl.

Eine zentrale Herausforderung wird es sein, die Bereitschaft zur Weiterbildung bei den Beschäftigten weiter zu stärken. Positive Erfahrungen aus Weiterbildungsmaßnahmen, aber auch ein daraus resultierender Anstieg der Vergütung setzen hierbei wichtige Anreize. Wir haben die Landesregierung dazu aufgefordert, bürokratische Barrieren in der Weiterbildung und Qualifizierung abzubauen, und Beratungsangebote, Fördermöglichkeiten und Instrumente wie die Bildungsfreistellung durch Bildungszeit intensiver bewerben.

Gute Arbeit muss auch für die Beschäftigten in Weiterbildungseinrichtungen gelten und ist ein wesentlicher Erfolgsfaktor für Weiterbildung und Qualifizierung. Der DGB hat sich daher dafür eingesetzt, dass Aufträge und Fördermittel im Weiterbildungsbereich bevorzugt an Betriebe mit Tarifbindung vergeben werden.

Kooperationsstelle Wissenschaft – Arbeitswelt Tübingen (KoWATü) und Netzwerk Arbeitsforschung Baden-Württemberg

Der DGB Baden-Württemberg hat zahlreiche Kontakte zu Wissenschaftler*innen an Hochschulen und Forschungseinrichtungen im Land, um sich über Entwicklungen in der Arbeitswelt, aber auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen auszutauschen und Strategien für Sicherheit im Wandel zu entwickeln. Allerdings stehen auch gewerkschaftsnahe Forscher*innen immer stärker unter dem Druck, Forschungsgelder einzuwerben. Sie haben neben den bezahlten Aufträgen wenig Zeit für den Austausch mit Gewerkschaften oder untereinander.

Um dem entgegenzusteuern, gründete sich im Jahr 2019 das Netzwerk Arbeitsforschung Baden-Württemberg zunächst mit dem F.A.T.K. in Tübingen, dem IMU-Institut und Input Consulting aus Stuttgart, dem KIT in Karlsruhe sowie Akteur*innen aus dem Fraunhofer IAO. Mit Hilfe eines Workshops wurden weitere Wissenschaftler*innen, die sich überwiegend mit arbeitsweltbezogenen Themen beschäftigten, für das Netzwerk gewonnen – darunter vom KIT in Karlsruhe und der Uni Hohenheim. Am 16. Oktober 2020 fand dann die erste Online-Konferenz

„Digitalisierung, Umbruch und sozialer Zusammenhalt“ mit Referent*innen aus ganz Deutschland und mit zahlreichen Betriebs- und Personalrät*innen zu Fragen der Digitalisierung statt. Der DGB Baden-Württemberg unterstützte die Gründung und die Arbeit des Netzwerkes aktiv und sucht weiterhin den regen Austausch mit der arbeitnehmer*innen orientierten Forschung im Land.

So konnte auch erreicht werden, dass die Hans-Böckler-Stiftung die Vernetzungs- und Forschungsarbeit durch die Anschubfinanzierung einer Stelle an der neu gegründeten Kooperationsstelle Wissenschaft-Arbeitswelt am F.A.T.K. in Tübingen unterstützt. Die Kooperationsstelle konnte im September 2021 ihre Arbeit aufnehmen und wird seitdem von Setareh Radmanesch geleitet. Im Beirat der Kooperationsstelle bringen sich der DGB und die Gewerkschaften mit drei Vertreter*innen ein.



Setareh Radmanesch

Gutes Leben

Zukunftsinvestitionen statt Schuldenbremse

Der DGB Baden-Württemberg setzt sich seit jeher gemeinsam mit den Mitgliedsgewerkschaften für eine bedarfsgerechte Finanzierung der öffentlichen Daseinsvorsorge und des öffentlichen Dienstes ein. Neben der Kritik an einer seit Jahren betriebenen Politik der schwarzen Null gehörte auch immer die Anforderung an ein gerechteres Steuersystem dazu. Im Frühjahr 2020 verankerte der Landtag von Baden-Württemberg trotz vielfach geäußelter Bedenken von gewerkschaftlicher und wissenschaftlicher Seite eine der bundesweit schärfsten Formen der Schuldenbremse in der Landesverfassung.

Dabei zeigte gerade zu diesem Zeitpunkt die beginnende Corona-Pandemie, dass die Investitionsstaus in Krankenhäusern, Schulen und Kommunen riesig waren und dass eine Landesregierung gerade in Krisenzeiten finanzpolitisch handlungsfähig sein muss. Hinzu kam die Erkenntnis, dass die Lösung der Krise nicht in einem Abwägen zwischen Pandemiebekämpfung und wirtschaftspolitischen Transformationsprogrammen bestehen durfte, sondern beide Ziele vereinbaren musste. Deshalb ließ

Übergabe unseres Positionspapiers zur Wohnungspolitik an die zuständige Ministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut.



der DGB Baden-Württemberg im Sommer 2020 von den Ökonomen Prof. Dr. Tom Krebs und Torsten Windels Vorschläge für ein Konjunktur- und Transformationsprogramm „Zusammenhalt stärken und Zukunft schaffen“ erstellen, das sowohl kurzfristige Maßnahmen zur Absicherung von Beschäftigung als auch Perspektiven für eine sozial-ökologische Transformation umfasste. Die Studie wurde in der Öffentlichkeit vorgestellt und wird seitdem in den Diskussionen mit Landtagsfraktionen sowie Bündnispartner*innen eingebracht.

Bezahlbaren Wohnraum schaffen und erhalten

Die Wohnungsnot betrifft nicht nur die baden-württembergischen Großstädte, sondern auch viele Mittel- und Oberzentren und Teile des ländlichen Raums. Wer umziehen muss, wird mit zweistelligen Angebotsmieten pro Quadratmeter konfrontiert, selbst in mäßigen Lagen. In Baden-Württemberg müssten pro Jahr rund 70.000 Wohnungen gebaut werden, um den Bedarf zu decken. Tatsächlich sind es weniger als die Hälfte. Der DGB Baden-Württemberg setzt sich gemeinsam mit den Mitgliedsgewerkschaften dafür ein, dass unsere Kommunen Wohnraum für alle Menschen bieten, unabhängig vom Einkommen. Deswegen gilt es vor allem für diejenigen, die geringere bis durchschnittliche Einkommen haben, bezahlbaren Wohnraum zu schützen, bzw. zu bauen und dauerhaft zu sichern. Bund, Land

und Kommunen müssen deshalb eine aktive Rolle in der Wohnungspolitik einnehmen. Die Privatisierungen öffentlicher Wohnungsbestände waren ein Fehler. Seit 2002 hat sich der Bestand geförderter Wohnungen mehr als halbiert und deckt mit rund 51.500 Wohnungen nicht annähernd den Bedarf. Das im November 2018 im Bezirksvorstand verabschiedete Positionspapier benennt den wohnungspolitischen Handlungsbedarf.

Es wird höchste Zeit, dass das Land mit einer Landesentwicklungsgesellschaft wieder eigene Wohnungen baut und verwaltet. Dieses Kernanliegen vertraten DGB und IG BAU gegenüber dem bis Frühjahr 2021 zuständigen Wirtschaftsministerium in der Wohnraumallianz. Auch gegenüber Fachpolitiker*innen und Öffentlichkeit wurde die Forderung platziert. Mit Gründung eines Ministeriums für Landesentwicklung und Wohnen und dem geplanten Strategiedialog „Bezahlbares Wohnen und innovatives Bauen“ – der unter Beteiligung der Gewerkschaften tagen wird – wird deutlich, dass Wohnungspolitik auch für die neue Landesregierung eines der zentralen Themen bleibt. Aus unserer Sicht gilt es nun vor allem, die Wirkung und Umsetzung der wohnungspolitischen Instrumente zu begleiten, damit der Bestand an gefördertem Wohnraum vergrößert wird.

Um eine weitere Explosion der Bestandsmieten zumindest einzudämmen, muss das Mietrecht verschärft und konsequent angewendet werden. Hierzu waren der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften in stetigem Austausch mit dem Mieterbund und machten vor der Landtags- und Bundestagswahl in Fachveranstaltungen, Bündnissen, Aktionstagen und Kampagnen gemeinsam auf unsere Forderungen aufmerksam. DGB-Bezirk und -Regionen waren in engem Austausch über inhaltliche und strategische Fragen in der Wohnungspolitik und luden externe Expert*innen zu Fachinputs ein. Highlights waren der bundesweite Aktionstag am 28. März 2019, bei dem seitens des Bezirks das oben genannte Forderungspapier vom November 2018 an Wirtschaftsministerin Hoffmeister-Kraut überreicht wurde, die Kampagne zur Landtagswahl mit der Kernforderung nach bezahlbarem Wohnraum und der Aktionstag am 19. Juni 2021 zum bundesweiten Mietenstopp in Richtung Bundestagswahl.

Krankenhausfinanzierung

Da die Krankenhausinvestitionen des Landes Baden-Württemberg viel niedriger sind als die tatsächlichen Investitionsbedarfe in den Kliniken, sind sowohl die Qualität der Versorgung als auch der Arbeitsbedingungen gefährdet. Der DGB Baden-Württemberg setzte sich gegenüber der Landesregierung und auch in der Öffentlichkeit energisch für höhere Krankenhausinvestitionen des Landes ein. Doch mit Hinweis auf ihre Politik des Primats der Haushaltskonsolidierung ist die Landesregierung den Forderungen des DGB Baden-Württemberg weitestgehend nicht gefolgt.

Pflegekammer

Zusammen mit der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft hat sich der DGB Baden-Württemberg deutlich vernehmbar gegen die Pläne der Landesregierung gewandt, in Baden-Württemberg eine Pflegekammer mit Pflichtmitgliedschaften der Pflegebeschäftigten zu errichten und ihre Finanzierung wiederum über Pflichtbeiträge der Pflegebeschäftigten sicherzustellen. Eine Pflegekammer würde nach Auffassung des DGB Baden-Württemberg keines der drängenden Probleme in der Pflege lösen – eine derartige Kammer würde stattdessen mit hohen Bürokratiekosten verbunden sein und weder zu mehr Personal noch zu einer besseren Bezahlung in der Pflege beitragen. Auch wegen der aktiven gewerkschaftlichen Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit u. a. mit Protestaktionen vor dem Landtag hat die Landesregierung ihr Vorhaben zum Ende der vergangenen Legislaturperiode aufgegeben, zugleich aber angekündigt, ihre Pläne in der neuen Legislaturperiode erneut aufzugreifen.

Pflegepersonal aufwerten - eine Aktion von ver.di am 12. Mai 2021. Foto: ver.di

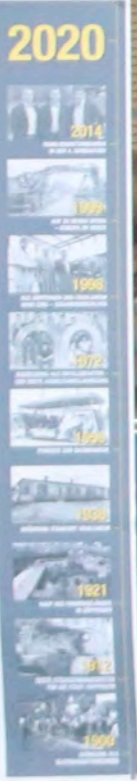


LEONHARD WEISS 2020

EIN HERZLICHES
DANKESCHÖN

AN ALLE MITARBEITERINNEN
UND MITARBEITER FÜR IHRE
LOYALITÄT,
TREUE
UND HOHEN
EINSATZ,
HEUTE UND IN DEN LETZTEN
120 JAHREN!

Es grüßen herzlich
die Gesellschafterfamilien und die Geschäftsführung



Martin Kunzmann und Andreas Harnack, Regionalleiter der IG BAU, übergeben unseren Mitbestimmungspreis an die Mitglieder des Betriebsrates der Leonhard Weiss GmbH & Co. KG in Göppingen. Sie werden für ihr innovatives Qualifizierungsangebot ausgezeichnet.

Starker DGB

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Bezirks umfasst die Kommunikation mit den Medien, den Mitgliedern und Mitgliedsgewerkschaften, der Politik und der interessierten Öffentlichkeit. Zudem gehört die Unterstützung der Regionen in der Öffentlichkeitsarbeit zu den Aufgaben der Abteilung.

Abteilungsleiterin ist seit Dezember 2014 Andrea Gregor. Für die Social-Media-Arbeit war bis Juli 2020 ein 20-prozentiger Stellenanteil vorgesehen. Diesen hatte zuletzt Christian Störtz inne. Zum 1. Januar 2021 konnte eine vollwertige Stelle für Social Media

und Kampagnenarbeit geschaffen werden. Seitdem ist Luca Gemein für diese Aufgabe zuständig. Im Zuge ihres Stellenantritts wurde die Social-Media-Arbeit professionalisiert und stark ausgebaut.

Zur klassischen Pressearbeit gehören Pressemitteilungen, Pressegespräche und Interviews sowie die gezielte Ansprache von Medien und Hintergrundgespräche. Zur Öffentlichkeitsarbeit gehören unsere Social-Media-Kanäle sowie unser Newsletter und Positionspapiere (dgb aktuell). Die Homepage www.bw.dgb.de ist unsere zentrale Überblicksseite und digitale Visitenkarte. In mehreren Relaunches wurde sie übersichtlicher und aktueller gestaltet. Zu allen wichtigen Kampagnen finden sich Schwerpunktsseiten, sogenannte Landingpages, auf der Homepage.

ZU FOLGENDEN ANLÄSSEN HABEN PRESSEGESPRÄCHE STATTFUNDEN:

Nov 2017	Vorstellung Ausbildungsreport DGB-Jugend
Feb 2018	LPK zusammen mit Mehr Demokratie und dem BUND: Die Beteiligten haben sich für mehr Bürger*innenbeteiligung auf Landkreisebene eingesetzt.
Feb 2018	Pressekonferenz vor den Betriebsratswahlen, mit Betriebsrät*innen von Bosch, BASF und Kaufhof
März 2018	Evaluation des Bildungszeitgesetzes mit Partner*innen aus dem Bündnis Bildungszeit: Kritik an Zeitpunkt und Methode der Evaluation des erst 2015 eingeführten Bildungszeitgesetzes.
Okt 2018	Landespressekonferenz im Rahmen der Aktionswoche Armut: Mehr demokratische Beteiligung mit Tarifverträgen - die beste Armutsprävention.
Jan 2019	Hintergrundgespräch mit den Gewerkschaften: Jahresausblick
Okt 2019	Gemeinsam mit Bündnispartnern zur Initiative Lieferkettengesetz: ein baden-württembergisches Netzwerk engagiert sich für ein Lieferkettengesetz, gemeinsam mit der Evangelischen Landeskirche in Württemberg und dem Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg (DEAB)
Nov 2019	Vorstellung Ausbildungsreport der DGB-Jugend
Feb 2020	Hintergrundgespräch mit den Gewerkschaften: Jahresausblick
April 2020	digitales Pressegespräch vor dem 1. Mai
Sept 2020	Pressegespräch mit Prof. Dr. Tom Krebs, Uni Mannheim: DGB stellt Anforderungen an ein Konjunktur- und Transformationsprogramm vor
Jan 2021	LPK mit den Grünen zur pauschalen Beihilfe für Beamt*innen
Jan 2021	digitales Pressegespräch anlässlich der Nominierung der künftigen Führungsspitze (Kai Burmeister für den Vorsitz, Maren Diebel-Ebers für die Stellvertretung)
Feb 2021	hybrides Pressegespräch mit IG Metall, ver.di, IG BCE: Anforderungen an die nächste Landesregierung
April 2021	hybrides Pressegespräch in Reutlingen mit IG Metall und ver.di vor dem 1. Mai
Juni 2021	hybrides Pressegespräch gemeinsam mit der Regionaldirektion der Agentur für Arbeit zur Situation auf dem Ausbildungsmarkt

Es gab weitere Pressegespräche im Rahmen von Bündnisarbeit, etwa mit der Allianz Mobilitätswende und dem Mieterbund.



BERICHTERSTATTUNG ZUM 1. MAI

Zum Tag der Arbeit wurde der Vorsitzende regelmäßig zu Studio-Interviews bzw. einer Live-Schalte vom SWR eingeladen. Auch im Hörfunkprogramm hat der SWR ausführlich über unsere Aktivitäten zum 1. Mai berichtet. Am 1. Mai 2021 gab es in „SWR Aktuell“ einen Filmbeitrag über beispielhafte Betriebsratsarbeit bei Unilever in Heilbronn.

Rund um den Tag der Arbeit sind regelmäßig Interviews in verschiedenen Zeitungen erschienen.

Social Media

Die Pandemie hat unserer Social-Media-Arbeit einen Schub gegeben. Vorangebracht hat uns als Bezirk die konzeptionelle und praktische Arbeit von Kolleg*innen aus dem Bezirk und den Regionen, genannt seien an dieser Stelle Julia Friedrich, Mia Koch, Jens Liedtke, Andre Fricke und Moritz Stiepert.

BEISPIELE FÜR NEUE ONLINE-FORMATE SIND:

- der Film zum 8. Mai 2020, dem 75. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus
- mehrere Facebook-Live-Sendungen, u.a. mit Martin Kunzmann, dem IG Metall Bezirksleiter Roman Zitzelsberger und Prof. Dr. Tom Krebs (Uni Mannheim)
- Videobotschaften zu aktuellen Anlässen mit den Vorsitzenden der Mitgliedsgewerkschaften und den Abteilungsleitenden

(NEUE) PLATTFORMEN – GESTEIGERTE REICHWEITE

Der DGB Baden-Württemberg ist auf einer Vielzahl an Online-Plattformen aktiv: Facebook, Instagram, Google My Business, Telegram, Twitter, Spotify, YouTube. Die verschiedenen Kanäle werden entsprechend ihrer Zielgruppe mit Inhalten bespielt und sind ein wichtiges Werkzeug für das Online-Kampagnenmanagement.

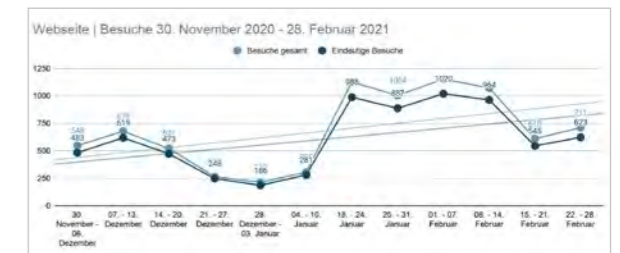
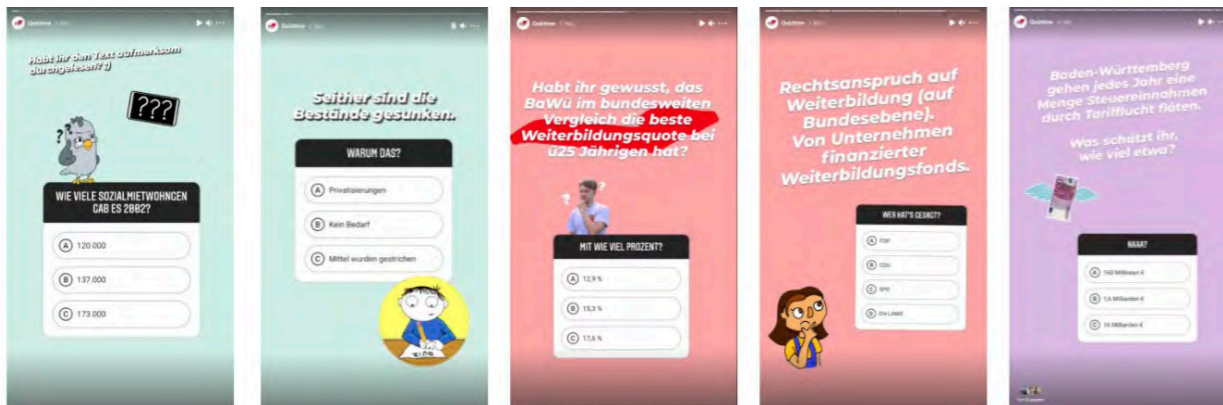


BILD: Auswertung-Webseitenbesuche_NOV20-FEB21.jpg

Auf der Grafik sieht man die Besuche unserer Webseite. Es ist deutlich zu erkennen, dass die Social-Media-Kampagne zur Landtagswahl in der ersten Januarwoche gestartet ist. Ziel war, möglichst viele Nutzer*innen auf die Landingpage zur Wahl zu leiten.

Auch auf den Social-Media-Plattformen selbst bereiten wir unsere Inhalte transparent und nutzer*innenfreundlich auf. Zur Landtagswahl beispielsweise konnten sich die User*innen auf Instagram in einem Quiz mit unseren Forderungen auseinandersetzen.



Instagram_Story-Quiz

ONLINE-VERANSTALTUNGEN

Nicht zuletzt durch die Corona-Pandemie wurde begonnen, vermehrt auf hybride Veranstaltungsformate und reine Online-Veranstaltungen zu setzen. Beispiele für große hybride Veranstaltungen sind:

- die DGB-Wahlarena mit den Spitzenkandidat*innen der demokratischen Parteien zur Landtagswahl
- Kundgebung 1. Mai in Reutlingen mit Rede von Martin Kunzmann

NEUE FORMATE

Neben dem tagesaktuellen Bespielen der verschiedenen Social-Media-Plattformen wurden ein paar neue Formate entwickelt. So gibt es beispielsweise zwei neue Gesprächsformate auf YouTube und Spotify. Mit dem Talk-Format „Gewerkschaft im Dialog“ geben wir einen Einblick in unsere Arbeit, unsere Ziele und unsere politischen Erfolge und stellen die Menschen vor, die für eine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Beschäftigten und ihrer Familien aktiv sind. Bei dem ["Auf ein Getränk mit..." - Podcast](#) unterhalten sich haupt- und ehrenamtliche



Akteur*innen aus dem Bezirk und den Mitglieds- gewerkschaften über aktuelle Themen, den eigenen Arbeitsalltag und ihre Lieblingsgetränke, angereichert mit einer ganzen Menge persönlicher Anekdoten, Witz und Unterhaltung.

KAMPAGNENARBEIT

Verstärkt wurde auch die Online-Kampagnenarbeit. Konkretes Ziel war immer Aufklärung, öffentliche Unterstützung oder die Umsetzung bzw. Abwehr einer bestimmten politischen Maßnahme. Beispielhaft seien die Kampagnen zur Landtagswahl, zur Bundestagswahl und zum Ausbildungsstart 2021 genannt.



Sharepics_Kampagne-Landtagswahl



BOTSCHAFTEN AM GEWERKSCHAFTSHAUS

Am Willi-Bleicher-Haus in Stuttgart wurden Befestigungen angebracht, um großformatige Banner aufhängen zu können. Sie unterstützen die Kampagnenarbeit des DGB, etwa zur Landtags- und Bundestagswahl. So können Passant*innen und Autofahrer*innen auf einen Blick erkennen, wofür der DGB steht.

Vernetzung der Arbeit gegen rechts

In den vergangenen Jahren haben wir die Erfahrung machen müssen, dass der gewerkschaftliche Kampf gegen rechts viele Gesichter haben muss. In zahlreichen Aktionen und Kundgebungen haben der DGB und die Gewerkschaften in Baden-Württemberg gegen Parteitage der AfD und Veranstaltungen anderer rechter Gruppierungen klare Kante gegen rechts bewiesen und einer „Normalisierung der Beziehungen“ widerstanden.

Dazu sind aber weitere Formen der Auseinandersetzung gekommen: in manchen Betrieben und Unternehmensstandorten agieren rechte Gruppen

Pressegespräch anlässlich der Betriebsratswahlen im Februar 2018.



offen gegen die DGB-Gewerkschaften, ihre Betriebsrät*innen und Vertrauensleute und schikanieren Kolleg*innen. Sie diffamieren DGB-Gewerkschafter*innen als Verräter*innen und versuchen Profit zu schlagen aus der Verunsicherung mancher Beschäftigter. Glücklicherweise ist es bisher bei Einzelfällen geblieben. Anlass zur Konfrontation gab es allerdings immer wieder. Auch das Willi-Bleicher-Haus wurde Ziel von Aktionen der verfassungsfeindlichen Identitären Bewegung (IB) – wie auch andere Gewerkschaftshäuser im Südwesten. Diese

werden auch im Verfassungsschutzbericht 2020 des Landes Baden-Württemberg kritisch erwähnt.

All diese Entwicklungen haben uns dazu veranlasst, uns im Kampf gegen rechts besser zu vernetzen. Seit März 2021 finden regelmäßig Vernetzungstreffen von haupt- und ehrenamtlichen Aktiven statt, um sich darüber auszutauschen, wie der „Kampf um die Köpfe“ der Belegschaften erfolgreich geführt und einer Verrohung des Umgangs miteinander entgegen gewirkt werden kann. Hilfreiche Unterstützung gibt es dabei vom Projekt „Vernetzung, Aufklärung, Unterstützung (VAU)“ des DGB-Bildungswerks sowie den Projektmitarbeiter*innen des Projekts „Betriebliche Demokratie stärken – Rassismus und Rechts- extremismus im Betrieb bekämpfen“, das vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales für drei Jahre gefördert wird.



Berichte aus den Abteilungen

Wirtschafts-, Industrie- und Umweltpolitik

Die Abteilung Wirtschafts-, Industrie- und Umweltpolitik wurde bis April 2018 von Julia Friedrich geleitet. Seit Mai 2018 ist Stefan Rebmann für diese Politikfelder zuständig.

Arbeitszeit

Die politischen Initiativen der Landesregierung – insbesondere des Wirtschaftsministeriums –, das Arbeitszeitgesetz deutlich zu verschlechtern, beschäftigten uns über einen längeren Zeitraum. Die zunehmende Digitalisierung und die veränderten Bedürfnisse der Beschäftigten nach einer verbesserten Work-Life-Balance wurden vom Wirtschaftsministerium als Argumente für eine Aufweichung des Arbeitszeitgesetzes vorgetragen. Studien, die belegen, dass das geltende Arbeitszeitgesetz vielfältige Arbeitszeitmodelle, Schichtsysteme und Flexibilisierungsmöglichkeiten eröffnet, und dass schon heute mit entsprechenden Pausenregelungen Arbeitszeiten bis zu 13 Stunden möglich sind, wurden dabei nicht berücksichtigt. Wir konnten in mehreren Gesprächen mit Fachpolitiker*innen der Landtagsfraktionen und der Regierungskoalition und mit unseren ehrenamtlichen Kolleg*innen, die die tägliche Praxis in den Betrieben in der Metallindustrie, in den Krankenhäusern und im Hotel und Gaststättengewerbe

erleben, unsere Position darlegen: Das Arbeitszeitgesetz ist auf der Höhe der Zeit. Die Initiative des Wirtschaftsministeriums wurde von den Grünen ausgebremst. Das ist ein Teilerfolg für uns. Wir gehen davon aus, dass erneute Vorstöße, die Schutzrechte der Beschäftigten zu schwächen, kommen werden.

Mitbestimmungskonferenz

Unsere für 2020 geplanten Konferenzen zu 100 Jahre Betriebsrätegesetz und 100 Jahre Vertretung der Schwerbehinderten fielen leider der Covid-19-Pandemie zum Opfer. Im Juni 2021 haben wir die Mitbestimmungskonferenz als Hybridveranstaltung mit Professor Dr. Wolfgang Däubler von der Uni Bremen, Dr. Eberhard Natter, dem Präsidenten des Landesarbeitsgerichtes, und mit Michael Vassiliadis, dem Vorsitzenden der IG BCE, nachgeholt. Die Teilnehmenden waren sich einig: Es braucht eine Runderneuerung bei der betrieblichen Mitbestimmung wie auch bei der Unternehmensmitbestimmung. Diese Anforderungen bringen wir in unsere Bundestagswahlkampagne ein.

Für den Herbst 2021 – nach Drucklegung dieses Berichts – ist die Konferenz für die Vertretung der Schwerbehinderten ebenfalls als Hybridveranstaltung geplant. Hierzu sind anerkannte Expert*innen zur Rechtsentwicklung und Rechtsprechung im Inklusions- und Schwerbehindertenrecht sowie Kolleg*innen aus der betrieblichen Praxis als Referent*innen angefragt.



Besuch im GKM in Mannheim im Februar 2019.



Industriepolitische Touren

Der DGB Bezirk hat in den vergangenen Jahren mehrere industriepolitische Touren durch Baden-Württemberg unternommen. Die Touren standen jeweils unter einem Schwerpunkt, welcher für die baden-württembergische Industrie von Bedeutung ist. So standen bei der Tour nach Mannheim 2019 die Energiepolitik, das EEG, der Kohleausstieg und die Versorgungssicherheit im Mittelpunkt. Bei Betriebsbesuchen und Gesprächen mit den Betriebsräten und den jeweiligen Geschäftsführungen von Essity (IG BCE), Caterpillar (IG Metall) und dem Großkraftwerk GKM Mannheim (ver.di) wurden die Auswirkungen der Energiepolitik auf Unternehmen und Beschäftigte sowie deren Anforderungen an die Landespolitik ausführlich erörtert.

Weitere industriepolitische Touren widmeten sich den Themenbereichen Fachkräftesicherung, Wohnungspolitik im Raum Lörrach, Industriepolitik und Wirtschaftsförderung und Transformation in der Region Stuttgart sowie in der Region Südwürttemberg dem Themenkomplex industriepolitische Bedeutung des Bodensee-Airports und der Transformation bei ZF. Bereits geplante industriepolitische Touren mussten wegen der Corona-Pandemie leider abgesagt werden.

Die industriepolitischen Touren sind ein geeignetes Format, um die Positionen des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften in der regionalen Öffentlichkeit, aber auch im Diskurs mit der Landesregierung zu verdeutlichen. Hinzu kommt, dass die ehrenamtlichen DGB-Kolleg*innen vor Ort und engagierte Betriebs- und Personalrät*innen sich bei dieser Gelegenheit intensiv mit dem DGB-Bezirksvorsitzenden austauschen können.

Lieferkettengesetz

Der DGB Baden-Württemberg hat sich in enger Zusammenarbeit seinen Mitgliedsgewerkschaften, insbesondere mit ver.di, seit 2019 im Bündnis für ein Lieferkettengesetz BW engagiert. Dem Bündnis gehörten zahlreiche Organisationen, NGOs und die christlichen Kirchen an. Gemeinsames Ziel war es, in einem Lieferkettengesetz die Festschreibung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten seitens der Wirtschaft festzuschreiben.

Bei Veranstaltungen, Konferenzen, Anhörungen im Landtag u.a. zur Nachhaltigkeitsstrategie der Landesregierung zu den UN-Nachhaltigkeitszielen, einer Pressekonferenz sowie einer in den sozialen Netzwerken verbreiteten Videobotschaft von Martin Kunzmann und dem evangelischen Landesbischof von Baden Cornelius-Bundschuh wurden unsere Positionen verdeutlicht.

Wir begleiten weiterhin aktiv die Umsetzung des Lieferkettengesetzes in nationales Recht. Zudem engagieren wir uns für gute Arbeit weltweit und für ein gutes Lieferkettengesetz auf europäischer Ebene. Hierzu soll – nach Drucklegung dieses Berichts – am 26. November 2021 in Stuttgart eine Fachtagung mit Evelyn Gebhardt MdEP stattfinden.

Bild oben: Eine Station der industriepolitischen Tour in Mannheim war der Maschinenbauer Caterpillar.

Bild unten: Für ein Lieferkettengesetz haben wir uns in einem breiten gesellschaftlichen Bündnis eingesetzt.



Arbeits- und Sozialpolitik

Die Abteilung Arbeits- und Sozialpolitik wird seit 2012 von Jendrik Scholz geleitet.

In der Rentenpolitik hat der DGB Baden-Württemberg mit seinem **Rentenreport 2020**, der Befunde zur Situation der Alterssicherung in Baden-Württemberg enthält, aktiv in die Debatte über Rentenreformen vor der Bundestagswahl eingegriffen und die gewerkschaftlichen Forderungen insbesondere nach einem höheren Rentenniveau kommuniziert. Dazu hat der DGB Baden-Württemberg an vielen Orten in Baden-Württemberg – teilweise in Kooperation mit Bündnispartnern wie den Sozialverbänden – Veranstaltungen und Aktionen auch im Onlineformat initiiert und Abgeordnete wie neue Wahlkreiskandidat*innen mit seinen Vorschlägen konfrontiert.

In der Arbeitsmarktpolitik hat der DGB Baden-Württemberg u. a. die Gewerkschaftsseite im Tarifausschuss des Landes Baden-Württemberg koordiniert. Für Tarifverträge im Friseurhandwerk und im Sicherheitsgewerbe konnte dabei die Allgemeinverbindlichkeit erreicht werden.

Zudem haben wir uns in den Gremien der Selbstverwaltung der Bundesagentur wie den örtlichen Verwaltungsausschüssen und dem Landesbeirat bei der Regionaldirektion für Arbeit für stärkere Qualifizierungsanstrengungen der Arbeitsagentur insbesondere für Langzeitarbeitslose und Beschäftigte in den von Transformation und Strukturwandel betroffenen Branchen eingesetzt.

In Kooperation mit den Kirchen und Betroffenengruppen hat der DGB Baden-Württemberg



Erwerbslosentagungen veranstaltet, um auch von Armut Betroffenen beispielsweise im Grundsicherungsbezug den Dialog mit Politik und Wissenschaft zu ermöglichen, ihre Teilhabe zu stärken und den gewerkschaftlichen Forderungen Gehör zu verschaffen. Dazu hat der DGB Baden-Württemberg sich auch an der jährlichen Armutsaktionswoche der Wohlfahrtsverbände mit Veranstaltungen und Aktionen in vielen Städten beteiligt und auch die Landespressekonferenz genutzt, mediale Öffentlichkeit für seine Anliegen herzustellen.

In der Sozialpolitik hat der DGB Baden-Württemberg die Beteiligung der Gewerkschaften an den Selbstverwaltungen der Sozialversicherungen wie der AOK und der Rentenversicherung Baden-Württemberg koordiniert, die gewerkschaftlichen Interessen gegenüber Arbeitgebern und Vorständen gebündelt und Tagungen wie Schulungen für seine ehrenamtlichen Funktionär*innen angeboten.

Spitzengespräch der Fachkräfteallianz am 28.01.2019.



Bildungspolitik

Der Abteilung Bildungspolitik, berufliche Bildung und Hochschule ist die Bearbeitung und Koordination aller bildungsrelevanten Themen übertragen. Das umfasst die frühkindliche Bildung, die Schulpolitik, die Ausbildung, den Bereich Hochschule und den Bereich der Weiterbildung sowie die Repräsentation des DGB in den entsprechenden Gremien, wie dem Landesausschuss für Berufliche Bildung. Seit März 2019 leitet Jens Liedtke die Abteilung. Er hat die Aufgabe von Joachim Ruth übernommen.

Bildungszeit

Das Bildungszeitgesetz Baden-Württemberg beinhaltet den Rechtsanspruch auf fünf Tage bezahlte Freistellung im Jahr für die selbstgewählte Fortbildung von Beschäftigten. Weiterbildungen können sowohl im beruflichen wie auch politischen Bereich und in der Ehrenamtsqualifizierung in Anspruch genommen werden. Die Bildungszeit hilft somit dabei, individuelle Karrierewege zu fördern, den Fachkräftebedarf zu sichern und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Das Gesetz kam 2015 unter starker Mitwirkung des DGB und der Gewerkschaften durch die damalige grün-rote Landesregierung zustande. Insbesondere durch Druck der Arbeitgeber wurde dieser Rechtsanspruch in der vergangenen Legislaturperiode in Frage gestellt. In den Nebenabreden zum Koalitionsvertrag der ersten grün-schwarzen Landesregierung war festgehalten, dass anteilig Erholungsurlaub für politische Weiterbildung und Ehrenamtsqualifizierung eingebracht

werden sollte, wenn die Ergebnisse einer Evaluation nicht dagegen sprächen. Im Laufe der Debatte um die Novellierung des Gesetzes gab es weitere Angriffe, wie den Vorstoß, betriebliche Bildung mit den Bildungszeittagen zu verrechnen. In Zeiten der verfassungsfeindlichen Querdenker-Bewegung, Fake-news und Angriffen auf demokratische Grundwerte ist die Bildungszeit jedoch wichtiger als je zuvor.

Federführend im Bündnis Bildungszeit hat der DGB sich intensiv für den Erhalt der Bildungszeit und für Verbesserungen im Gesetz eingesetzt. Neben öffentlichen Aktionen und Pressekonferenzen haben wir viele Hintergrundgespräche mit den Parteien und der Regierung geführt. Unser Engagement war erfolgreich: Sämtliche der drohenden, tiefgreifenden Einschnitte konnten abgewehrt werden. Leider haben die Regierungsfraktionen die Novellierung nicht dazu genutzt, das Bildungszeitgesetz im Sinne der Beschäftigten zu verbessern. Die Fristen im Gesetz wurden so geändert, dass Anträge auf Bildungszeit nun spätestens neun Wochen vor Beginn der Bildungsmaßnahme beim Arbeitgeber eingereicht werden müssen (zuvor acht Wochen). Die Entscheidung des Arbeitgebers über den Antrag muss jetzt spätestens vier Wochen nach Eingang des Antrags erfolgen (zuvor spätestens vier Wochen vor der Weiterbildung), was den Beschäftigten zumindest mehr Planungssicherheit gibt. Die im Zuge der Novellierung eingerichtete Schiedsstelle wird paritätisch vom Regierungspräsidium Karlsruhe sowie Vertreter*innen der Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen besetzt. Bisher ist noch nicht abzusehen, ob diese sich bewährt. Wir werden uns zunächst innergewerkschaftlich austauschen und ggf. Maßnahmen ergreifen.

Aus der Evaluation ging auch hervor, dass lediglich 34,5 Prozent der Anspruchsberechtigten das Bildungszeitgesetz kennen. Der DGB und seine Partnerorganisationen im Bündnis Bildungszeit haben es sich daher zu Aufgabe gemacht, die Bildungszeit stärker zu bewerben und die Beschäftigten auf ihre Rechte aufmerksam zu machen.

Das Bündnis für Bildungszeit in Aktion vor dem Landtag.



Martin Kunzmann mit Müttern im Einsatz für gebührenfreie Kitas vor dem Landtag 2019.

Gebührenfreie Kitas

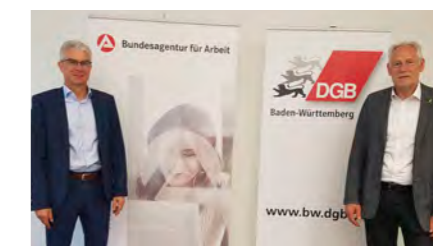
Das von der SPD initiierte Bündnis für gebührenfreie Kitas in Baden-Württemberg wurde am 29. Mai 2019 gegründet. Der DGB und die beteiligten Gewerkschaften ver.di und GEW haben hierbei erfolgreich eingebracht, dass sich das Bündnis neben der Gebührenfreiheit auch gleichermaßen für die Themen Ausbau der Kapazitäten und Investitionen in die Qualität der Kinderbetreuung, insbesondere in Personal und bessere Arbeitsbedingungen, stark macht. Neben dem landesweiten Bündnis wurden Bündnisse auf Kreisebene gegründet. Ein geplantes Volksbegehren wurde am 18.05.2020 vom Landesverfassungsgericht für unzulässig erklärt. In der Urteilsbegründung heißt es, dass das geplante Volksbegehren nicht dem Bestimmtheitsgrundsatz genüge. Es steht zu befürchten, dass diese Begründung Volksbegehren in Baden-Württemberg deutlich erschweren wird. Das Bündnis ist gegenwärtig nicht aktiv. Bedauerlicherweise konnte die Gebührenfreiheit nicht im Koalitionsvertrag verankert werden. Der DGB hat bereits am 13. Dezember 2019 mit dem Bündnis vor dem Landtag auf die Ungerechtigkeit hingewiesen, dass in einigen Kommunen keine Gebühren erhoben werden, während die Eltern in andere Kommunen sehr hohe Kitagebühren zahlen müssen. Die Landesregierung zeigt hier den Willen, etwas zu verändern. Im Koalitionsvertrag steht, dass die Kita-Gebühren nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit von Familien gestaffelt werden sollen. Zudem soll die Qualität in der frühkindlichen Bildung für die Landesregierung an erster Stelle stehen und der Ausbau soll weiter vorangetrieben werden.

Pressegespräch zum Thema Ausbildung mit dem Chef der Regionaldirektion für Arbeit Baden-Württemberg, Christian Rauch, im Juni 2021.

Ausbildung

Ein Berufsabschluss ist gerade in Zeiten von rasanten Entwicklungen in der Arbeitswelt ein zentraler Faktor zum Schutz vor Arbeitslosigkeit und für gut bezahlte Beschäftigung. Ein gutes Qualifizierungsniveau ist darüber hinaus essenziell für die Deckung des Fachkräftebedarfs und damit für den wirtschaftlichen Erfolg Baden-Württembergs.

In den vergangenen Jahren ist die Zahl der Ausbildungsplätze deutlich gesunken. 2020 hat sich die Situation noch einmal deutlich zugespitzt. Es wurden mehr als zehn Prozent weniger Ausbildungsverträge in Baden-Württemberg abgeschlossen als im Vorjahr. Ein Teil des Rückgangs, bspw. in den Tourismusbranchen, ist der Coronapandemie geschuldet. Es spielen jedoch auch Transformationseffekte eine wesentliche Rolle, so dass wir davon ausgehen müssen, dass die Ausbildungskapazitäten in vielen Branchen nicht mehr das Vorkrisenniveau erreichen werden. Der DGB hat im Landtagswahlkampf gefordert, dass jede*r Ausbildungsinteressierte das Recht auf einen Ausbildungsplatz erhält. Falls zu wenige Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen, muss das Recht auf Ausbildung über berufliche Schulen oder außerbetriebliche Ausbildungsstätten sichergestellt werden. Die betriebliche Ausbildung muss jedoch weiterhin im Mittelpunkt stehen. Ziel muss es sein, entsprechende Anreize zu setzen, dass die Auszubildenden im zweiten Ausbildungsjahr in einen Betrieb wechseln können. Dieses Thema haben wir gegenüber der Politik erfolgreich platziert. Die Ausbildungsgarantie ist im Koalitionsvertrag festgehalten. Zudem hat die Landesregierung bereits die Fördergelder für überbetriebliche Ausbildung verdoppelt und damit schon nach einem Monat mehr Förderanträge als im gesamten vergangenen Jahr erhalten. Neben dem Engagement für das Recht auf einen Ausbildungsplatz haben wir uns intensiv in die Debatten um Berufsbilderneuerung, Digitalisierung und Qualität der Ausbildung eingebracht.



Handwerks- politik

Mitbestimmung stärken!

NEUE ZUSTÄNDIGKEIT UND WAHLEN

2019 übernahm Jürgen Höfflin – zusätzlich zu seiner Tätigkeit als Regionsgeschäftsführer – die Zuständigkeit für die Handwerkspolitik im Bezirk. In diesem Jahr fanden in den acht baden-württembergischen Handwerkskammern die Wahlen der Vollversammlungen statt. Bei allen Handwerkskammern trat der DGB erfolgreich mit eigenen Listen an. Über die Vollversammlungen konnten dann die Berufsbildungsausschüsse in den Handwerkskammern mit unseren Kolleg*innen besetzt werden. Allen Beteiligten an den Listenaufstellungen und denjenigen, die sich zur Wahl gestellt haben, sei an dieser Stelle ganz herzlich gedankt. Die Listenaufstellungen und Wahlen sind wegen des relativ geringeren gewerkschaftlichen Organisationsgrads im Handwerk keine Selbstläufer.

ARBEITS- UND KOMMUNIKATIONSSTRUKTUR

Nach den Vollversammlungswahlen war der Aufbau von neuen und tragfähigen Arbeits- und Kommunikationsstrukturen innerhalb unserer Handwerksarbeit das vorrangige Ziel. Wegen Corona kam dieser Prozess leider etwas ins Stocken. Nachdem die technischen Voraussetzungen weitgehend geschaffen waren, nahm dieser Prozess wieder Fahrt auf und gewann online sogar eine höhere Reichweite. Da alle Handwerkskammern und der DGB mit Microsoft-Teams arbeiten, erfolgt hierüber die Online-Betreuung der Arbeitnehmer*innenbänke in den Vollversammlungen und der Arbeitnehmer*innen-Vizepräsidenten. Zudem werden bezirkswest Online-Meetings zu kammerübergreifenden Themen mit allen Arbeitnehmervertreter*innen in den Vollversammlungen durchgeführt. Auf der hauptamtlichen DGB-Ebene findet ergänzend fast monatlich ein bezirklicher Austausch zu aktuellen Fragen im Handwerk statt. An den handwerkspolitischen Meetings der DGB-Bundesebene beteiligen wir uns ebenfalls. Online ist es uns somit gelungen, einen

schnellen, kammerübergreifenden und bezirkswestlichen Austausch mit allen in der Handwerkspolitik tätigen Kolleg*innen zu gewährleisten.

AUSRICHTUNG UNSERER HANDWERKSPOLITIK

Zur inhaltlichen Ausrichtung unserer handwerkspolitischen Arbeit wurde eine Umfrage unter den Arbeitnehmervertreter*innen in den Vollversammlungen durchgeführt. Bei den Fragen wurden die Positionen des Baden-Württembergischen Handwerkstages e.V. (BWHT) aufgegriffen. Die Rückantworten zeigten deutlich, dass diese BWHT-Positionen fast durchgehend nicht in den Vollversammlungen und von den Arbeitnehmervertreter*innen beraten sowie beschlossen wurden. Unsere Kolleg*innen sprechen sich z.B. deutlich für das Landestarifreue- und Mindestlohngesetz (LTMG) aus, dessen Abschaffung hingegen der BWHT fordert. In einem Online-Meeting wurden die Umfrageergebnisse gemeinsam besprochen und die handwerkspolitische Positionierung festgelegt. Die Tarifbindung sowie die Qualität der Berufsausbildung im Handwerk sollen für die nächsten Jahre unsere Handlungsschwerpunkte sein.



Foto: IG Metall Offenburg

BRIEF DER ARBEITNEHMER-VIZEPRÄSIDENTEN

In der Tarifrunde für das Kfz-Handwerk 2021 veranlasste das Verhalten der Arbeitgeber die Arbeitnehmer-Vizepräsidenten der Handwerkskammern in Baden-Württemberg zu einem deutlichen Zeichen. Die unkommentierte Teilkündigung des Manteltarifvertrages verurteilten sie als ein Schlag ins Gesicht der Beschäftigten. Sie stellten klar, dass der Abbau von tariflichen Regelungen sich unmittelbar auf die Attraktivität der Branche und die Fachkräftegewinnung auswirkt. Die Arbeitgeber forderten sie auf, zu einem sozialpartnerschaftlichen Kurs zurückzukehren und stellten sich an die Seite der Beschäftigten. Auf den Brief reagierten die Arbeitgeber u.a. über den BWHT und die Handwerkskammern, was die Arbeitnehmer-Vizepräsidenten gelassen zur Kenntnis nahmen.

SCHWEIZER LOHNSCHUTZ

Ein weiteres Thema, das insbesondere die DGB-Handwerkspolitik in Baden-Württemberg beschäftigte, war das angestrebte Institutionelle Rahmenabkommen zwischen der EU und der Schweiz. Knackpunkt aus gewerkschaftlicher Sicht war hierbei, dass die EU das gut funktionierende Schweizer System zum Schutz der Mindestarbeitsbedingungen als zu hoch und mit der Dienstleistungsfreiheit nicht vereinbar ansieht. Eine Position, die ganz klar vom BWHT vertreten wird. Da wir hingegen den Grundsatz von gleichem Lohn für gleiche Arbeit an gleichem Ort durchsetzen wollen, haben wir natürlich unsere Schweizer Gewerkschaftskolleg*innen im Ringen um den Erhalt ihres Schutzsystems unterstützt – in enger Abstimmung mit der Bundesvorstandsverwaltung. Beteiligt waren die Referatsleiterin der Abt. Handwerkspolitik Silvia Grigun, die Referatsleiterin der Abt. Internationales und europäische Gewerkschaftspolitik Susanne Wixforth und unser Vorsitzender Reiner Hoffmann. Unter anderem in einem Brief an die Präsidentin der EU-Kommission Ursula von der Leyen hat er die DGB-Position zur Unterstützung der Schweizer Gewerkschaften klar zum Ausdruck gebracht.

Am 26.05.2021 hat der Schweizer Bundesrat die Verhandlungen über das Rahmenabkommen mit der EU für gescheitert erklärt. Das Thema Schutz von Mindestarbeitsbedingungen ist für uns damit aber nicht erledigt.

KONTROLLE BEI ÖFFENTLICHEN AUFTRÄGEN

Beim Thema Tarifbindung haben wir die Möglichkeiten aus dem Landestarifreue- und Mindestlohngesetz (LTMG) aufgegriffen. Für die Arbeitnehmer*innenbänke wurde ein Antrag zur Einbringung in die Vollversammlungen erstellt. Intention des Antrages ist, dass die Handwerkskammern die öffentliche Hand dazu auffordern, dass diese bei von ihr vergebenen öffentlichen Aufträgen die Einhaltung der Mindestarbeitsbedingungen entsprechend des LTMG kontrollieren und Verstöße sanktionieren. Er ist ein Beitrag zur sauberen Vergabe von öffentlichen Aufträgen und unterstützt unsere Bemühungen zur Erhöhung der Tarifbindung. Charme hat dieses Vorgehen auch deshalb, weil der Antrag einerseits der BWHT-Position zur Bekämpfung der Schwarzarbeit entspricht und andererseits der BWHT-Position zur Abschaffung des LTMG widerspricht. Der Antrag ist somit ein erneuter Beleg dafür, dass der BWHT nicht die Stimme des gesamten Handwerks ist. Die Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmervertreter*innen im Handwerk müssen endlich eingehalten und ausgebaut werden. Hierfür setzen wir uns ein.

Strukturpolitik und Daseinsvorsorge

In der Abteilung Strukturpolitik und Daseinsvorsorge werden schwerpunktmäßig Wohnungspolitik (siehe Kapitel Leitansätze/Gutes Leben), Mobilität und Verkehrspolitik, die Finanzierung der Kommunen und Regionalpolitik bearbeitet. Breiten Raum nimmt die Koordination der Politikfelder zwischen regionaler bzw. kommunaler und landespolitischer Ebene ein (vgl. Projektbericht eSta/Zukunftsdialog). Seit 2017 leitet Mia Koch die Abteilung.



Mia Koch vertritt den DGB in der Allianz Mobilitätswende für Baden-Württemberg.

Mobilitätswende mit den Beschäftigten gestalten

Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum verschärft auch die Situation auf den Straßen und im ÖPNV: Immer mehr Beschäftigte müssen weite Strecken pendeln, nutzen dafür häufig ihren Pkw und stehen regelmäßig im Stau. Für viele Beschäftigte ist das eine täglich belastende Situation. Dies und die dringend notwendige Verstärkung des Klimaschutzes erfordern eine Mobilitätswende. Diese gilt es mit den Beschäftigten zu gestalten – insbesondere mit denen, die in der Automobilindustrie tätig und im öffentlichen Verkehr beschäftigt sind. Sie erwarten, dass die Mobilität der Zukunft klimaneutral und sozialgerecht ist. Der DGB-Bezirksvorstand hat hierzu im Mai 2020 das [Eckpunktepapier Gewerkschaftliche Anforderungen an eine Mobilitätswende in Baden-Württemberg](#) beschlossen.

Zusammen in einem breiten gesellschaftlichen Bündnis, dem neben dem DGB und seinen Mitgliedsgewerkschaften Umweltverbände, Verkehrsvereine und -initiativen, kirchliche und viele weitere Akteur*innen angehören, wurde am 15. Juli 2020 die Allianz Mobilitätswende für Baden-Württemberg öffentlich vorgestellt. Mit der Forderung „eine Milliarde Euro mehr für Bus, Bahn, Fuß- und Radverkehr“ wurde eine Kampagne zur Landtagswahl gestartet. In vielen Online-Talkrunden wurden Kandidierende zu unterschiedlichsten Forderungen rund um Mobilität befragt. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften brachten hierbei vor allem die Gestaltung der Transformation in der Automobilindustrie, die Durchsetzung guter Arbeit im öffentlichen Verkehr und Verbesserungen der umweltfreundlichen Verkehrsträger für Pendler*innen als Schwerpunkte ein. Die Mobilitätswende wurde erfolgreich als wichtiges politisches Projekt für die kommende Legislaturperiode platziert.

Die Arbeit innerhalb der Allianz zeigte, dass unterschiedliche Perspektiven auf das Thema Mobilität in eine gemeinsame politische Forderung und Kampagne münden können. Widersprüche zwischen umweltpolitischen und gewerkschaftlichen Anforderungen sind zum Beispiel in der Frage nach der zukünftigen Rolle des motorisierten Individualverkehrs nicht aufgelöst. Sie sind aber aushaltbar, wenn allen Partner*innen klar ist, dass das gemeinschaftliche Eintreten für eine klimaneutrale und sozialverträgliche Mobilität nur mit Beteiligung der Beschäftigten funktioniert, wofür die Allianz ein bundesweites Beispiel abgibt. Die Aktivitäten wurden zur Bundestagswahl in einer weiteren Kampagne fortgesetzt.

DGB-Forum #Digitalisierung – Mit uns (mit-)bestimmt“

Beim DGB-Forum am 29. Juni 2018 in Karlsruhe diskutierten und informierten sich 140 Teilnehmende – Betriebs- und Personalräte, Gewerkschafter*innen und Wissenschaftlicher*innen –, wie der Digitalisierungsprozess in der Arbeitswelt fair und sozial gestaltet werden kann. Keynote-Speakerin war Prof. Dr. Katharina Zweig von der Technischen Universität Kaiserslautern: „No more people problems? Kann KI auch HR?“



Prof. Dr. Katharina Zweig von der TU Kaiserslautern spricht auf dem DGB-Forum in Karlsruhe zu Künstlicher Intelligenz.

Unsere Anforderungen an den in allen Branchen und im öffentlichen Dienst fortschreitenden Digitalisierungsprozess wurden auf dem Forum in vier verschiedenen Arbeitsgruppen diskutiert. Das Ziel ist, tariflich bezahlte, mitbestimmte Beschäftigung zu sichern und auszubauen. Der Transformationsprozess darf nicht dazu führen, dass sich die Spaltung auf dem Arbeitsmarkt weiter vertieft. Im Vorfeld des Forums wurde ein [Thesepapier zur Digitalisierung](#) erarbeitet und im Bezirksvorstand verabschiedet. In Videostatements haben die Referierenden die jeweiligen Herausforderungen aus ihrer Sicht erläutert.

Daseinsvorsorge vor Ort stärken, Regionalpolitik gestalten

Die finanzielle Ausstattung der Kommunen entscheidet über das Angebot an öffentlicher Daseinsvorsorge vor Ort. Die Corona-Pandemie schwächt die Handlungsfähigkeit der Kommunen: Die Einnahmen der Kommunen aus Gebühren und Steuern sind eingebrochen. Land und Bund haben umfangreiche Kompensationen zugesagt, doch ist offen, wie sich die Haushaltslage über 2021 hinaus entwickeln wird. Damit das Angebot an Schwimmbädern, die Ausstattung der Schulen, Sportstätten, (Verkehrs-)Infrastruktur, kommunaler Wohnraumbestände und

vieles mehr nicht von der Kassenlage der Kommunen abhängt, müssen die Kommunalfinanzen grundsätzlich besser aufgestellt werden. In Online-Veranstaltungen im Sommer 2020 und einer Seminarreihe in Kooperation mit dem ver.di Landesbezirk beschäftigte der DGB sich immer wieder mit diesem Thema und stellte sicher, dass Diskussionen vor Ort um die Ausgestaltung einzelner Politikfelder am Bedarf und nicht allein an der Kassenlage geführt wurden.

In der Regionalpolitik wurden Anforderungen aus Beschäftigtensicht bei der Diskussion um die Ausgestaltung und Durchführung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) eingebracht. Mit den europäischen Strukturfonds, zu denen der EFRE zählt, fördert die Europäische Union den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt. In Baden-Württemberg werden mit dem EFRE Investitionen von Unternehmen und Infrastrukturen, insbesondere in Forschung, Innovation, Umwelt und Nachhaltigkeit, gefördert. Aus gewerkschaftlicher Sicht muss die Regionsförderung auf die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, die Förderung tarifgebundener und mitbestimmter Arbeitsplätze und eine langfristige Perspektive für die Beschäftigten zielen. Innovations- und Wirtschaftsförderung muss darauf ausgerichtet werden.

Öffentlicher Dienst/ Beamtenpolitik

Fast 600.000 Menschen arbeiten in Baden-Württemberg im Bereich des öffentlichen Dienstes. Der öffentliche Dienst übernimmt eine Vielzahl von Aufgaben in der Gesellschaft und ist damit ein wichtiger Anker für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die Abteilung öffentlicher Dienst/Beamtenpolitik befasst sich schwerpunktmäßig mit der Weiterentwicklung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst gemeinsam mit den zuständigen Mitgliedsgewerkschaften. Zusätzlich übernimmt der DGB die satzungsgemäße Spitzenvertretung der Interessen von Beamt*innen gegenüber der Landesregierung. Seit 2017 leitet Dominik Gaugler die Abteilung vertretungsweise, seit 2018 regulär.

Attraktiver öffentlicher Dienst

Grundsätzlich ist die Frage „Wie kann der öffentliche Dienst attraktiver werden beziehungsweise attraktiv für die Beschäftigten bleiben?“ immer ein Kernbestandteil der Arbeit der Abteilung öffentlicher Dienst/Beamtenpolitik. In den vergangenen Jahren war das Interesse der demokratischen Parteien im Landtag jedoch besonders groß, sodass der DGB Baden-Württemberg gemeinsam mit den Mitgliedsgewerkschaften regelmäßig Gespräche mit Fachpolitiker*innen von Regierungs- wie Oppositionsseite zu diesem Thema führte. Grundlage war für DGB und Gewerkschaften dabei die gemeinsam erarbeitete [Position](#) für einen attraktiven öffentlichen Dienst.

Die Gespräche waren grundsätzlich von dem gemeinsamen Ansinnen geprägt, die Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst zu verbessern. Allerdings traten bei den Details, welche Maßnahmen sinnvoll wären, deutliche Unterschiede zum Vorschein. Viele Ideen und Vorschläge des DGBs und seiner Mitgliedsgewerkschaften wurden entweder aus ideologischen oder finanziellen Gründen abgelehnt. Insgesamt wurde deutlich, dass insbesondere die Regierungsparteien eine Steigerung der Attraktivität

überwiegend kostenneutral erreichen wollen. Für die Gewerkschaftsseite war und ist dies der falsche Ansatz, denn eine echte Attraktivitätssteigerung gibt es nicht zum Nulltarif. Trotz aller Unterschiede gelang es, einige Themen in die politische Debatte einzubringen, die teilweise bereits umgesetzt wurden. Dies gilt u.a. für die Überarbeitung des Landesreisekostengesetzes oder auch die Regelungen zur Aufrechterhaltung der Arbeitsfähigkeit der Personalratsgremien während der Coronapandemie.

Dort, wo die Umsetzung noch aussteht oder neue Entwicklungen Veränderungen nötig machen, werden wir weiter am Ball bleiben und unsere Anliegen in die Politik einbringen. Dazu gehören beispielsweise die überfällige Angleichung der Wochenarbeitszeit der Beamtinnen und Beamten an das Tarifniveau, die Verbesserung des Gesundheitsmanagements oder die Ermöglichung von Altersteilzeit für alle Beschäftigten.

Beamtenpolitik/Besoldung

Die Wahrnehmung der satzungsgemäßen Interessensvertretung der Beamtinnen und Beamten durch den DGB war auch in den vergangenen Jahren ein wichtiger Arbeitsschwerpunkt der Abteilung öffentlicher Dienst/Beamtenpolitik. Dazu gehörten neben regelmäßigen Gesprächen mit dem Staats-, Finanz- und Innenministerium auch die Verhandlungen im Nachgang der Tarifrunde der Länder (TdL) zur Übertragung der Ergebnisse auf die Beamtinnen und Beamten des Landes und der Kommunen.

Diese Verhandlungen waren in den vergangenen Jahren immer ein holpriger Prozess, der leider nicht immer das vom DGB gewünschte Ergebnis hervorbrachte. Besonders galt dies für die Übertragung im Jahr 2017. Die Übernahme der Ergebnisse der erfolgreichen Tarifrunde 2019 war jedoch deutlich geräuschloser, da die Landesregierung zeitnah nach dem Abschluss der Tarifrunde eine systemgerechte und zeitgleiche Übertragung auf die Beamtinnen und Beamten beschloss hatte. Diese schnelle Umsetzung war ein wichtiges Signal der Wertschätzung an die Beamtinnen und Beamten und für den DGB Baden-Württemberg ein deutliches Indiz dafür, dass die vielen Gespräche, die zwischen den beiden vergangenen Tarifrunden mit

den Verantwortlichen geführt wurden, gefruchtet haben und die Hartnäckigkeit sich ausgezahlt hat.

Neben der Frage der Besoldung war für den DGB die Stärkung der Beihilfe und Einführung der pauschalen Beihilfe ein wichtiges Thema. Zum einen geht es dabei darum, dass die Verschlechterungen in der Beihilfe, die einer Besoldungskürzung gleich kommen, zurückgenommen werden, denn diese belasten kleine und mittlere Einkommen besonders stark.

Zum anderen ist die Einführung der pauschalen Beihilfe eine sinnvolle Weiterentwicklung des Beihilfesystems, welches die bereits vorhandene Möglichkeit, auch im Beamtenverhältnis Mitglied der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) zu bleiben, zu einer echten Wahlmöglichkeit macht. Bis dato müssen Beamt*innen, die sich entscheiden oder gezwungen sind, freiwilliges Mitglied in der GKV zu werden, beide Beitragsanteile (Arbeitnehmer- und Arbeitgeberanteile) zahlen. Gemeinsam mit dem grünen Landesvorsitzenden Oliver Hildenbrand und dem Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft der Schwerbehindertenvertretungen bei den obersten Landesbehörden in Baden-Württemberg (AGSV BW) Roger Hahn haben wir kurz vor der Landtagswahl 2021 eine gemeinsame Pressekonferenz zur pauschalen Beihilfe durchgeführt. Konkreter Erfolg dieser Zusammenarbeit ist, dass die pauschale Beihilfe für Beamt*innen des Landes und der Kommunen in den Koalitionsvertrag aufgenommen wurde. Wir werden auf eine zeitnahe Einführung dringen.

Initiative „Vergiss nie, hier arbeitet ein Mensch“

Bereits 2016 hat der DGB begonnen, verstärkt auf die Problematik der zunehmenden Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes einzugehen und Verbesserungen beim Schutz der Beschäftigten einzufordern. Regelmäßig wurde in Gesprächen mit der Politik und den öffentlichen Arbeitgebern/Dienstherren auf die Problematik eingegangen. So konnten erste Erfolge verbucht werden, wie beispielsweise die Übernahme titulierter Schmerzensgeldansprüche durch den Dienstherren bei Ansprüchen, die in der Wahrnehmung dienstlicher Aufgaben entstanden sind. Ein kleiner Schritt in die richtige Richtung.



Im Jahr 2020 hat der DGB eine bundesweite Plakatkampagne gestartet, in deren Rahmen auch der Bezirk seine öffentlichen und politischen Aktivitäten weiter verstärkt hat. So konnten die Plakate u.a. in den Bussen und Bahnen in Stuttgart und Schwäbisch Hall, in diversen Rathäusern und Arbeitsagenturen und natürlich an und in den Gewerkschaftshäusern gezeigt werden. Immer wieder haben auch die Medien berichtet, etwa der Radiosender Big FM oder der SWR.

Aktuell plant die Gemeinsame Zentralstelle Kommunale Kriminalprävention (GeZ KKP) des Innenministeriums Baden-Württemberg die Erstellung einer Lagebildes zu Gewalterfahrungen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst in Baden-Württemberg. Dazu wurden beim Bundesinnenministerium (BMI) Fördermittel beantragt. Der DGB Baden-Württemberg begrüßt diese Projektvorhaben ausdrücklich und unterstützt dieses Projekt als assoziierter Partner. Aktuell (Stand September 2021) prüft das BMI den Antrag. Der DGB Baden-Württemberg hofft, dass das Projekt zeitnah starten kann, denn ein umfassendes Gesamtbild der Lage ist eine wichtige Grundlage zur Entwicklung einer Gesamtstrategie gegen die zunehmende Gewalt gegenüber den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes.

Die Initiative und weitere Aktivitäten zum Thema Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes werden fortgesetzt, denn es ist klar, dass nur mit langfristigen Anstrengungen eine Trendwende in dieser Frage erreicht werden kann.



ver.di-Warnstreik 21.02.2018

Gabi Frenzer-Wolf spricht beim ver.di-Warnstreik am 21.02.2018.

Die Vertreter*innen der ÖD-Gewerkschaften beim Spitzengespräch mit dem Chef der Staatskanzlei Sts Dr. Florian Stegmann im April 2019.



Gespräch zur Besoldungsanpassung im März 2019 mit dem Ministerialdirektor Jörg Krauss im Finanzministerium.



Der Beamtenbund und der DGB haben an den Innenminister Strobl in Sachen Schutz der Beschäftigten im öffentlichen Dienst geschrieben.



Oben: Mehr Vielfalt für das Parlament: Die DGB-Frauen haben sich mit prominenter Unterstützung für eine Wahlrechtsreform stark gemacht. Hier beim Smartmob im März 2018.

Rechts: Ein Kerzenmeer vor dem Willi-Bleicher-Haus erinnert an weibliche Gewaltopfer am 25. November 2020 (one billion rising).

Unten links: Es darf gefeiert werden: Zum Jubiläum des Frauenwahlrechtes gibt's Torte.

Unten rechts: Frauensolidarität: unsere Kolleginnen Martina Neumann und Jessica Messinger feiern den 8. März.



Frauen und Gleichstellungspolitik

Nach der ordentlichen Bezirkskonferenz 2018 wurde die bisherige Abteilungsleiterin Bärbel Mauch Regionsgeschäftsführerin in Südwürttemberg. Ihr folgte Sarah Schlösser, die 2019 in Elternzeit ging. In der Zwischenzeit übernahm die stellvertretende Bezirksvorsitzende Gabriele Frenzer-Wolf die Themen Frauen- und Gleichstellungspolitik. Sie wechselte im September 2020 in die Direktion der Deutschen Rentenversicherung Baden-Württemberg. Zu dem Zeitpunkt hat Sarah Schlösser ihre Arbeit als Bezirksfrauensekretärin wieder aufgenommen. Seit September 2021 befindet sie sich erneut im Mutterschutz und wird in der anschließenden Elternzeit von Jessica Messinger vertreten.

Seit Beginn 2020 beschäftigt uns alle die Corona-Pandemie. Seit fast zwei Jahren findet der Großteil unserer Veranstaltungen digital statt. Die Pandemie ist in Teilen eine positive Beschleunigung gewesen. Die Digitalisierung der Arbeitswelt und auch die der ehrenamtlichen Gewerkschaftsarbeit haben einen enormen Schub erlebt. Auf der anderen Seite war es auch so etwas wie ein Brennglas. Vor allem in frauen- und gleichstellungspolitischen Fragen wurden Missstände, die seit Jahren bekannt waren, überdeutlich oder die Situation hat sich in der Corona-Pandemie enorm verschlechtert.

Gute Bezahlung und Arbeitsbedingungen statt Klatschen. Die hohe Bedeutung von sogenannten systemrelevanten Berufen scheint für viele erst in der Corona-Pandemie klar geworden zu sein. Ohne die Arbeit von Pflegekräften, Erzieher*innen, Verkäufer*innen und vielen anderen geht es nicht. Während des Lockdowns konnten sie nicht zu Hause bleiben. Sie gehören zur kritischen Infrastruktur, die das Leben einzelner Menschen sichern und dafür sorgen, dass die Gesellschaft funktionieren kann. Diese Berufe werden in der Regel von Frauen ausgeübt. Sie verdienen, in den Mittelpunkt von Politik gestellt zu werden. Die Transformation und der digitale

Wandel der Arbeitswelt betreffen auch viele Frauen. Viel zu wenig ist bisher über die Beschäftigungseffekte in Bezug auf Frauen bekannt. Daher wird bei unserer Bezirksfrauenkonferenz im Juli 2021 das Thema Erforschung von Beschäftigungseffekten auf weibliche Beschäftigte aufgegriffen. Zentrale Fragen rund um die Veränderung der Arbeitswelt wird eine bedarfsgerechte Weiterbildungsstrategie beantworten müssen. Der DGB wird darauf achten, dass die speziellen Bedürfnisse von Frauen und Familien berücksichtigt werden. Auch die positiven Veränderungen (z. B. neue Arbeitszeitmodelle mit mehr Zeitsouveränität) müssen im Sinne der Beschäftigten und ihren Familien gestaltet werden. Das Chancengleichheitsgesetz des Landes Baden-Württemberg für den öffentlichen Dienst begleitet uns schon seit mehreren Jahren. Im Jahr 2019 stand die Evaluation an. Eine DGB-interne Arbeitsgruppe hat den gesamten Prozess begleitet. Wir haben fehlende (z. B. Verbandsklagerecht), aus unserer Sicht nicht wirksame Punkte (Unvereinbarkeit der Tätigkeiten von Personalrätinnen und Beauftragte für Chancengleichheit, BfC) erneut angemahnt. Darüber hinaus haben wir das Evaluationsverfahren kritisch begleitet. Dessen Ergebnisse stehen noch aus. Auch im Hinblick auf den aktuellen Koalitionsvertrag wird uns das Chancengleichheitsgesetz weiterhin begleiten.

Mehr Frauen in die Parlamente

Am 14. März 2021 fand in Baden-Württemberg die Landtagswahl statt. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung ist weiblich. Der Frauenanteil im neu gewählten Landtag liegt bei 29,2 Prozent. Das macht einmal mehr deutlich, wie überfällig eine Wahlrechtsreform ist. Das Vorhaben hat es erneut in den Koalitionsvertrag der grün-schwarzen Landesregierung geschafft. Die DGB-Frauen dringen auf eine rasche und wirkungsvolle Änderung des Wahlrechtes, damit der Landtag die Bevölkerung besser abbildet. Die Reform ist jetzt angekündigt.

Gremien und Bündnisse

Der DGB engagiert sich in verschiedenen Netzwerken und Bündnissen, die sich zum Ziel gesetzt haben, frauen- und gleichstellungspolitische Fragen zu

behandeln. Als Gründungsmitglied des Landesfrauenrates sind wir von Anfang an dabei. Im aktuellen Vorstand ist unsere Bezirksfrauensekretärin Sarah Schlösser vertreten.

Seit 2011 ist der DGB Mitglied in der Landesinitiative für Frauen in MINT-Berufen. 2021 feiert die Landesinitiative ihr zehnjähriges Bestehen und überarbeitet ihr Bündnispapier. Die Arbeit im Lenkungsausschuss des baden-württembergischen Girls' und Boys' Day und des Forum Chancengleichheit wurde fortgesetzt.

22. Bezirksfrauenkonferenz des DGB am 10. Juli 2021 in Stuttgart

Am 10. Juli 2021 kamen knapp 50 weibliche Delegierte aus allen acht Mitglieds-gewerkschaften zur 22. ordentlichen Bezirksfrauenkonferenz im Willi-Bleicher-Haus in Stuttgart zusammen, um das gleichstellungspolitische Programm des DGB Baden-Württemberg für die kommenden vier Jahre zu beschließen. Zentrale Themen waren eine geschlechtergerechte Bewältigung der Pandemie, die Aufwertung von typischen Frauenberufen, die Stärkung der Tarifbindung und die Umsetzung der baden-württembergischen Gleichstellungsstrategie.

Veranstaltungen

Der Internationale Frauentag ist in jedem Jahr der zentrale Aktionstag, um auf frauen- und gleich-

stellungspolitische Themen aufmerksam zu machen. Jedes Jahr finden in ganz Baden-Württemberg dezentrale Aktionen statt, begleitet von Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Durch die Corona-Pandemie gab es auch hier einen „digitalen Schub“. 2020 und 2021 wurde der 8. März hauptsächlich digital durchgeführt, begleitet durch verstärkte Social-Media-Aktivitäten auf Facebook und Instagram.

Am 25.11. findet der internationale Tag gegen Gewalt an Frauen statt. 2020 haben wir zum ersten Mal eine eigene Aktion vor dem Willi-Bleicher-Haus in Stuttgart veranstaltet. Ca. 2000 Kerzen erinnerten an die Opfer von geschlechtsspezifischer Gewalt und Partnerschaftsgewalt in Baden-Württemberg und der Welt. In den Jahren zuvor gab es Aktionen mit der Frauenrechtsorganisation Terre des Femmes.

Der jährliche Arbeitnehmerinnen-Empfang musste wegen der Corona-Pandemie in 2021 pausieren. Die Fachtagung FrauenStärken fand 2020 zum ersten Mal digital und in Zusammenarbeit mit dem DGB-Bildungswerk Baden-Württemberg statt.

Der DGB-Bezirksfrauenausschuss

Der DGB-Bezirksfrauenausschuss trifft sich mindestens vier Mal im Jahr zu einer Sitzung. Seit Ende 2020 finden die Sitzungen vorwiegend digital statt, was auch Vorteile hat.

Gruppenbild mit Mann bei der Bezirksfrauenkonferenz am 10. Juli 2021. Foto: DGB/Jens Volle



Interregionale Europapolitik

Europawahlen 2019

Auftakt der Kampagne des DGB Baden-Württemberg zu den Europawahlen im Mai 2019 war die Europakonferenz „Solidarität. Vielfalt. Gerechtigkeit: Gemeinsam für ein starkes und soziales Europa“ am 15.11.2018 in Durbach (Ortenaukreis) mit ca. 80 Teilnehmer*innen und folgendem Programm:

Dr. Alexandra Zoller, Ministerium der Justiz und für Europa des Landes Baden-Württemberg, zum landesweiten Europadialog „Zur Zukunft der Europäischen Union“

Parallel laufende Workshops

- Europas Zukunft – Europas Jugend: zwischen Generation Praktikum und europäischer Jugendgarantie
- Gute Arbeit in Europa: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort
- Europäische Betriebsräte: Für starke Arbeitnehmer*innen-Vertretungen in Europa
- Europäische Tarifpolitik: Faire Löhne in Europa



Sarah Schlösser kündigt bei der Europakonferenz die Diskussionsrunde mit unserem Vorsitzenden Reiner Hoffmann und den Europaabgeordneten Evelyne Gebhardt und Maria Heubuch an.

Podiumsdiskussion „Weg von der europäischen Austeritätspolitik – hin zu einem sozialen Europa“ mit MdEP Evelyne Gebhardt (Socialists & Democrats, S&D, Vize-Präsidentin des Europäischen Parlaments), MdEP Maria Heubuch (Die Grünen/Europäische Freie Allianz EFA) und Reiner Hoffmann, Vorsitzender Deutscher Gewerkschaftsbund

Die Kombination aus Workshops mit Europa-Themen aus dem betrieblichen Alltag (deshalb auch Freistellungsmöglichkeiten für Betriebs- und Personalrät*innen, JAV'en sowie SBV) und europapolitischen Diskussionen mit Vertreter*innen der Landesregierung, des Europäischen Parlaments sowie dem DGB-Vorsitzenden wurde von den Teilnehmer*innen einhellig als positiv bewertet.

Ein weiteres Highlight der Europawahl-Kampagne war der regionale Aktionstag am 21.03.2019 anlässlich des Frühjahrsgipfels der EU-Regierungschef*innen in Brüssel. Mit kreativen Aktionsformen wurde die Öffentlichkeit darauf aufmerksam gemacht, dass am 26. Mai Europa-Wahlen stattfinden.

Die Übergabe unserer Forderungen an die baden-württembergischen EP-Kandidat*innen erfolgte im Rahmen der Ehrenamtstagung des DGB Baden-Württemberg am 29.03.2019 in Gerlingen. EP-Kandidat*innen von Bündnis90/Die Grünen, CDU, SPD, FDP und LINKE stellten sich der Diskussion mit rund 50 Vertreter*innen der DGB-Kreis- und Stadtverbände.

Mehr als die Hälfte der Aktivitäten fand nach Ostern bzw. in den letzten fünf Wochen vor den Europawahlen statt. Dazu zählen selbstverständlich die Arbeitnehmer*innen-Empfänge und Mai-Kundgebungen unter dem Motto „Europa. Jetzt aber richtig!“, Pendler*innen-Aktionen zum Europatag am 9. Mai sowie der bundesweite betriebliche Aktionstag am 20. Mai.

Interregionale Gewerkschaftsräte

Der DGB Baden-Württemberg engagiert sich in drei Interregionalen Gewerkschaftsräten (IGR): IGR Dreiländereck (CH-D-F), IGR Euregio (F-D) und IGR Bodensee (A-CH-D-FL). Darüber hinaus wurde die Abteilungsleiterin Interregionale Europapolitik des



Unsere Kampagne zu den Europawahlen am 26. Mai 2019.



Unsere Freiburger Kolleg*innen zeigen beim Europatag am 9. Mai 2019 Flagge.

Grenzgänger*innen einen wichtigen Beitrag zur Wirtschaft in einer Reihe von europäischen Staaten. Deshalb müssen wir sicherstellen, dass die besondere Situation der Grenzregionen und der Grenzgänger*innen beim Green Deal und der EU-Digitalisierungsstrategie sowie im Wiederaufbauplan der EU zur Bewältigung der Corona-Krise umfassend berücksichtigt wird. Europa wächst an seinen Binnen Grenzen zusammen.

Je nach Grenzregion bzw. je nach den Ländern, die im IGR vertreten sind, bestimmen andere Themen die Diskussionen und Aktivitäten des betreffenden IGRs, z.B.:

- Reformen der Altersvorsorgesysteme in Frankreich, Österreich und in der Schweiz (IGR Bodensee, IGR Dreiländereck, IGR Euregio)
- Institutionelles Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der EU (IGR Bodensee und IGR Dreiländereck)
- Wirtschafts- und Beschäftigungssituation im elsässischen Fessenheim nach der Schließung des dortigen Atomkraftwerkes (IGR Dreiländereck)

DGB Baden-Württemberg, Katrin Distler, im November 2019 zur Präsidentin des IGR-Koordinierungsausschusses des EGB (Europäischen Gewerkschaftsbundes) gewählt.

Die Interregionalen Gewerkschaftsräte entwickeln seit mehr als vier Jahrzehnten den sozialen, wirtschaftlichen und territorialen Zusammenhalt in Europa. Ziel der IGR ist es, menschenwürdige Arbeits-, Lern- und Lebensbedingungen sowie faire Mobilität aller Arten von grenzüberschreitenden Arbeitnehmer*innen und ein hohes Maß an sozialer Sicherheit und gerechter Einkommensbesteuerung in allen europäischen Grenzregionen zu gewährleisten.

Ca. ein Drittel der Bevölkerung Europas lebt in Grenzregionen. In Europa leisten 1,4 Millionen

IGR-KONGRESSE UND NEUWAHLEN:

- Bärbel Mauch, Regionsgeschäftsführerin vom DGB-Südwest, wurde bei der Delegiertenkonferenz des IGR Bodensee am 29.11.2019 in Ruggell (FL) zur IGR-Vizepräsidentin gewählt.
- Der IGR Dreiländereck musste wegen Covid-19 seinen für Herbst 2020 geplanten Kongress mit Neuwahlen und Feier zum 40-jährigen Bestehen (Gründung am 14.10.1980) auf einen späteren Zeitpunkt verschieben.
- Ähnliches gilt für den IGR Euregio, dessen Kongress mit Neuwahlen turnusgemäß im Frühjahr 2021 hätte stattfinden sollen und der dabei auch noch sein 30-jähriges Bestehen (Gründung am 9.3.1991) hätte feiern können.

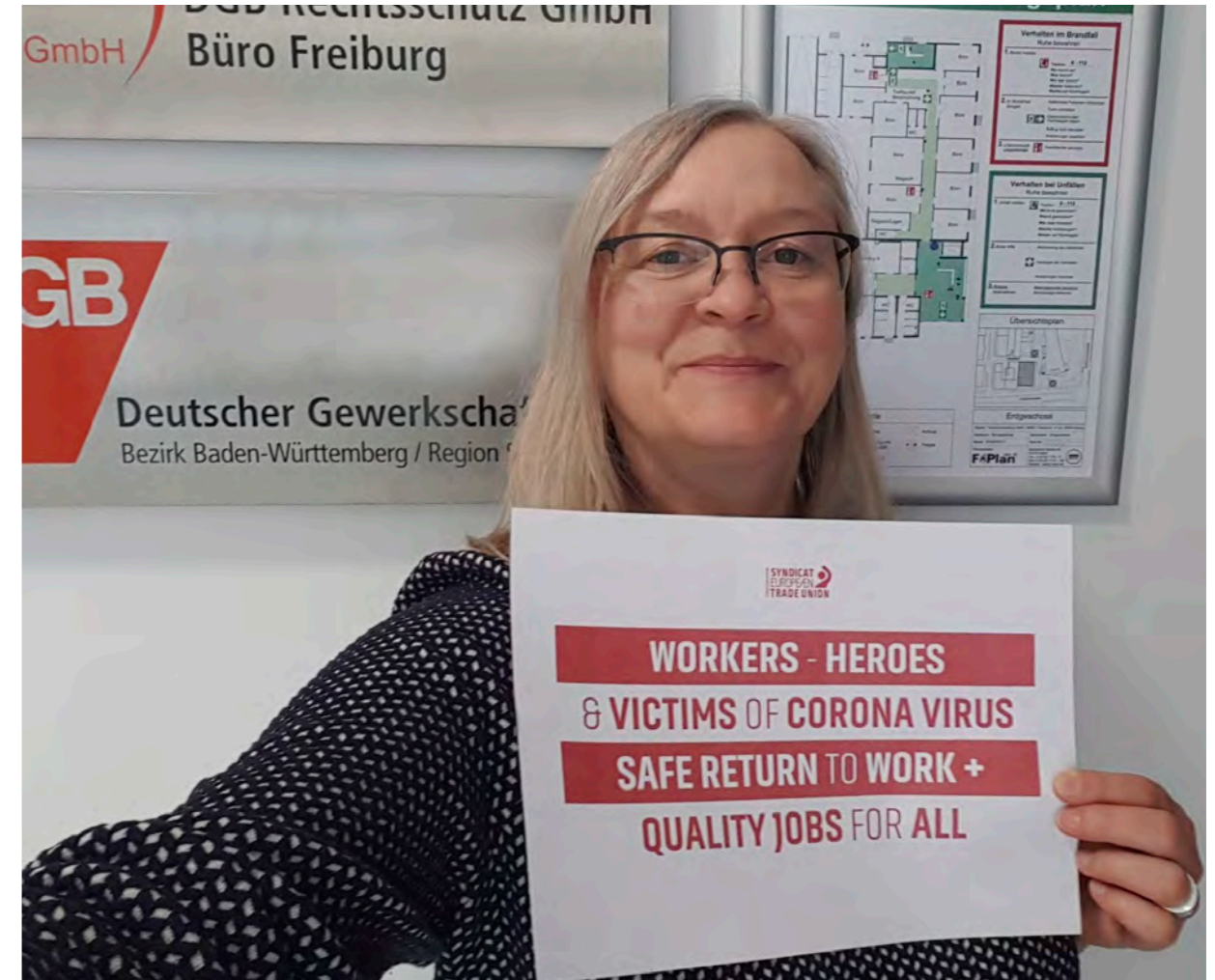
Beratung von Grenzgänger*innen

Zu Beginn der Covid-19-Pandemie ergriff jeder Staat für sich Maßnahmen, um die Ausbreitung des Virus einzudämmen. Die mangelnde europäische Koordination, die fehlende Abstimmung zwischen den Nachbarländern und die zeitweiligen Grenzschließungen führten nicht nur zur Unterbrechung internationaler Lieferketten, sondern hat auch die Arbeitnehmer*innen und insbesondere die Grenzgänger*innen mit einigen existenziellen Problemen

sowohl im Berufs- als auch im Privatleben konfrontiert. Zunächst war streitig, ob Grenzgänger*innen trotz der Grenzschließungen weiterhin ihrer Erwerbstätigkeit im Nachbarland nachgehen durften und ob bzw. inwiefern sie Anspruch auf Entgeltersatz hatten und wenn ja, ob der Wohnsitzstaat oder der Beschäftigungsstaat Leistungen gewähren muss. Dann gab es etliche Beispiele, wo „rein zufällig“ nur diejenigen Beschäftigten in Kurzarbeit geschickt wurden, die auf der anderen Seite der Grenze wohnen, oder es rund um die Pandemiemaßnahmen zu Kündigung, Diskriminierung oder Mobbing gegenüber Grenzgänger*innen kam. Die gewerkschaftliche EURES-Beraterin des DGB-Baden-Württemberg, Katrin Distler, hat den zusätzlich entstandenen Informations- und Beratungsbedarf gedeckt und, wie auch bei anderen Mobilitätshindernissen, in Abstimmung mit den Mitgliedsgewerkschaften sowie den zuständigen Fachabteilungen des DGB-Bundesvorstandes Lösungsvorschläge für diese neuen Probleme entwickelt, die möglichst zeitnah von der Politik umgesetzt werden müssen.

Vier Motoren für Europa

Auch für die Gewerkschaften der „Vier Motoren für Europa“ (Auvergne-Rhône-Alpes, Baden-Württemberg,



Wir sind solidarisch in Europa: Katrin Distler beteiligt sich an der Soli-Aktion des Europäischen Gewerkschaftsbundes zum 1. Mai 2020.

Wir haben die Europakonferenz dazu genutzt, die Gebäudereiniger*innen in ihrem Kampf ums Weihnachtsgeld zu unterstützen.



Katalonien und Lombardei) war die Covid-19-Pandemie und die Bewältigung deren Folgen Anlass, den Kontakt wieder aufzunehmen. Unser Vorschlag, dass sich die Regierungen sowie die Sozialpartner der Vier-Motoren-Regionen im Rahmen einer Online-Konferenz interregional und interinstitutionell zur Entwicklung einer Wiederaufbastrategie nach der Corona-Krise austauschen, wurde seitens der Regierungen leider nicht aufgegriffen.

Netzwerk soziales Europa

Das „Netzwerk soziales Europa“ (NWSE) besteht in Baden-Württemberg seit 2017 aus Mitgliedern der Zivilgesellschaft, Gewerkschaften und kirchlichen Organisationen. Im März 2020, nur wenige Tage vor dem Lockdown, veranstaltete das NWSE eine Konferenz unter dem Motto „Die Europäische Säule

Sozialer Rechte – was hat sich bisher verändert?“. Teilnehmer*innen aus sieben EU-Mitgliedstaaten kamen zusammen, um die jüngsten Entwicklungen in verschiedenen Staaten Europas zu skizzieren, die Mitteilung der Kommission "Ein starkes soziales Europa für gerechte Übergänge" (Januar 2020) zu diskutieren und ihren Beitrag zur Debatte über die nächsten Schritte zur Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte (EPSR) vorzubereiten. Die Ergebnisse mündeten in einem Open Letter, der schließlich als Konsultationsbeitrag eingereicht und einigen europapolitisch relevanten Akteur*innen auch direkt zugesandt wurde.

Vor dem Hintergrund der „Konferenz zur Zukunft Europas“ plant das NWSE eine Online-Konferenz im Februar 2022 zum Thema „Green and digital! And social?“

**Weil
Wohnen
für alle
bezahlbar
sein muss.**

Am 14. März
wählen gehen!



**Weil es bei
Ausbildung
& Studium
besser
laufen muss.**

Am 14. März
wählen gehen!



**Weil wir AfD,
Neonazis und
Co. nicht im
Parlament
brauchen.**

Am 14. März
wählen gehen!



Jugend



Hurra, die Campsaison läuft! Gruppenfoto vom Jugendcamp 2018 in Markelfingen.

DGB-Jugend

Die DGB-Jugend Baden-Württemberg hat die Interessen von Auszubildenden, Studierenden, und jungen Beschäftigten im Fokus und damit eine große Bandbreite an Themen und Aktivitäten abzudecken. Dabei ist nichts so beständig wie der Wandel und insbesondere die Covid19-Pandemie hat die gewerkschaftliche Jugendarbeit vor große Herausforderungen gestellt.

Seit Oktober 2013 ist Andre Fricke der Bezirksjugendsekretär. Zudem gehören fünf Jugendbildungsreferent*innen zum Team. Gegenwärtig sind das Andreas Hauk, Maik Khodaei, Anja Lange, Manuel Mandel und Hannah Nesswetter.

Berufsschultour

Neben der im Berichtszeitraum deutlich ausgebauten Studierendenarbeit, die im nächsten Kapitel behandelt wird, bleiben Auszubildende zentrale Zielgruppe der DGB-Jugendarbeit. Die bundesweit durchgeführte Berufsschultour mit dem Projekttag für Demokratie und – wo immer möglich – einem begleitenden Infostand ist dabei ein wichtiges Ansprache- und Bildungstool. Das Konzept wird regelmäßig inhaltlich und methodisch in Zusammenarbeit mit allen Beteiligten und den Mitgliedsgewerkschaften angepasst.

Im Jahr 2019 wurde in Baden-Württemberg mit 90 erfolgten Unterrichtsbesuchen eine neue Jahreshöchstzahl erreicht. Für 2020 kündigte sich zunächst eine weitere Verbesserung an, doch durch die Covid19-Pandemie und die damit verbundenen Schulschließungen musste die sehr gut angelaufene Tour abgebrochen werden. Digitale Angebote konnten dies nur sehr eingeschränkt auffangen. Dennoch wurden 2020 und 2021 etliche digitale Projektstage durchgeführt.

Jenseits der Pandemie bleiben als größte Herausforderungen für die Berufsschultour der Ausbau und Erhalt des ehrenamtlichen Teams sowie die Akquise

von Terminen bestehen. Leider sind bei Weitem nicht alle beruflichen Schulen und Lehrkräfte für das Angebot offen. Geholfen hat in dieser Hinsicht aber bereits die Übernahme der Schirmherrschaft durch die damalige Kultusministerin Susanne Eisenmann und durch die Landtagspräsidentin Muhterem Aras.

Ausbildungsreport

Der jährliche bundesweite Ausbildungsreport der DGB-Jugend zeigt auf Basis einer breiten Befragung von weit über 10.000 Auszubildenden aus den 25 am häufigsten gewählten Ausbildungsberufen Jahr für Jahr die Defizite und Problemstellen in der beruflichen Bildung auf.



Andre Fricke und Jessica Messinger stellen den Ausbildungsreport 2017 vor.

In unseren landesspezifischen Reporten wurden diese Ergebnisse im Herbst 2017 und 2019 auch für Baden-Württemberg bestätigt. Die Ergebnisse wurden in der Öffentlichkeitsarbeit sowie in den Gremien der beruflichen Bildung genutzt, um aufzuzeigen, dass auch im wirtschaftlich starken Südwesten nicht alles Gold ist, was glänzt. Generelle Problemlagen wie ausbildungsfremde Tätigkeiten oder fehlende Betreuung durch Ausbilder*innen sind dabei sehr ähnlich ausgeprägt wie im Bundesvergleich. Gleiches gilt auch für die Branchen mit den häufigsten Problemen, hierzu zählen Hotel- und Gaststättengewerbe, Handwerk und Handel. In Baden-Württemberg ist jedoch auffällig, dass besonders viele Auszubildende regelmäßig Überstunden machen müssen.

Markelfingen

Das DGB-Jugendcamp Markelfingen, liebevoll „Mafi“ abgekürzt, ist seit mehr als 50 Jahren ein wichtiger Ort der gewerkschaftlichen Jugendbildung und Identifikation mit der Gewerkschaftsarbeit. Es wird weiterhin erfolgreich und mit hohem Einsatz von der DGB-Jugend Baden-Württemberg verwaltet und betrieben. Dies ist ein Alleinstellungsmerkmal im gesamten DGB. Hauptnutzende sind die Gewerkschaftsjugend, die von wenigen externen Belegungen ergänzt werden.

Zwischen 2017 und 2019 konnte ein Niveau von 4.000 bis 5.000 Übernachtungen pro Jahr erreicht werden. 2020 musste pandemiebedingt zum ersten Mal in der Geschichte auf eine Campsaison verzichtet werden. In 2021 konnte das Camp mit einem entsprechenden Hygiene- und Infektionsschutzkonzept und bei deutlich reduzierter Kapazität wieder geöffnet werden. So konnte zur Freude aller Beteiligten auch die 21. ordentliche Bezirksjugendkonferenz erfolgreich auf dem Camp durchgeführt werden.

Jugendbildungsarbeit

Die DGB-Jugend Baden-Württemberg führte im Berichtszeitraum eine umfangreiche und vielfältige Jugendbildungsarbeit durch. Für Aktive der Gewerkschaftsjugend gab es zahlreiche lokale und landesweite Angebote. Herauszustellen sind dabei die gewerkschaftsübergreifenden unionCAMPs und StudiCAMPs in Markelfingen sowie die internationalen Aktivitäten wie der jährliche Austausch mit Kolleg*innen aus Israel.

Mit dem Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC), in dem die DGB-Jugend ein zentraler Akteur ist, wurden mit seinen antirassistischen Projekttagen an allgemeinbildenden Schulen wieder mehrere tausend Schüler*innen erreicht, wobei auch hier die pandemiebedingten Einschränkungen 2020 und 2021 lange Zeit Projektstage in Präsenz verhinderten und ein digitales Angebot geschaffen werden musste.



Als Reisen noch problemlos möglich war: Die DGB-Jugend war 2019 zu Besuch bei unserer israelischen Schwesterorganisation Histadrut.

Themen und Kampagnen

Naturgemäß waren die Themen der Gewerkschaftsjugend im Berichtszeitraum sehr breit gefächert. Dennoch gab es wichtige Schwerpunkte und Kampagnen. Dazu gehörte 2018 das Thema Wohnen, welches danach auch in der Gesamtorganisation stark in den Fokus rückte.

2019 stand hingegen die bundesweite Kampagne „Dein Upgrade für die Ausbildung“ zur Novelle des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) im Mittelpunkt. Mit Aktivitäten in den sozialen Medien, Aktionen vor Ort und intensiven Gesprächen mit der Politik konnte viel Druck aufgebaut werden. Trotz Widerständen in Teilen der Bundesregierung konnte eine Novelle des BBiG erreicht werden, mit der u.a. die Mindestausbildungvergütung eingeführt wurde und Fortschritte bei Prüfungsvorbereitung und Lernmittelfreiheit erzielt wurden.

Als größter politischer Jugendverband im Land machte die DGB-Jugend Baden-Württemberg sich auch zur Landtagwahl 2021 lautstark bemerkbar. Wenngleich Aktionen vor Ort pandemiebedingt kaum stattfinden konnten, wurden die Aktivitäten in den sozialen Medien und unsere Printmaterialien sehr gut angenommen. In Gesprächen mit Kandidierenden und den Parteijugendlichen haben wir unsere Forderungen an die Politik herangetragen. Wir bewerten es als positiv, dass bei den Koalitionsverhandlungen wichtige Jugendthemen wie die Ausbildungsgarantie, Azubi-Ticket, Azubi-Wohnen oder die Absenkung des Wahlalters auf 16 in den Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung aufgenommen wurden.

Studierenden- arbeit

Mein **Statement** zur Novellierung des
Landeshochschulgesetzes in BaWü:



Keine
rechte Symbol-
politik an der
Uni!



[juin]en

#StudiKampaCorona



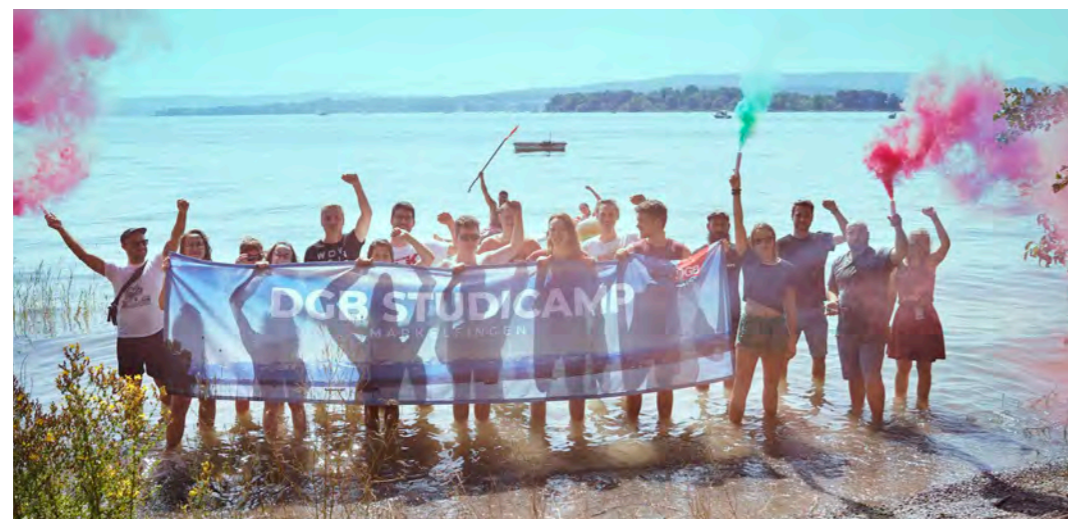
Studierendenarbeit

Immer mehr junge Menschen finden ihren Weg in die Arbeitswelt über ein Studium oder duales Studium. Die Zielgruppe der Studierenden wird damit auch immer wichtiger für die Gewerkschaftsjugend. Seit 2018 bringt sich die DGB-Jugend hier stärker ein. Sie koordiniert ihre Aktivitäten mit den Mitgliedsgewerkschaften und den Gewerkschaftssekretär*innen sowie Jugendbildungsreferent*innen des DGB, die in den Regionen Stellenanteile für Studierendenarbeit innehaben. Zuständig für die Studierendenarbeit im Bezirk ist Alexander Ropohl.

Pilotprojekt zur Studierendenarbeit

Das vom Bundesvorstand angestoßene Pilotprojekt zur Studierendenarbeit findet in drei ausgewählten DGB-Bezirken statt, einer davon ist Baden-Württemberg (neben Sachsen und Hessen-Thüringen). Das Projekt verfolgt mehrere Ziele: Zum einen eine passgenaue Ansprache von Studierenden und jungen Akademiker*innen. Zum anderen, den DGB als eine gewichtige Stimme in der Aushandlung von Bildungszielen und Curricula im Sinne unseres Leitbildes einer demokratischen und sozialen Hochschule zu etablieren. Weiterhin zielt das Projekt darauf ab, das interessenpolitische Mandat auch gegenüber der wachsenden Konkurrenz zu Berufsgewerkschaften zu wahren.

Das Studi-camp 2021 am Bodensee.



Das Studierendenprojekt soll außerdem über die Vorteile einer Gewerkschaftsmitgliedschaft informieren. Gemeinsam mit den Gewerkschaften sollen neue Mitglieder geworben werden.

Zu Beginn des Projektes wurde eine detaillierte Potenzial- und Strukturanalyse erstellt. Die strategische Analyse wurde mit allen Mitgliedsgewerkschaften ausgewertet und an die jeweiligen Schwerpunkte angepasst. Das Ergebnis ist eine zwischen allen Akteur*innen abgestimmte Auswahl von Hochschulen sowie die vereinbarten Aktivitäten.

Im Laufe des Projekts wurden neue Kommunikationswege geschaffen und Plattformen wie YouTube für die Social-Media-Arbeit im Bereich Studium zunehmend genutzt. Dabei wurde das „DGB Campus Office Baden-Württemberg“ zur Wiedererkennung etabliert und an das neue Corporate Design der DGB-Jugend angepasst. Dieses können auch die Mitgliedsgewerkschaften für ihre Hochschularbeit nutzen.

StudiCamp und Campus-Tour

Studierenden und Akademiker*innen sollen sowohl auf als auch außerhalb des Campus attraktive Angebote gemacht werden. Das Studierenden-camp in Markelfingen am Bodensee hat sich als gute Veranstaltung erwiesen, um an gewerkschaftlicher Studierendenarbeit Interessierte oder bereits in den Mitgliedsgewerkschaften ehrenamtlich aktive Studierende miteinander zu vernetzen.

Gerade dem Hauptamt ermöglicht das StudiCamp die Chance, einen Einblick über jene Themen zu bekommen, die die Studierenden am meisten bewegen. Diese wertvollen Informationen helfen dabei, in interaktiver Zusammenarbeit mit den Teilnehmenden über zukünftige Kampagnen oder Aktionen auf dem Campus zu diskutieren.

Als ebenso erfolgversprechend hat sich die Campus-Tour erwiesen, die regelmäßig zum Start des Wintersemesters veranstaltet wird. Sie knüpft thematisch an das Studierenden-camp an.

Die Campus-Tour umfasst die gemeinsamen Informationsstände der DGB-Jugend, Mitgliedsgewerkschaften sowie weiteren gewerkschaftlichen Akteur*innen, wie zum Beispiel Stipendiat*innen der Hans-Böckler-Stiftung und Berater*innen der Campus Offices, die an ausgewählten Hochschulstandorten organisiert werden.

Für jeden Standort wird ein Folgeangebot organisiert, das während der Campus-Tour beworben wird. Das Folgeangebot hat zum Ziel, Mitmachmöglichkeiten für an der gewerkschaftlichen Arbeit Interessierte zu bieten. Alle Veranstaltungen der Campus-Tour werden auch zur Bewerbung der Bildungsprogramme der DGB-Jugend sowie der Mitgliedsgewerkschaften genutzt.

In die Vorbereitung und Durchführung werden insbesondere die Hochschulgruppen bzw. gewerkschaftlich Aktiven am jeweiligen Standort intensiv mit eingebunden.

Das Konzept hat sich als gut zu bewältigende Aufgabe für frisch gegründete Hochschulgruppen bewährt. Die einzelnen Termine wurden von den Beteiligten vor Ort stets als Erfolg betrachtet. Zahlreiche



Studierende wurden vor der Corona-Pandemie in Gesprächen erreicht. Auch das Presseecho war positiv. Da die Hochschulen wegen der Infektionslage geschlossen wurden, entfiel die Campus-Tour im Jahr 2020.

Landesweite Studierenden-kampagne zur Corona-Krise

Um die Wahrnehmung der Gewerkschaftsjugend trotz geschlossener Hochschulen zu ermöglichen, wurde Ende April 2020 die gewerkschaftliche Studierendenkampagne zur Corona-Krise gestartet. In diesem Zusammenhang wurden zwei landesweite Aktionstage initiiert. Mit in die Konzeption eingebunden waren die lokalen Studierendenvertretungen sowie die Landesstudierendenvertretung.

Thema des ersten Aktionstages am 30. Juni 2020 waren die unzureichenden Hilfeleistungen der Bundes- und Landesregierung im Bereich Wissenschaft und Forschung sowie die häufig schwierige Situation der Studierenden. Hierzu wurden im Vorfeld eine landesweite Petition und eine Studierendenumfrage auf den Weg gebracht. Der Aktionstag selbst fand vor Ort (Kundgebungen, Fahrraddemo, Plakat-Aktion) und im Netz statt. Thema des zweiten Aktionstages am 30. Oktober 2020 war die Novellierung des Landeshochschulgesetzes, insbesondere die damit verbundene Wiedereinführung des Ordnungsrechts an den baden-württembergischen Hochschulen.

Die Studierendenkampagne wurde auch im Superwahljahr 2021 fortgeführt. Dabei wurden gewerkschaftliche Positionen im Bereich Hochschule und Wissenschaft sowohl während der Landtagswahl als auch im Zuge der Bundestagswahlkampagne der DGB-Jugend öffentlichkeitswirksam deutlich gemacht.

So konzentrierten sich die Aktivitäten zur Landtagswahl coronabedingt vor allem auf Social Media. Mit Blick auf die Bundestagswahl wurde Anfang Juli ein dritter landesweiter Aktionstag in den Städten Heidelberg, Freiburg und Tübingen veranstaltet.

Landesweiter Aktionstag im Juni 2020.



Unsere Regionen

Arbeit geht
mit
Lohnentgelt

...CHEN
V...PROFTE
GEMEINSAM STARK
BEI ZOLLERN

TARIF
SICHERT
KAUFKRAFT!
FÜR ZOLLERN -
FÜR DIE REGION

KLASSENKAMPF
KÖNNEN
WIR AUCH!
GEMEINSAM STARK BEI ZOLLERN

Warns
unser gut

BETRIEBSRAT
IST
SOLIDARISCH

DGB-Region Nordbaden

Kurzportrait

Die DGB-Region Nordbaden hat denselben geographischen Zuschnitt wie der Regierungsbezirk Karlsruhe. Sie umfasst sieben Landkreise und fünf kreisfreie Städte, darunter mit Mannheim und Karlsruhe die beiden zweitgrößten Städte des Landes mit jeweils rund 330.000 Einwohner*innen. In der Region leben rund 2,8 Millionen Menschen. Weit über 200.000 Menschen in Nordbaden sind Mitglied einer DGB-Gewerkschaft.

Der DGB hat seine Bürostandorte in den Oberzentren des jeweiligen Wirtschaftsraumes: Mannheim für die Metropolregion Rhein-Neckar, Karlsruhe für die Technologieregion Karlsruhe (mittlerer Oberrhein) und Pforzheim für die Wirtschaftsregion Nordschwarzwald.

In den Jahren 2017 bis 2021 waren wir für unsere Gewerkschaften in Nordbaden mit einem hauptamtlichen Team von elf Personen politisch aktiv und haben rund 60 ehrenamtliche Kolleginnen und Kollegen in acht Kreisverbänden bei ihrer Arbeit unterstützt. Dies sind unsere Kreisverbände:

Mannheim/Rhein-Neckar
(Vorsitzender: Jens Lehfeldt, IG BCE)

Heidelberg/Rhein-Neckar
(Vorsitzender: Mirko Geiger, IG Metall)

Neckar-Odenwald
(Vorsitzender: Robin Friedl, ver.di)

Karlsruhe Land
(Vorsitzender: Wolfgang Weber, ver.di)

Karlsruhe Stadt
(Vorsitzender: Dieter Bürk, ver.di)

Pforzheim/Enzkreis
(Vorsitzender: Wolf-Dietrich Glaser, IG Metall, bis 31.12.2019)

Calw/Freudenstadt
(Vorsitzender: Wilfried Blümle, NGG)

Rastatt/Baden-Baden
(Vorsitzende: Claudia Peter, IGM)

Erfolge

Die DGB-Region Nordbaden hat das eSta-Projekt (Regionale Strukturpolitik und öffentliche Daseinsvorsorge) im Jahr 2017 mitinitiiert und von Beginn an in mehreren Kreisverbänden umgesetzt. Durch neue Arbeitsweisen, eine konsequente Ausrichtung der politischen Arbeit auf die Erreichung zuvor vereinbarter politischer Ziele auf der kommunalen Ebene, sowie eine enge Zusammenarbeit mit der Bezirksverwaltung und den Abteilungen in der Bundesvorstandsverwaltung.

Der Ansatz des eSta-Projekts konnten mit dem Start des Zukunftsdialogs weitergeführt, verfeinert und auf weitere Kreisverbände ausgedehnt werden. Wir blicken deshalb auf vier Jahre erfolgreicher Interessenvertretung zurück. Konkret haben wir erreicht:

- Der Karlsruher Gemeinderat hat auf unser Betreiben hin beschlossen, Leiharbeit in allen Betrieben des Konzerns Stadt Karlsruhe abzuschaffen.
- Der Karlsruher Gemeinderat hat auf unsere Initiative hin beschlossen, öffentliche Aufträge nur noch an tarifgebundene Unternehmen zu vergeben.
- Gemeinsam mit der Stadt Heidelberg und weiteren Partnern (IHK, Kreishandwerkerschaft) wurde ein Kooperationsvertrag und ein gemeinsames Projekt zum betrieblichen Mobilitätsmanagement abgeschlossen; Pendler*innen stehen künftig im Fokus bei der Verkehrsplanung in Heidelberg.
- Bei der Stadt Mannheim werden aktuell Pläne entwickelt, Tätigkeiten, die momentan an private Dienstleister vergeben sind, künftig wieder von städtischen Beschäftigten durchführen zu lassen; dies betrifft vor allem den Bildungs- und Betreuungsbereich.
- In Pforzheim und dem Enzkreis wurde zwischen OB bzw. Landrat und zuständigem Personalrat vereinbart, künftig auf sachgrundlose Befristungen zu verzichten; diese Vereinbarung war ein Ergebnis des DGB-Engagements für gute Arbeit.
- Im Neckar-Odenwald-Kreis engagiert sich der DGB-Kreisverband gemeinsam mit anderen Partnern aus der Zivilgesellschaft für einen Erhalt des Kreiskrankenhauses und eine gute Gesundheitsversorgung für die Bürger*innen dieses ländlichen Kreises.



In Heidelberg stand das Thema Mobilität im Zentrum, wie hier beim Bike and Talk.

Im Rahmen der Umsetzung von eSta und im Anschluss des Zukunftsdialoges konnten wir engagierte Kolleg*innen für die Mitarbeit in unseren Kreis- und Stadtverbänden gewinnen. Wir konnten darüber hinaus die Wertschätzung seitens der Politik und die öffentliche Bekanntheit des DGB und der Gewerkschaften steigern. Gerade weil wir uns auf jeweils ein Thema fokussierten, wurden wir erkennbar und für politische Akteur*innen interessante Partner. So gelingt es, auch in anderen Themengebieten die Expertisen von DGB und Gewerkschaften verstärkt einzubringen. Insgesamt lässt sich der Prozess Zukunftsdialog für die Region Nordbaden als Erfolgsgeschichte werten. Wir setzen darauf, dass wir auch nach Bezirkskonferenz und Bundeskongress an diese erfolgreiche Arbeit anknüpfen können. Hierzu ist eine Verstetigung des Zukunftsdialoges, bzw. seiner Arbeitsweise notwendig. Gerade die thematische Fokussierung und das Zusammenspiel aller drei Satzungsebenen waren wichtige Schlüssel zu den oben genannten Erfolgen.

Nicht zuletzt konnten die Kreisverbände in der Region Nordbaden damit auch einen wertvollen Beitrag zur Landespolitik im Allgemeinen und der Landtagswahlkampagne des DGB im Besonderen leisten. Wir haben die Themen auf die Lebenswirklichkeit der Kolleg*innen heruntergebrochen und konkrete Verbesserungen erkämpft. Damit konnte der DGB auch auf der Landesebene zeigen, dass unsere Forderungen politisch umsetzbar sind.

Politische Schwerpunkte

Die nordbadischen Kreis- und Stadtverbände setzen ihre Schwerpunkte vor allem nach der kommunalen Situation. So konzentrierten sich die Ehrenamtlichen in den drei Großstädten Karlsruhe, Mannheim

und Pforzheim auf das Thema Tarifbindung. In der Universitätsstadt Heidelberg setzten die Kolleginnen und Kollegen dagegen auf das Thema Mobilität, um die Lage der Pendler*innen nachhaltig zu verbessern. Betrachtet man die Region insgesamt, lässt sich feststellen, dass in allen drei Wirtschaftsräumen der strukturelle Wandel ein zentrales Thema darstellt. Dies geht weit über die Industrieproduktion hinaus, obwohl diese weite Teile Nordbadens prägt und dem Großteil der Wohnbevölkerung gute Arbeitsplätze sichert. Doch nicht das produzierende Gewerbe, wo insbesondere die Megatrends Digitalisierung und Dekarbonisierung Veränderungsprozesse anstoßen, sondern auch verschiedene Dienstleistungsbereiche, wie Einzelhandel, ÖPNV oder öffentliche Verwaltung und Pflege verändern sich zunehmend. Gemeinsam mit den jeweils zuständigen Gewerkschaften ist es unser Bestreben, diese Veränderungen auf der politischen Ebene aktiv mitzugestalten und die Interessen der Beschäftigten in den Vordergrund zu rücken. Wir arbeiten deshalb in unterschiedlichen Gremien mit, deren Ziel es ist, die Transformationen in der Arbeitswelt zu gestalten. Neben diesen strukturpolitischen Aktivitäten waren und sind wir in verschiedenen Bündnissen für bezahlbares Wohnen aktiv und bringen unsere Positionen hierzu mit ein.

Naturgemäß sind die Mieten in ländlich geprägten Gegenden nicht das drängende Thema, hier setzte der DGB stattdessen mit der Frage nach einer guten Krankenhausversorgung an und schmiedete entsprechende Bündnisse. Und leider bescherte uns die Landtagswahl im Jahr 2016 auch zwei Wahlkreise (MA-Nord und Pforzheim), in denen AfD-Kandidaten direkt in den Landtag gewählt wurden. Deshalb waren und sind wir im Kampf gegen rechts aktiv, was sich unter anderem an der Zahl der Bündnisse, in denen der DGB Mitglied ist, ablesen lässt. Anlässlich der Landtagswahl 2021 organisierte die Region zudem eine digitale, prominent besetzte Veranstaltungsreihe zum Thema Rechtspopulismus. In Umsetzung des entsprechenden Beschlusses der letzten Bezirkskonferenz führten wir im Oktober 2018 drei regionale Veranstaltungen zum Thema Betriebsratsmobbing durch und nehmen jährlich an der bundesweiten Konferenz „Betriebsräte im Visier“ in Mannheim teil.



Lars Treusch gratuliert Gerhard Höfler, dem Ehrenvizepräsidenten der Handwerkskammer Mannheim, zum 80. Geburtstag.

WEITERE ARBEITSFELDER

Zu den Aufgaben des DGB-Hauptamtes gehören - neben der Unterstützung der Kreisverbände - die politische Lobbyarbeit und die Gremienarbeit. In der DGB-Region Nordbaden bedeutet dies die Besetzung der Selbstverwaltungsgremien, sowohl bei den Agenturen für Arbeit in Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe-Rastatt und Pforzheim-Nagold, als auch die Organisation der Sozialwahlen sowie die anschließende Mitarbeit in den Bezirksräten der AOK Rhein-Neckar-Odenwald, Mittlerer Oberrhein und Nordschwarzwald.

Darüber hinaus besetzen die Gewerkschaften über ihren Dachverband sowohl die Ausschüsse der Beruflichen Bildung in den drei nordbadischen Industrie- und Handelskammern Rhein-Neckar, Karlsruhe und Nordschwarzwald sowie den zwei Handwerkskammern Mannheim-Rhein-Neckar-Odenwald und Karlsruhe. Im Handwerk sind wir zudem für die Organisation der Wahl zur Vollversammlung und die Unterstützung der Vollversammlungs- und Vorstandsmitglieder auf Gesellenseite zuständig. Das Thema Bildung nahm und nimmt in der Arbeit der Regionen einen wichtigen Stellenwert ein; neben den Berufsbildungsausschüssen der Kammern waren wir auch in zahlreichen kommunalen und regionalen Beiräten und Arbeitskreisen zu den Themen Übergang Schule - Ausbildung und Fachkräftesicherung vertreten.

Der Rhein-Neckar-Kreis und die Stadt Mannheim sind Pilotbezirke der ersten Stunde bei der Umsetzung von AV dual und BQ dual; den beiden zentralen Bausteinen der Reform des Übergangssystems. Weitere Städte und Kreise kamen hinzu, der DGB sitzt in

allen Beiräten und setzt sich für die Belange der jungen Menschen ein. In den großen Städten arbeiten Kolleg*innen aus Haupt- und Ehrenamt des DGB als sachkundige Bürger*innen in gemeinderätlichen Ausschüssen im Bereich Wirtschaft, Arbeit und Soziales mit. Regelmäßig trafen sich DGB-Vertreter*innen zum Austausch mit Landtags- und Bundestagsabgeordneten aus den nordbadischen Wahlkreisen und brachten hierbei gewerkschaftliche Positionen ein.

DIE BERATUNGSSTELLE „FAIRE MOBILITÄT MANNHEIM“

Eine Besonderheit in Nordbaden ist die Beratungsstelle „Faire Mobilität Mannheim“. Die Anlaufstelle für Ratsuchende aus EU-Mitgliedsstaaten (insbesondere Rumänien und Bulgarien) wurde 2017 gegründet und wird durch baden-württembergische Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF), Mittel der Stadt Mannheim, sowie von KDA und DGB-Region finanziert. Träger ist der gemeinnützige Verein „Faire Arbeit“ e. V., der von DGB und KDA getragen wird.

Die derzeit drei muttersprachlichen Berater*innen auf zwei Vollzeitstellen kümmern sich um Anfragen zu verschiedenen arbeitsrechtlichen Themen. Dabei werden sie auch von weiteren Berater*innen des Schwesterprojekts „Faire Mobilität“ des DGB-Bundesvorstandes unterstützt, die ebenfalls in Mannheim sitzen und Teil eines bundesweiten Netzwerkes sind. Mit diesem Netzwerk kooperiert unsere Beratungsstelle eng, z. B. bei Weiterbildungen und regelmäßigem Austausch. Zu Beginn wurden jährlich rund 250 Beratungsfälle bearbeitet. Diese Zahl hat sich zwischenzeitlich auf mehr als 600 erhöht. Die Ratsuchenden erfahren meist über Landsleute von dem Angebot; häufig kommen sie gleich in Gruppen, die gemeinsam beim selben Arbeitgeber schlechte Behandlung erfahren haben. Dabei geht es besonders häufig um ungerechtfertigte Kündigungen, vorerhaltenen Lohn, falsche Abrechnung sowohl von Löhnen als auch von Sozialversicherungsbeiträgen und ganz allgemein schlechte Arbeitsbedingungen, wie beispielsweise überbezahltes Wohnen in Matratzenlagern, die der Arbeitgeber zur Verfügung stellt, mangelnde Hygiene in Coronazeiten und einiges mehr.

Zusätzlich zu ihrer Beratungstätigkeit sind die Mitarbeiter*innen auch regelmäßig im Außeneinsatz unterwegs, beispielsweise an Autobahnrastplätzen oder auf Spargel- und Erdbeerefeldern, um die Lkw-Fahrer*innen oder Erntehelfer*innen über ihre Rechte aufzuklären. Auch bei Informationsveranstaltungen der Stadt Mannheim beziehungsweise des Jobcenters Mannheim werden unsere Berater*innen gerne als Referent*in beteiligt.

Zudem stellen sie ihre Expertise städtischen und landesweiten runden Tischen zur Verfügung, wenn es um die Methoden der Arbeitsausbeutung geht. Hier ergeben sich dann auch direkte Kontakte mit anderen Unterstützungsstellen, so dass eine Verweisberatung erleichtert wird. Aber auch der direkte Draht zu Polizei, Zoll und Staatsanwaltschaften wird so geknüpft. Dies ist besonders dann wichtig, wenn akute Fälle von Ausbeutung und/oder Bedrohung bei der Beratungsstelle angezeigt werden. Denn oft versuchen die Arbeitgeber*innen sich der unliebsamen Arbeitskräfte zu entledigen, indem sie sie ohne Geld und Papiere in Kleinbusse setzen und schnellstmöglich in ihre Heimatländer zurückfahren lassen. Dann ist eine Ahndung der erfolgten Gesetzesbrüche schwierig bis unmöglich und der Betrieb setzt sein Fehlverhalten fort, zum Schaden aller Beschäftigter, da die schlechten Arbeitsbedingungen, die zu Beginn oft nur von einzelnen Betrieben praktiziert



DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntentbach informiert sich beim Spaziergang durch Mannheim über soziale Brennpunkte.

werden, sich mit der Zeit auf ganze Branchen ausdehnen und damit die Arbeit dort zu Ramsch machen. Im Kampf gegen diese Entwicklungen ist die Beratungsstelle eine wichtige Einrichtung, denn hier laufen nicht nur Erkenntnisse über die Praktiken einzelner Unternehmer*innen zusammen, sondern es wird neben der Hilfe im konkreten Einzelfall auch die Emanzipation der Arbeitsmigrant*innen befördert.

DGB-Jugend

Die DGB-Jugend Nordbaden bot im Rahmen der jährlich stattfindenden Berufsschultour Projekttag mit den Schwerpunkten Arbeitsrecht, Tarifpartnerschaft, Geschichte der Gewerkschaftsbewegungen und gesellschaftliche Teilhabe an verschiedenen Berufsschulen in Nordbaden an.

Neu wird seit 2021 der Workshop „Marx für Alle“ in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Baden-Württemberg angeboten. Gemeinsam mit den Mitgliedsgewerkschaften wurden darüber hinaus verschiedene Bildungsangebote sowie Aktionen konzipiert und durchgeführt. Dies geschah zumeist im Rahmen von politischen Kampagnen oder Tarifverhandlungen. So unter anderem in den ver.di-Tarifrunden des öffentlichen Dienstes 2018 und 2019. Zuletzt wurden auch im Rahmen der DGB-Jugend-Kampagne zur Bundestagswahl im September 2021 Vorträge und Podiumsdiskussionen zu den Themen Miete, Klimaschutz, prekäre Beschäftigung und Rechtspopulismus an verschiedenen Orten in der Region Nordbaden durchgeführt.

Einzelne Veranstaltungen werden zudem mit Partnerorganisationen wie beispielsweise der DIDF-Jugend, dem JUZ Mannheim oder SDJ - Die Falken organisiert. Die Zusammenarbeit ergibt sich aus der gemeinsamen Vernetzung in den Jugendringen, in denen die DGB-Jugend Mitglied ist und dort die Interessen ihrer Mitglieder vertritt. Besonderes Highlight in Mannheim ist seit vielen Jahren die Bootsparty der DGB-Jugend, die gemeinsam mit der DGB-Jugend Vorder- und Südpfalz ausgerichtet wird und die sich neben der politischen Bildung auch der Vernetzung bei gepflegten Getränken und lauter Musik verschrieben hat. Coronabedingt musste sie im Jahr 2020 leider ausfallen.

DGB-Region Nordwürttemberg

Da ist die Pandemie!

Die Corona-Pandemie war auch in unserer Arbeit der bestimmende Faktor unserer Aktivitäten, Aktionen und Veranstaltungen der zurückliegenden anderthalb Jahre. Anfang 2020 schien es so, dass gar nichts mehr geht. Doch schnell gelang die Neuaufstellung der gewerkschaftlichen Aktivitäten mit Onlineformaten, Lernen im digitalen Bereich, Homeoffice und Video- bzw. Telefonkonferenzen. Schon bald wollten die Kolleg*innen sich auch wieder versammeln, was neue Formen von coronakonformen Aktionen und Versammlungen in Kleinformaten hervorbrachte, die uns an vielen Stellen Flagge zeigen ließen und aufzeigten, dass wir auch mit dieser schwierigen Situation umgehen konnten.

Podcast, Social Media und Radio

Sehr aktiv konnten wir die neuen und alten Medien gestalten. Unsere regelmäßigen Sendungen im Arbeitsweltradio im Freien Radio für Stuttgart sind neben der Live-Sendung als Podcast sowie auf unserer Homepage nachzuhören. Zu sehr vielen gewerkschaftlichen Themen liefern wir Hintergrundmaterial und tragen zur gewerkschaftlichen Bildung bei. Der Podcast besteht seit 2019 und hat inzwischen stabil mehr als 300 Zugriffe pro Monat, besonders erfolgreiche Episoden erreichen mehr als 1000 Menschen. Als DGB Region sind wir auf Instagram, YouTube, Twitter, Facebook sowie durch unseren Newsletter präsent. Für die Online-Veranstaltungen konnten wir uns die Kompetenzen für das notwendige Streaming und Filmen aneignen, ein sehr schönes Beispiel war unser digitaler 1. Mai 2020 mit virtuellen Statements. Spitzenreiter bei den Zugriffen war unser Video mit einem Aktivist*in der Initiative Durchschnittsexamen BW mit über 20.000 Aufrufen.

Der 1. Mai 2019 in Stuttgart.



Der 1. Mai – Kampf- und Feiertag

In der Region Nordwürttemberg finden jedes Jahr 14 Kundgebungen statt. Sie sind Höhepunkt der Stadt- und Kreisverbandsarbeit und werden vorwiegend von unseren ehrenamtlichen Kolleg*innen gestaltet und durchgeführt. Für die lokalen Zeitungen ist der 1. Mai Jahr für Jahr Anlass, über die Veranstaltung und auch über gewerkschaftliche Themen zu berichten – es ist unser öffentlichkeitswirksamster Tag! Der Ausfall der Maikundgebung in Kirchheim 2018 führte dazu, dass sich neue Kolleg*innen fanden, die mit einem Maikomitee den 1. Mai in Kirchheim wiederbelebten und mittlerweile einen festen Stamm ehrenamtlicher Kolleg*innen bilden, mit Engagement für den DGB über den 1. Mai hinaus. Der Kampf um den Erhalt des Geislinger Krankenhauses hat 2021 zu einer ersten Maikundgebung in Geislingen geführt. Neben der Großkundgebung in Stuttgart lebt der Gedanke des 1. Mai als Tag der arbeitenden Bevölkerung im Sinne der Internationalen Solidarität gerade in den vielen kleinen Veranstaltungen vor Ort und auf dem Land. Diese fanden statt in: Aalen, Heidenheim, Schwäbisch Gmünd, Esslingen, Göppingen, Nürtingen, Geislingen, Kirchheim, Sindelfingen, Waiblingen, Stuttgart, Heilbronn, Schwäbisch Hall und Main-Tauber-Kreis (Bad Mergentheim, Wertheim, Tauberbischofsheim). Seit Jahren geben wir ein eigenes Kunst-Maiplakat heraus, was bei vielen Kolleg*innen zum beliebten Kult-Sammelobjekt wurde.

Wenn Frau will, steht alles still!

Sehr bunt gestalten sich die Aktivitäten rund um den 8. März, den Internationalen Frauentag. In fast allen Stadt- und Kreisverbänden finden Veranstaltungen statt: Kabarett zum Frauentag (Heilbronn), Frauenfilm-Veranstaltungen (Tauberbischofsheim), Ausstellungen (Stuttgart), Frauenfeste (Schwäbisch Hall), eigene Kulturprogramme (Heidenheim). Ergänzt werden die Veranstaltungen durch weitere Aktionen zum „Equal Pay Day“ und zu „One Billion Rising“, dies meist in größeren Frauenbündnissen. In Stuttgart, Heilbronn und Heidenheim existieren Frauenausschüsse, in anderen Kreisverbänden treffen sich die Frauen eher in lockeren Runden und die Aktivitäten werden über den Kreisvorstand koordiniert.

Abrüstung und Entspannung wählen

Seit 1957 wird am 1. September mit dem Antikriegstag an die Gräueltaten des Ersten und Zweiten Weltkriegs sowie den schrecklichen Folgen von Krieg, Gewalt und Faschismus erinnert. In der Region finden dazu regelmäßig Friedensveranstaltungen statt in: Fellbach, Aalen, Stuttgart, Esslingen, Heilbronn, Schwäbisch Hall und seit zwei Jahren in Böblingen. In Ellwangen und Stuttgart finden regelmäßig die traditionellen Ostermärsche unter Beteiligung des DGB statt. In den vergangenen Jahren lautete die Forderung an die Bundesregierung, sich von der Zwei-Prozent-Vorgabe der NATO im Rüstungshaushalt zu lösen und die für militärische Zwecke vorgesehenen Mittel „in ein sozial gerechtes Deutschland und Europa mit nachhaltigen Zukunftsperspektiven zu investieren“. Angesichts der Bundestagswahl 2021 fordert der DGB: „Abrüstung und Entspannung wählen!“

Wir sind jung und verändern die Welt!

Das Stuttgarter Jugendreferat war in den vergangenen Jahren v. a. mit „Ready-Steady-Go“, einem Planspiel zur Berufsorientierung, sowie den Berufsschultouren unterwegs. In der Region gibt es eine aktive Hochschularbeit an der Universität Stuttgart sowie an den Hochschulen Esslingen und Ludwigsburg. In Stuttgart wurden gut besuchte Vorträge organisiert, unter anderem mit Dr. Hans-Jürgen Urban, Prof. Dr. Klaus Dörre, Prof. Dr. Niko Paech und Christian Baron. Regelmäßig finden hochschulpolitische Seminare statt gemeinsam mit anderen Hochschulgruppen und dem Institut VI für Sozialwissenschaften.

Ohne Bildung ist alles nichts

Regelmäßig führen wir jährliche Fortbildungen für Arbeitsrichter*innen und Sozialrichter*innen durch. Während die Schulungen in Heilbronn und Aalen gemeinsam mit den Arbeitgeber*innen stattfinden, sind sie in Stuttgart rein gewerkschaftlich in Zusammenarbeit mit dem DGB-Rechtsschutz und der IG Metall organisiert. Die Schulungen werden insgesamt von den Kolleg*innen sehr gut angenommen.

Pandemiebedingt fanden etliche Bildungsangebote online statt mit teilweise hohen Zugriffszahlen. Ausgewählte Beispiele unserer Bildungsabende, die häufig auch für Mitgliedsgewerkschaften und überregional stattfanden, sind: „Kritik rechter Argumente“ (Geislingen, 2017), „Arbeit und Rente“ (Stuttgart, 2017), „bedingungsloses Grundeinkommen“ (Esslingen, 2018), „Industrie 4.0“ (Waiblingen, 2018), „Kritik des Rechtsrucks“ (Kirchheim, 2018), „Digitalisierung als Expletivum“ (Universität Stuttgart, 2019), „Wohnen“ (Hattingen, 2019), „Dialektik des Klimaschutzes“ (Stuttgart, 2019), „Digitalisierung und Gewerkschaft“ (Schweinfurt, 2020), „Digitalisierung der Arbeitswelt“ (Geislingen, 2021), „Pflege braucht Zukunft“ – „Tarifbindung stärken“ (Ostwürttemberg, 2021), „Homeoffice fruchtbar gestalten“ (Heilbronn, 2021), Veranstaltungen zum Auschwitz-Gedenktag (Aalen, Januar 2018 und 2020), „Mut zur Gründung eines Betriebsrats – Mut zur Kandidatur“ (Aalen, Heidenheim und Schwäbisch Gmünd 2018), „Heidenheimer NS-Täter und die fehlende Aufarbeitung“ (Heidenheim, 2019), „Friedensmacht Europa?!“ – Diskussion zur EU-Wahl (Aalen, 2019)

Zukunftsdialog: landes- und bundesweite Kampagnen vor Ort

Von 2017 bis 2019 führte der DGB-Bezirk Baden-Württemberg das Projekt eSta – Regionale Strukturpolitik und öffentliche Daseinsvorsorge durch. Die Kreis- und Stadtverbände sowie die Landesebene haben konkrete strukturpolitische Themen auf ihre Agenda gesetzt: Wohnraumangel, die Bedürfnisse von Pendler*innen, Anforderungen an eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder die Gesundheitsversorgung vor Ort. Im März 2019 mündete eSta ein in den bundesweiten Zukunftsdialog „Reden wir über...“.

Alle KV/SV in der Region setzten sich dabei einen Themenschwerpunkt. Diese Schwerpunkte waren und sind: Ludwigsburg (Tarifbindung stärken), Rems-Murr (Für eine gute Gesundheitsversorgung), Heilbronn (Bessere Mobilität / Bezahlbarer Wohnraum), Schwäbisch Hall (Tarifbindung und Gute Arbeit), Esslingen-Göppingen (Bezahlbarer Wohnraum), Stuttgart (Mobilität), Böblingen (Mobilität), Ostalbkreis (Tarifbindung stärken), Heidenheim

(Soziales Wohnen ermöglichen), Main-Tauber-Kreis (Für eine gute Gesundheitsversorgung), Hohenlohe (Bezahlbarer Wohnraum).

Der Rahmen der übergeordneten Kampagnen begleitete die anstehenden Wahlen und führte zu vielen Aktionen und Aktivitäten vor Ort: Betriebsratswahlen (2018), Kommunalwahlen (2019), Europawahl (2019), Landtagswahl (2021) und der Bundestagswahl (2021). Alle Aktivitäten haben zu einem verbesserten Bekanntheitsgrad des DGB bei Abgeordneten und Kandidat*innen, bei Oberbürgermeister*innen und Bürgermeister*innen und natürlich auch der interessierten Öffentlichkeit geführt. Wir mischen uns ein!



Protest gegen den AfD-Landesparteitag im Februar 2019 in Heidenheim.

Gegen Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit, für besseres Klima und ein gerechtes Europa

In der gesamten Region fanden im Berichtszeitraum flächendeckend Kundgebungen und Demonstrationen in Bündnissen, oft unter Federführung des DGB statt. Neu waren die Klimakundgebungen, an denen eine Annäherung an die Aktivist*innen von Fridays for Future stattfand. Besonders erwähnenswert ist auch die Demonstration und Kundgebung „Europa für Alle“ im Mai 2019. Dort fanden sich bis dato völlig verschiedene Organisationen - 57 Verbände und 10 unterstützende Parteien – zur Großkundgebung zusammen, darunter u.a. „Rettet die Bienen“, „Parents for Future“, „Die Vielen“, „Seebrücke“, „Forum

der Kulturen“. Flächendeckend in der Region fanden immer wieder Demonstrationen und Kundgebungen gegen Rechtspopulisten, Nazi-Aufmärsche und AfD-Veranstaltungen statt. Die Demos und Kundgebungen in Heidenheim gegen den AfD-Landesparteitag 2018 und 2019 sind besonders zu erwähnen, mit einem sehr gut umgesetzten Livestream. Seit Corona gibt es verstärkt Gegenwehr gegen die sogenannten Querdenker und andere Verschwörungstheoretiker, welche mit ihren kruden Feindbildern gegenüber Politik, Gesundheitsexpert*innen und Journalist*innen eine neue Dimension im Bereich Rechtspopulismus und Rassismus der rechten Szene hinzugefügt haben. Gute Beziehungen bestehen zu den jüdischen Gemeinden in Stuttgart und Heilbronn. Der 9. November dient uns dem Gedenken an die Pogromnacht mit Veranstaltungen in Heilbronn, Stuttgart und im Main-Tauber-Kreis. Probleme mit Rechtsradikalen gab es in Stuttgart mit den sogenannten „Identitären“, die 2020 auf das Vordach des Willi-Bleicher-Hauses stiegen, um mediale Aufmerksamkeit zu erzielen.

Der Mensch lebt nicht vom Brot allein – Ausstellungen, Broschüren und Beratungsstelle

Seit der Renovierung des Willi-Bleicher-Hauses in Stuttgart 2016 kümmert sich die DGB-Region um Ausstellungen im Haus, was zu einer deutlichen Belebung geführt hat. Der Kunstbeirat veranstaltet dabei politische Kunst und bietet regionalen oder auch gewerkschaftlichen Künstlern [leider nur Männer!] eine Ausstellungsmöglichkeit mit vielbeachteten Sonderausstellungen. Neben den Kunstausstellungen präsentiert der SV Stuttgart zusammen mit der DGB-Region politische Themenausstellungen, zunehmend auch selbstkonzipiert und -erstellt. Begleitet werden die Ausstellungen von vertiefenden Bildungsabenden zu den jeweiligen Themen.

KUNSTAUSSTELLUNGEN WAREN:

- „Friendly fire“ – Till Ansgar Baumhauer (2018)
- „Ich bin Kulturarbeiter und Inklusionstäter“ – Friedrich Zirm (2018)
- „Matagalpa Transfer“ – Eckard Fröschlin (2018)
- „Ungesehenes“ aus den Beziehungen von HAP Grieshaber (2019)

- „Kassandrarufe“ – Harald Kille (2019)
- „Schnittstellen“ – Gez Zirkelbach/Wolfgang Neumann (2020)

DAZU KAMEN ETLICHE WEITERE AUSSTELLUNGEN WIE Z. B.:

- Georg Elser und „das Attentat vom 8. November 1939“ (2018)
- „Karl Marx in der Karikatur“ zum 200 Geburtstag! (2018)
- Rosa Luxemburg – „zum 100. Todestag“ (2019)
- „Der letzte Guss“ einer Gießerei (2019)
- „Meinst du, die Russen wollen Krieg?“ (2019)
- „Alfred Hauser und Walter Vielhauer – zwei Antifaschisten“ (2019/2020)
- „Friedrich Engels“ zum 200. Geburtstag (2021)
- „Koffer voller Hoffnungen“ zu 60 Jahre türkische Migration in Deutschland (2021)

IM BERICHTSZEITRAUM HABEN WIR FÜNF BROSCHÜREN VERÖFFENTLICHT:

- „DGB gegen rechte Argumente“
- „Gewerkschaftlicher Strukturbericht Esslingen-Göppingen“ (2018)
- „Walter Vielhauer – Gewerkschafter und Widerstandskämpfer in Heilbronn“ (2019)
- „Friedrich Engels: Argumente eines Kritikers“ (2021)
- „Koffer voller Hoffnungen“ (2021)

Im Januar 2015 wurde BASIS – das Beratungszentrum für Arbeit und Soziale Gerechtigkeit – eröffnet. Leider mussten wir 2019 umziehen und befinden uns nun im Willi-Bleicher-Haus Stuttgart. Dort werden regelmäßig Beratungsstunden vorwiegend zu den Themen Arbeitslosigkeit, Hartz IV und sozialem Wohnen durch unsere gewerkschaftlichen Lots*innen durchgeführt. Beratungen finden statt. Teilweise mussten wir – coronabedingt – die Beratungsstelle schließen und die Hilfestellungen online durchführen.

Der jahrelange Kampf um den Erhalt des Hotels Silber (die ehemalige Gestapo-Zentrale für Württemberg-Hohenzollern) in Stuttgart als authentischem Lern- und Gedenkort war erfolgreich. Im Dezember 2018 konnte die Gedenkstätte eröffnet werden.

Erstmals wurde in Deutschland die Trägerschaft gleichberechtigt an Stadt, Land und – als Vertretung bürgerlichen Engagements – einer Initiative vergeben, bei der wir fester Bestandteil sind.

Prietenie heißt Freundschaft – Gewerkschaftsaustausch BNS/DGB

Seit 2008 pflegen wir einen gewerkschaftlichen Kontakt mit dem Dachverband der Rumänischen Gewerkschaften, dem BNS in Oradea in der Region Bihor. Neben dem freundschaftlichen, kulturellen und solidarischen Austausch von Kollegen*innen konnten wir das Thema duale Ausbildung weiter intensivieren. Seit 2017 wurde dort begonnen, dieses System umzusetzen. Die für die berufliche Ausbildung zuständigen Berufsschulen arbeiten mittlerweile in der Region Bihor mit über 30 Betrieben zusammen. Erfreulich ist auch, dass eine Ausbildungsvergütung mittlerweile durchgesetzt wurde. Unser aktuelles Projekt widmet sich den Bedingungen in der Fleischindustrie. In diesem Bereich arbeiten viele rumänische Kollegen*innen, teilweise unter widrigsten Umständen hier in Deutschland. Zusammen mit NGG, Faire Mobilität und dem BNS wollen wir Verbesserungen für die arbeitenden Menschen in der Fleischindustrie erreichen. Corona-bedingt konnte der Austausch 2020/21 leider nicht stattfinden.

Gemeinsam sind wir stärker – Bündnisse, Netzwerke und Gremienarbeit

Der DGB koordiniert die Benennung in viele Gremien in der Region, wie z.B. AOK, DRV-Berater*innen, ehrenamtliche Richter*innen, Prüfungsausschüsse, BBA HWK/IHK, Jobcenter-Beiräte, ESF-Arbeitskreise, Arbeitsagenturen. Hinzugekommen sind Beteiligungsbeiräte, wie regionale Ausbildungskonferenzen, Transformationsbündnis, Fachkräfte-Allianzen und Gesundheitskonferenzen.

Vielfältig sind auch die Aktivitäten in Netzwerken und Bündnissen, wie z.B. die Sozialforen in Heilbronn und Böblingen, das Bündnis „Ostalb gegen TTIP“ das „Regionale Bündnis für Arbeit“ im Ostalbkreis, der Regionale Friedensratschlag Ostwürttemberg

(Landkreise Heidenheim und Ostalbkreis), das Friedensbündnis Esslingen, das Zukunftsforum Stuttgarter Gewerkschafter*innen, sowie die vielen Bündnisse gegen rechts wie „Aufstehen gegen Rassismus“ Aalen und Schwäbisch Gmünd die immer wieder Flagge zeigen beim Aufmarsch von Nazis, Querdenkern, Verschwörungstheoretikern und Rechtspopulist*innen. In den Gremien gilt unser Augenmerk immer dem Grundsatz, die Interessen der Menschen, der Versicherten und der abhängig Beschäftigten zu vertreten.

Gelebte Demokratie – unsere Organisationswahlen

Seit der Neugründung der DGB Region Nordwürttemberg 2009 haben wir bei den jeweils anstehenden Organisationswahlen (2013, 2017, 2021) konsequent für jeden SV/KV auf Kreisdelegiertenkonferenzen gesetzt und konnten damit im Regelfall pro Konferenz bis zu 40 Kollegen*innen aller DGB-Gewerkschaften am DGB interessieren. Die Konferenzen haben zu guten Diskussionen geführt, den Austausch der Gewerkschaften untereinander befördert. Das führte zu einem größeren Verständnis für ehrenamtliches Engagement im DGB und für die gewerkschaftlichen Themen Arbeit und soziale Gerechtigkeit. Wer, wenn nicht wir – wo, wenn nicht hier – wann, wenn nicht jetzt!

Zukunft gestalten wir: unsere Stadt-, Kreis und Ortsverbände

STUTTGART

Der DGB-Stadtverband Stuttgart ist besonders aktiv beim friedenspolitischen und antifaschistischen Engagement in der Stadt und funktioniert als Scharnier zu vielen Netzwerken und Bündnissen in Stuttgart, beispielsweise bei den Themen Wohnen, Pflege und Gesundheit. Kultur spielt eine große Rolle und deshalb organisiert der SV laufend Kunst- und Kulturausstellungen mit musikalischer Umrahmung und Bildungsabenden. An prominenten Referent*innen waren z. B. zu Gast: der Philosoph Prof. Michael Brie (100. Todestag von Rosa Luxemburg), der Historiker Dr. Ulrich Schneider (Novemberrevolution 1918) und der Politikwissenschaftler Prof. Dr. Frank Deppe (100 Jahre

Acht-Stunden-Tag). Da das gewerkschaftspolitische Handlungsfeld in Stuttgart äußerst vielseitig ist, unterstützt der Stadtverband die Mitgliedsgewerkschaften regelmäßig bei Streiks und Veranstaltungen. BASIS – das Beratungszentrum für soziale Gerechtigkeit in Stuttgart, ist aus dem Engagement des DGB entstanden und bietet nun im Willi-Bleicher-Haus unkomplizierte Hilfe für Menschen in prekären Verhältnissen. Vorsitzender des Stadtverbandes ist Philipp Vollrath (IG Metall).

BÖBLINGEN

Zum Landkreis Böblingen gehören große Industriestandorte, an erster Stelle natürlich Daimler in Sindelfingen, aber auch IBM in Ehningen und Böblingen und viele weitere verarbeitende Betriebe in Leonberg, Herrenberg und den kleineren Orten. Es gibt entsprechend starke gewerkschaftliche Präsenz. Ein großes Gewicht haben IG Metall, ver.di und auch die GEW. 2012 wurde mit einem Bündnis der Europakongress initiiert. Seither findet einmal jährlich eine Veranstaltung statt mit den Schwerpunkten Europa von unten und soziale Kämpfe in den Nachbarländern. Aber auch bei kommunalen Themen ist der KV Böblingen hervorragend vernetzt mit den Betriebsseelsorgern, attac, Geflüchtetenhilfen und weiteren Organisationen. 2018 wurde die Tradition des Antikriegstags wieder aufgenommen. Klare Kante gab es am 15.02.2020 gegen den Landesparteitag der AfD, als der DGB-KV den Protest gegen alte und neue Rechte organisierte. Gemeinsam wird auch Front gemacht gegen die Ansiedlung von Amazon und den prekären Arbeitsplätzen, die nicht unserem Maßstab für gute Arbeit entsprechen. Vorsitzender des Kreisverbandes ist Joachim Nisch (IG Metall).

LUDWIGSBURG

Der Kreisverband Ludwigsburg hat sich erfolgreich dem DGB-Zukunftsdialog angeschlossen und setzt sich im Landkreis für eine Stärkung der Tarifbindung ein. Zu diesem Zweck gab es Gespräche mit lokalen Politiker*innen sowie eine Postkarte „Ich ♥ Tarifvertrag“, die in einigen Betrieben digital und händisch verteilt wurden, um Beschäftigte aus dem Landkreis zur Tarifbindung zu befragen. Der Kreisverband war weiterhin sehr aktiv in seinem Kampf gegen Rassismus, unterstützte Gedenktage und das Ludwigsburger Festival „MUT gegen rechts“.

Vorsitzender des Kreisverbandes ist Stefano Purificato (ver.di).

REMS-MURR

Der Rems-Murr Kreis ist in seiner gewerkschaftspolitischen Struktur besonders, weil er bis heute drei aktive Ortsverbände des DGB aufweist, welche jeweils eigenständig arbeiten (Fellbach, Schorndorf und Winnenden): Friedens-, Frauen- und Vormaiveranstaltungen werden jeweils von einer Ortsgruppe konzipiert und durchgeführt. Seit 2019 arbeitet der Kreisverband zudem an der Vernetzung der Mitgliedsgewerkschaften im Kreis zum Thema Gesundheit und konnte vor dem Klinikum in Winnenden Aktionen durchführen, die in guter Absprache mit ver.di stattfanden und auch von Daimler-Betriebsgruppen der IG Metall aus Untertürkheim unterstützt wurden. Nach wie vor ist der Rems-Murr-Kreis zudem geprägt durch breite antifaschistische Bündnisse, in denen viele Kolleg*innen mit unseren Partner zusammen aktiv sind. Vorsitzende ist Christa Walz (ver.di).



Miethäie dürfen von uns aus gerne aussterben! Bei einer Aktion im Juni 2021 in Esslingen haben wir für einen Mietestopp geworben.

ESSLINGEN-GÖPPINGEN

Im Doppelkreis Esslingen-Göppingen haben wir uns von 2017 (eSta) bis 2021 (Zukunftsdialog) darauf konzentriert, die wohnungspolitischen Fragen in der Region zu bearbeiten. Dafür haben wir die Wohnungslage in den Kreisen analysiert und verschiedene Forderungen formuliert. Seit 2019 gehen wir das Thema mit dem von uns initiierten Bündnis Wohnen an, welches inzwischen den Paritätischen, die Liga,

den Mieterbund, Alternatives Wohnen Esslingen und Einzelpersonen umfasst. Darüber hinaus haben wir in den vergangenen vier Jahren alle Wahlen (LTW, OB-Wahl Esslingen, BTW) kritisch begleitet mit unserem spielerischen Konzept des Wahlopoly sowie diverse Bildungsveranstaltungen durchgeführt. Außerdem haben wir die DGB-Strukturen wieder erfolgreich in die Fläche getragen. Nachdem 2017 kein 1. Mai in Kirchheim stattfand, haben wir 2021 nicht nur die bereits dritte 1. Mai Veranstaltung wieder in Kirchheim durchführen können, sondern zudem die Premiere einer 1. Mai Kundgebung in Geislingen feiern dürfen. Vorsitzender ist Gerhard Frank (ver.di).

MAIN-TAUBER

Im Main-Tauber-Kreis war im Berichtszeitraum die (Wieder-)Einführung und Konsolidierung der Veranstaltung zum Frauentag mit jährlich steigenden Besucher*innenzahlen ein wichtiger Baustein der Arbeit des DGB-Kreisverbandes. Außerdem hat sich auch eine jährlich im Main-Tauber-Kreis stattfindende Gedenkstunde zum 9. November (Reichspogromnacht) in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Kommunen bzw. Kirchengemeinden gut etabliert. Das jährlich im Januar stattfindende DGB/KAB/ANS-Seminar erfreut sich weiterhin großer Beliebtheit und hat jeweils auch die Grundlage für eine Veranstaltung zum Equal Pay Day gelegt. Die Mitarbeit im Netzwerk gegen rechts ist ebenfalls ein wichtiger Bestandteil des DGB im Kreis. Vorsitzende des Kreisverbandes waren Rolf Grüning und Sylke Fischer (beide IG Metall).

SCHWÄBISCH HALL

Schwerpunkt der Arbeit des Kreisverbandes Schwäbisch Hall ist das Thema Tarifbindung/Gute Arbeit, hier vor allem die Arbeitsbedingungen in der Fleischindustrie. Gemeinsam mit der NGG gab es wirkungsvolle Aktionen vor den Schlachthöfen im Landkreis. Zudem wurden öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen zu den weiteren Schwerpunkten des Kreisverbandes durchgeführt. Unter anderem der Kampf gegen rechts, union busting, Militarisierung, Bundeswehr an den Schulen und Arbeitsbedingungen in der Pflege.

Hier gab es regelmäßig Vorträge bzw. Filmvorführungen. Auf große Resonanz stießen die Ausstellungen

„Berufsverbote“ und „Frauen im Widerstand“, die im Schwäbisch Haller Rathaus gezeigt wurden. Einen großen Teil der Arbeit des KV umfasst zudem die Organisation von 1. Mai und Antikriegstag. Auch der Internationale Frauentag wird unter Federführung des DGB in einem großen Bündnis regelmäßig durchgeführt. Vorsitzender ist Siegfried Hubele (IG Metall).

HOHENLOHE

Der Kreisverband Hohenlohe beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit dem Thema bezahlbarer Wohnraum. Hier wurden bereits mehrere öffentlichkeitswirksame Aktionen in Öhringen und Künzelsau durchgeführt. Für die Mitglieder des KV ist die Begegnung mit den Menschen im öffentlichen Raum wichtig und dies führt zu vielen interessanten und wichtigen Diskussionen. Zudem wurden Vormaiveranstaltungen sowie thematische Vorträge durchgeführt. Fester Bestandteil der Arbeit des KV ist der Auftritt bei den Öhringer Stadtfesten, vor allem mit den Themen Rente und Wohnen. Im Rahmen des Internationalen Frauentags finden regelmäßig Verteilaktionen im gesamten Hohenlohekreis, vor allem in Alten- und Pflegeheimen statt. Auch die Unterstützung der Gewerkschaftsarbeit vor Ort ist ein wichtiger Teil der Arbeit des Kreisverbandes. Vorsitzender ist Ernst Kern (IG Metall).



Bernhard Löffler, Martin Kunzmann und Silke Ortwein beim Antikriegstag 2021 in Heilbronn.

HEILBRONN

In den vergangenen vier Jahren lag ein besonderer Schwerpunkt der Arbeit auf den beiden Bündnissen „MOBI-Netzwerk HNF“ und Netzwerk Wohnen, in denen die Themen des DGB-Zukunftsdialogs Wohnen und Mobilität aufgegriffen und bearbeitet



Auch in Aalen gab es 2021 eine Kundgebung am Antikriegstag.

wurden. Beide Bündnisse konnten sich zu profilierten Gesprächspartnern vor Ort entwickeln und die politische Meinungsbildung mit ihren Ideen und Lösungsansätzen aktiv beeinflussen. Im Bereich Rechtsextremismus/Faschismus konnte die Stadt Heilbronn als Mitveranstalter der Gedenkstunde bei dem KZ Neckargartach gewonnen werden. Eine Ausstellung sowie eine Broschüre wurde dem Leben und Wirken Walter Vielhauers, einem politisch aktiven KZ-Überlebenden, gewidmet. Besonders erlebbar konnte damit nicht nur das Wirken von Walter Vielhauer in der Vergangenheit, sondern auch die Wirksamkeit einer antifaschistischen Haltung bis in die Gegenwart dokumentiert werden. Vorsitzende ist Silke Ortwein (ver.di).

OSTALBKREIS

Im DGB-Kreisverband Ostalb existieren neben dem Kreisverband auch die beiden Ortsverbände Schwäbisch Gmünd und Ellwangen. In Aalen und Schwäbisch Gmünd finden regelmäßig 1. Mai Kundgebungen statt. Auch die DGB-Kundgebung zum Antikriegstag am 1. September in Aalen ist ein fester Termin und wird in der Region von Friedensaktivist*innen unterstützt.

In Aalen und Schwäbisch Gmünd ist der DGB-Kreisvorstand in vielen Bündnissen und Netzwerken aktiv und wirkt so in die Öffentlichkeit und bei anderen politischen Akteur*innen. Innerhalb der Bündnisse „Aufstehen gegen Rassismus“ Aalen und Schwäbisch Gmünd übernimmt der DGB die federführende Rolle, insbesondere bei den Protesten gegen rechts. Schwerpunkt im Rahmen des Zukunftsdialogs

bildeten die Aktivitäten des DGB-Ortsverbandes Schwäbisch Gmünd zu Tarifbindung: Zum einen wurde die geplante und dann am Ende nicht vollzogene Ansiedlung von Amazon problematisiert, zum anderen gemeinsam mit Mitgliedern im Gemeinderat eine Kampagne gefahren, um eine Rekommunalisierung der Reinigung von städtischen Gebäuden zu erreichen, was auch mit einem kleinen ersten Schritt in diese Richtung erfolgreich war. In Aalen gab es ge-

meinsame Projekte mit der KAB zum Thema Pflege und Tarifbindung. Vorsitzende sind im Wechsel Peter Yay Müller und Josef Mischko (IG Metall).

HEIDENHEIM

Im DGB-Kreisverband Heidenheim sind neben dem Kreisvorstand auch die DGB-Frauen Heidenheim und der DGB-Ortsverband Herbrechtingen aktiv. Die 1. Mai Kundgebungen finden regelmäßig in Heidenheim statt. 2018 und 2019 organisierte der DGB Heidenheim federführend in einem breiten Bündnis in der Stadt und in der Region die Proteste gegen den AfD-Landesparteitag, der zwei Mal in Heidenheim stattfand. Im Rahmen des Zukunftsdialogs widmete sich der Kreisverband dem Themenschwerpunkt Wohnen und ist seither im regelmäßigem Austausch mit dem Vorstand des Kreismietervereins Heidenheim, mit dem er zusammen kommunalpolitisch und presseöffentlich zu diesem Thema wirkt. Die DGB-Frauen führen jedes Jahr eine Frauentagsveranstaltung durch, die auch bei Vertreter*innen der Politik aus Gemeinderat, Kreistag, Landtag und Bundestag regelmäßig Beachtung findet. Der DGB-Ortsverband Herbrechtingen ist mit seinen Aktivitäten in der Stadt verankert, unter anderem mit seiner regelmäßigen Beteiligung am Lichtmessmarkt. Vorsitzender des DGB-Kreisverbandes ist Hans-Jörg Napravnik (IG Metall).

DANK

Der Dank gilt allen Ehren- und Hauptamtlichen in der Region. Sie haben die gewerkschaftlichen Themen im Interesse der Menschen voran gebracht. Deshalb sage ich gerne: Dank ist die höchste Form der Bitte, weiterzumachen.

DGB-Region Südbaden

Die Regionsgeschäftsstelle

Im Zusammenhang mit der Neuaufteilung der DGB-Regionen in Baden-Württemberg wurde die DGB-Region Südbaden um den Landkreis Konstanz erweitert. Mit ihren zwei Geschäftsstellen in Freiburg und Tuttlingen umfasst sie nun das gesamte Gebiet des Regierungsbezirkes Freiburg.

Von 2018 bis 2020 wurde das südbadische DGB-Team zusätzlich durch Peter Fischer unterstützt. 2019 wechselte Martin Holl in die DGB-Region Nordbaden und Hannah Nesswetter folgte auf ihm. 2020 ging Monika Krauß und 2021 Carola Radzom in den Ruhestand. Walburga Köllinger-Decker übernahm den Stellenanteil von Monika Krauß und Rolf Jerge kam in der Nachfolge von Carola Radzom aus der DGB-Region Nordbaden zu uns.

Im zurückliegenden Berichtszeitraum fanden Benennungen bzw. Wahlen zu den Organen der Selbstverwaltung und ehrenamtlichen Richter*innen statt. Vertreten sind wir in den:

- Berufsbildungsausschüssen der IHK Südlicher-Oberrhein, IHK Schwarzwald-Baar-Heuberg, IHK Hochrhein-Bodensee, Handwerkskammer Freiburg und Handwerkskammer Konstanz
- Vollversammlungen der Handwerkskammern Freiburg und Konstanz
- Verwaltungsausschüsse der Agenturen für Arbeit Offenburg, Freiburg, Lörrach, Rottweil Villingen-Schwenningen und Konstanz – Ravensburg
- Bezirksräte der AOK Südlicher-Oberrhein, Hochrhein-Bodensee und Schwarzwald-Baar-Heuberg
- Widerspruchsausschüssen und als Versichertenberater*innen bei den DRV Regionalzentren Offenburg, Freiburg und Villingen-Schwenningen
- Arbeitsgerichte Freiburg und Villingen-Schwenningen
- Sozialgerichte Freiburg und Reutlingen
- Finanzgericht Freiburg

2019 führte ein Impuls von der bezirklichen DGB-Klausur zu einer Strategieanpassung in der DGB-Region. Der Handlungsansatz wurde auf Zielgruppen nach Sinus-Milieus ausgerichtet und um die verstärkte Präsenz in den sozialen Medien ergänzt. Ausgezahlt hat sich diese Anpassung gerade während der Corona-Pandemie. Social Media und weitere Online-Aktivitäten konnten hier als Ersatz für Präsenztermine eingesetzt werden.

Die DGB-Kreis- und Stadtverbände

Die DGB-Kreis- und Stadtverbände sind politisch vielfältig aktiv und unterstützen, wenn möglich, die Gewerkschaften in Tarifrunden, bei Streiks und Betriebsversammlungen. Jeder Kreisverband hat, wie bezirksweit vereinbart, ein Thema des Zukunftsdialoges als Schwerpunkt ausgewählt. In allen Kreis- und Stadtverbänden fanden regelmäßig Veranstaltungen oder Aktionen zum internationalen Frauentag statt. Ebenfalls wurden Präsenz und Online-Aktionen zur Europa-, Landtags- und Bundestagswahl durchgeführt. Der Ausbau der Presse- und Lobbyarbeit sowie Social Media wurde flächendeckend vorangetrieben. Hier eine grobe Übersicht der Aktivitäten:

KREISVERBAND EMMENDINGEN/ORTSVERBAND WALDKIRCH

Vorsitzender: Alexander Kauz, IG Metall

- DGB-Zukunftsdialo – Schwerpunkt: Wohnen. Veranstaltung Bezahlbarer Wohnraum
- Veranstaltung: Die soziale Bedeutung des Krankenhauses (Diskussionsabend anlässlich der beabsichtigten Schließung eines Krankenhauses in Waldkirch, die letztlich nicht stattfand.)
- Veranstaltungen: Flüchtlinge – was kann vor Ort getan werden? | Befristungen und Leiharbeit | Antikriegstag
- Pendleraktion Rente

STADTVERBAND FREIBURG

Vorsitzender: Werner Siebler, ver.di

- DGB-Zukunftsdialo – Schwerpunkt: Wohnen. Initiative im Rahmen des Bürgerentscheids zum neuen Stadtteil Dietenbach
- Veranstaltung: Bezahlbarer Wohnraum – aber wie?
- Initiative an Stadtverwaltung und Gemeinderat: Vergabe öffentlicher Aufträge nur an tarifgebundene Unternehmen
- Veranstaltungen zu den Themen: Oberbürgermeisterwahl | Flüchtlinge | 100 Jahre Novemberrevolution |
- Veranstaltungs- und Ausstellungsreihe anlässlich des Jubiläums: 900 Jahre Stadt Freiburg mit dem Schwerpunkt: 170 Jahre Arbeiterbewegung in Freiburg
- Betriebs- und Personalrätenetzwerk mit diversen Veranstaltungen und Stammtischen

KREISVERBAND LÖRRACH

Vorsitzender: Thomas Schwieger, NGG

- DGB-Zukunftsdialo – Schwerpunkt Wohnen.
- Diverse Aktionen, Gespräche, Pressemeldungen, digitale Kampagne.

KREISVERBAND MARKGRÄFLERLAND

Vorsitzende: Claudia Mönig, IG Metall

- DGB-Zukunftsdialo – Schwerpunkt: Gesundheit; besonders ärztliche Versorgung im ländlichen Raum
- Themenabende: Rechtspopulismus unter der Lupe | Wohnen ist Menschenrecht – Genügend und bezahlbarer Wohnraum | Kandidierendenrunde anlässlich Europawahl
- Betriebs- und Personalrät*innen-Netzwerk mit diversen Veranstaltungen und Stammtischen
- Traditionell beteiligt sich der DGB-Kreisverband am Ostermarsch und den Markgräfler Friedenswochen.



Mit Spaß und Herz: Das Team in Südbaden stimmt sich auf die kommende Bundestagswahl ein.



KREISVERBAND ORTENAU

Vorsitzender: Guntram Stein, ver.di

- DGB-Zukunftsdialog – Schwerpunkt: Gesundheit. Aktionen, Gespräche, Pressemeldungen, digitale Kampagnen
- Pendleraktion zu den Betriebsratswahlen
- Ab 2018-2020: Neujahrsempfänge

KREISVERBAND ROTTWEIL

Vorsitzender: Ulrich Hertkorn, IG Metall

- DGB-Zukunftsdialog – Schwerpunkt: Gesundheit; besonders ärztliche Versorgung im ländlichen Raum; Pflege mit Aktionen, Gesprächen, Pressemeldungen, digitale Kampagne
- Veranstaltung im Bündnis zu 100 Jahre Demokratie
- Offene Stammtische mit bestimmten Schwerpunktthemen
- Besichtigung von Gedenkstätten zum Antikriegstag sowie alternative Stadtführung „Rottweil im Nationalsozialismus“
- BR/PR-Empfang
- Der Kreisverband ist Mitglied im lokalen Bündnis Forum Kirche Arbeitswelt

KREISVERBAND SCHWARZWALD-BAAR

Vorsitzender: Andreas Merz, ver.di

- DGB-Zukunftsdialog – Schwerpunkt: Wohnen. Veranstaltungen, Aktionen und Gesprächen mit der Wohnbaugesellschaft VS und dem Mieterbund

Veranstaltungen zu:

- Neue Regierung – was bedeutet das für die Beschäftigten
- Frauen in der Arbeitswelt – Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Was hat die Gewerkschaft erreicht?
- Rechtspopulismus – wie geht man damit um?
- Aktionen zum Tag gegen Gewalt an Frauen und Mädchen
- Gedenkfeiern zum Antikriegstag am Geschwister-Scholl-Platz in VS-Schwenningen
- Gemeinsam mit IG Metall Beteiligung an der Messe „Jobs for future“
- BR/PR-Empfang
- Beteiligung im Netzwerk gegen rechts sowie dem Frauenforum VS.

KREISVERBAND TUTTLINGEN

Vorsitzender: Edmond Jäger, GEW

- DGB Zukunftsdialog – Schwerpunkt: Mobilität. Im Dialog mit der Stadtverwaltung zum ÖPNV
- Umfrage in den Betrieben zum ÖPNV
- DGB-Info-Stand zum Internationalen Begegnungsfest
- Betriebs-Personalrät*innen-Empfänge
- Pressegespräch zu den Betriebsratswahlen
- Gemeinsam mit der IG Metall Info-Stand an der Ausbildungsmesse
- Foto Ausstellung und Besichtigung Gedenkstätte zum Antikriegstag
- Gespräch mit Betriebsrät*innen und dem OB zur OB-Wahl

KREISVERBAND WALDSHUT

Vorsitzende: Veronika Heine, IG BCE

- DGB-Zukunftsdialog – Schwerpunkt: Gesundheit. Im Dialog mit dem BR des Klinikums. Beteiligung an der DEMO Schließung einer Klinik
- Betriebs- Personalrät*innen-Empfänge
- Pressegespräch zu den Betriebsratswahlen
- Veranstaltung zum Arbeitsmarkt in Deutschland
- Betriebs- Personalrät*innen-Stammtisch mit regelmäßigen Treffen und Betriebsbesichtigungen mit BR/PR-Gesprächen

KREISVERBAND KONSTANZ

Vorsitzender: Klaus Mühlherr, GEW

- DGB-Zukunftsdialog – Schwerpunkt: Wohnen. Entwicklung einer Broschüre zum Wohnungsmarkt
- Regelmäßige Gesprächstermine mit dem OB zu aktuellen Themen
- Betriebs-Personalrät*innen-Stammtisch mit regelmäßigen Treffen und Betriebsbesichtigungen mit BR/PR-Gesprächen
- Antikriegstag – Ausstellung und regelmäßige Aktionen an den Gedenkstätten
- Grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Gewerkschaften aus der Schweiz und Österreich



Unser Team bringt sich voll ein und motiviert Kolleg*innen zum Mitmachen. Das war unsere Botschaft in den sozialen Netzwerken

Betriebliche Aktionen

Immer wieder gerne unterstützte das DGB-Team die Gewerkschaften bei betrieblichen Aktionen, Betriebsversammlungen, in Tarifrunden und bei Streiks.

Mit der NGG Region Schwarzwald-Hochrhein führte die DGB-Region Südbaden zudem ein gemeinsames Organizing-Projekt zur Erschließung einer Bäckereikette durch. Der Rückgriff auf die DGB-Strukturen (Regionsgeschäftsstelle und Kreisverbände) ermöglichte eine kontinuierliche und professionelle Ansprache der Arbeitnehmer*innen im weitläufigen Filialnetz. In den zwei Jahren, die das Projekt dauerte, entstand ein gut eingespieltes Organizing-Team, das die gewerkschaftliche Schlagkraft erhöhte.



Die Freiburger Hochschulgruppe beim Studiaktionstag

Hochschularbeit

Hannah Nesswetter hat im Oktober 2019 die Hochschularbeit übernommen. Es wurden zwei studentische Mitarbeiter*innen eingestellt, die die Beratung im Campus Office übernahmen und in der Studierendenarbeit halfen.

Im Zentrum stand die Zielgruppenarbeit in Kooperation mit den Gewerkschaften. Studiengänge wurden nur mit den Mitgliedsgewerkschaften erschlossen, um Studierende von Beginn an an die zuständige Gewerkschaft zu binden. Einmal pro Semester plante Hannah Nesswetter ein Treffen mit allen Mitgliedsgewerkschaften, um die Studierendenarbeit gemeinsam zu koordinieren und zu planen. In Absprache sprachen wir insbesondere zu Beginn des Studiums und gegen Ende des Studiums Studierende an.

Insbesondere mit der IG Metall wurden viele Aktionen gemeinsam koordiniert und umgesetzt. Das betraf sowohl Messen, Aktionen zu Wahlen und aktuellen politischen Ereignissen.

Die Zusammenarbeit mit der Fakultät Chemie in Freiburg wurde weiter gestärkt. Es fanden gut besuchte Veranstaltungen zu Einstiegsgehältern und Tarifverträgen in der Branche statt. Außerdem konnten Betriebsexkursionen etabliert werden. Diese fanden regelmäßig statt.

Es gibt eine Hochschulgruppe an der Universität Freiburg, die sich zweiwöchentlich traf und Veranstaltungen und Aktionen umsetzte.

Als DGB Südbaden sind wir Teil des ZfS Modul Service Learning der Universität Freiburg. Studierende können sich bei uns ehrenamtlich engagieren und erhalten dafür Credits. Auch zusammen mit der Akademiker*innen-Beratung der Arbeitsagentur wurden jedes Semester Veranstaltungen für Studierende angeboten.

Am Ende des Sommersemesters fand ein gewerkschaftliches Studi-Grillen statt, bei dem sich studentische Mitglieder vernetzten. Hier ist auch die Stipendiatengruppe der Hans-Böckler-Stiftung eingebunden.

VERANSTALTUNGSREIHE „DIE STILLE SCHREIT“ – EINE UNGLAUBLICHE GESCHICHTE

Ein Dokumentarfilm von Josef Pröll unter Mitarbeit von Miriam Friedmann M.A. | BRD 2019 | 74 Minuten | FSK: ab 12 Jahre

Der Film zeigt, wie die Nationalsozialisten zwei jüdische Augsburgere Familien systematisch verfolgten, enteigneten und in den Tod trieben. Ein Film, der Fragen aufwirft, die immer noch und leider wieder für die Gegenwart und unsere Zukunft von elementarer Bedeutung sind. Nach dem Film gab es Gesprächsrunden mit dem Regisseur Josef Pröll.

- 18.11.2019 - Forum-Cinemas Offenburg
- 19.11.2019 - Friedrichsbau Lichtspiele Freiburg
- 20.11.2019 - Kulturzentrum Nellie Nashorn Lörrach
- 25.11.2019 - Subiaco-Kino Schramberg
- 26.11.2019 - Kino Capitol VS-Schwenningen
- 27.11.2019 - Scala-Kino Tuttlingen

AUS DER GESCHICHTE LERNEN – VERSTÄNDNIS FÜR DEMOKRATIE UND GRUNDRECHTE

Qualifizierungsangebot für Lehrende für Besuch mit Schulklassen/Jugendgruppen in der Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers Natzweiler-Struthof.

Für Gedenkstättenbesuche im ehemaligen Konzentrationslager Natzweiler-Struthof haben Anja Zeitz vom DGB und Markus Sonnenschein, Klartext Bild&Bildung, das Konzept weiterentwickelt. Das Konzept und die Orientierungshilfe soll es Lehrenden vereinfachen, einen Gedenkstättenbesuch durchzuführen. Die Orientierungshilfe beinhaltet einen umfassenden Rundgang durch die Gedenkstätte, sowie Einheiten zur Vor- und Nachbereitung. Die Schwerpunkte liegen dabei auf den Themen: Vernichtung durch Arbeit, Abschaffung der Grundrechte, Rolle der Konzentrationslager, Welche Lehren ziehen wir aus dieser Zeit, Wertigkeit von Demokratie und Grundrechten sowie aktiv gegen neue Rechtspopulisten.

Die DGB-Region Südbaden bietet somit ein komplettes Angebot für Lehrende mit Schulklassen/Jugendgruppen zu diesem Thema an. Junge Menschen sollen so erfahren können, was es heißt, wenn ein verbrecherisches System die demokratischen Grundwerte mit Füßen tritt. Geschichte wird hier erlebbar und spürbar gemacht.

JOHANN GEORG ELSER „ICH HABE DEN KRIEG VERHINDERN WOLLEN!“ DER SCHREINER, DER HITLER TÖTEN WOLLTE!

Ein Gemeinschaftsprojekt des Hauptzollamtes Singen, der Stadtverwaltung Singen und der DGB-Region Südbaden. In Anknüpfung an das Qualifizierungsangebot „Verständnis für Demokratie und Grundrechte“ (siehe oben) sollte ein ähnliches Projekt für Auszubildende in einem Ausbildungsbetrieb entwickelt werden. Beim Georg Elser Gedenktag des Hauptzollamtes am 8.11.2019 in Konstanz konnte das Hauptzollamt für diese Idee gewonnen werden. Die Stadtverwaltung Singen stieg zeitnah mit ein und die ersten Konzeptideen wurden erstellt und vertieft. Das Projekt soll jährlich wiederholt werden und kann auch in andere Ausbildungsbetriebe übernommen werden.

- 11. Oktober 2021: Eröffnung der Georg Elser Ausstellung im Rathaus der Stadtverwaltung Singen
- 08. November 2021: Das Leben und die Geschichte von Georg Elser mit anschließender Stadtführung in Konstanz unter Beteiligung der Gedenkstätte Georg Elser Königsbronn
- 11. November 2021: Fahrt zur KZ-Gedenkstätte – Wir machen Geschichte erlebbar
- 16. November 2021: Aus der Vergangenheit für das gemeinsame Heute "Von Elser zur freiheitlich demokratischen Grundordnung" im Bildungszentrum Singen

DGB-Region Südwest- berg

Die DGB-Region Südwest-berg entspricht dem Regierungsbezirk Tübingen und umfasst den Stadtkreis Ulm und die Landkreise Alb-Donau, Biberach, Ravensburg, Reutlingen, Sigmaringen, Tübingen, Zollernalb und den Bodenseekreis. Charakteristisch für die Region ist die überwiegend ländliche Struktur mit wenigen städtischen Zentren. Die wirtschaftliche Dynamik und damit der Arbeitsmarkt sind geprägt von der regional unterschiedlichen Vielfalt der Branchen. Ein dauerhaftes Hemmnis liegt in der Verkehrsinfrastruktur, die vor allem bei nachhaltigen Mobilitätsformen einen hohen Investitionsbedarf aufweist.

In der DGB-Region Südwest-berg gibt es drei Geschäftsstellen (Ulm, Reutlingen und Ravensburg) und sechs Stadt- und Kreisverbände:

- KV Ulm-Alb-Donau, Vorsitzende Dr. Petra Wassermann (IG Metall)
- KV Biberach, Vorsitzender Herbert Kasperek (IG Metall)



Der Ulmer OB Gunter Czisch hatte bei seiner Schwörrede 2020 einen hervorragenden Blick auf das Gewerkschaftshaus. Foto: Südwestpresse/Volkmar Könneke

- KV Bodensee-Oberschwaben, Vorsitzender Manfred Heeb (ver.di)
- KV Sigmaringen, Vorsitzender Rudolf Christian (IG Metall, bis 2019), Jürgen Witt (ver.di, seit 2020)
- KV Reutlingen, Vorsitzender Matteo Scacciantè (IG Metall)
- KV Tübingen, Vorsitzende Angela Hauser (ver.di)
- Der KV Zollernalb befindet sich in Gründung, seine (zukünftigen) Mitglieder sind jedoch schon länger sehr aktiv.
- Der KV Konstanz (Vorsitzender Klaus Mühlherr, GEW) wechselte zum Jahresende 2020 in die Region Südbaden.

Die Pandemie hat die Arbeit der Stadt- und Kreisverbände kurzzeitig ins Stocken, aber nicht zum Stillstand gebracht. Sehr schnell wurde digital gearbeitet und viele Veranstaltungen wurden aus den Sälen und von den Plätzen auf die Monitore gebracht. Dafür gebührt allen unseren Ehrenamtlichen große Anerkennung und ein herzliches Dankeschön.

Kreisverband Biberach

Vor allem in den vergangenen beiden Jahren sind die Aktivitäten des Kreisverbands durch Corona stark eingeschränkt gewesen. Trotzdem wurde mehrfach das Thema Rente platziert, und im Rahmen des Zukunftsdialogs das Thema Verkehr. Hier haben wir gemeinsam mit anderen Gruppen Unterschriften für den durchgängigen Bahnverkehr von Ulm nach Friedrichshafen gesammelt und uns mit dem Verkehrskonzept der Stadt Biberach befasst. Unverhofft erfolgreich war der Kreisverband mit Umweltthemen: sowohl der Umwelttag im Herbst 2020 zu „Bienenpflanzen“ und der Umwelttag 2021 zu „Unser Wald im Klimawandel“ wurden richtige Publikumsrenner. Auch das gewerkschaftsübergreifende

Netzwerk der Betriebs- und Personalräte der Region Biberach konnte mehrfach politische Botschaften platzieren. Im Herbst 2020 gab es eine gemeinsame Erklärung zu den wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie, im Frühjahr 2021 zur Situation auf dem Ausbildungsmarkt. Sowohl zur Landtags- wie zur Bundestagswahl gab es (hybride) Podiumsdiskussionen und regelmäßigen Kontakt zu den Vertreter*innen der Kommunalpolitik und der Parlamente.

Eine besondere Herausforderung war der 1. Mai 2021 unter Coronabedingungen, der „gut beschirmt“ und mit einer erfreulichen Zahl Teilnehmender auf dem Biberacher Marktplatz stattfand.

Kreisverband Ulm/Alb-Donau

Auch in Ulm wurde im Rahmen des Zukunftsdialogs das Thema Verkehr bearbeitet, bevor es durch den Lockdown zum Erliegen kam. Die Veranstaltung „Mobilität zwischen Anspruch und Wirklichkeit“ im April 2020 musste abgesagt werden. Die Umstellung auf digitale oder hybride Formate gelang recht schnell, beim Antikriegstag 2020, der Bündnisveranstaltung zur Woche der Armut 2020 oder bei Online-Seminaren im Rahmen der Bündnisarbeit gegen rechts. Umgeplant werden musste bei der Ausstellung „100 Jahre Haus der Gewerkschaften in Ulm“. Zunächst von 2020 auf 2021 verschoben, konnte im Juni nur drei Wochen geöffnet werden, eine Verlängerung für den Herbst 2021 ist eingeplant.



Kreisverband Reutlingen

Der Kreisverband hat sich neben dem 1. Mai und dem Frauentag in die Diskussion um fehlenden bezahlbaren Wohnraum in der Stadt eingebracht. Vor Corona fanden mehrere Podiumsdiskussionen zu dem Thema statt; während der Pandemie gab es Fotoaktionen vor dem Rathaus und Gespräche mit den kommunalpolitischen Akteur*innen. Mit dem „Leerstandsmelder“ wies der KV auf eine drängende städtische Baustelle hin.

Die Markttag wurden und werden gerne für gewerkschaftliche Infostände genutzt, denn hier kommen wir mit den Menschen entspannt ins Gespräch.

Die Tradition des Betriebs- und Personalrät*innen-Empfangs wurde 2019 wieder aufgenommen; leider blieb diese Veranstaltung bisher einmalig – Corona lässt grüßen.

Im Berichtszeitraum war der DGB-Kreisverband maßgeblich am Aufbau eines funktionierenden Bündnisses gegen rechts beteiligt, nachdem es in der Vergangenheit immer mal wieder zu Unstimmigkeiten zwischen den beteiligten Organisationen und Gruppen gekommen war. Schwerpunkt dieser Bündnisarbeit ist der Protest gegen die AfD, die ihren Neujahrsempfang nur noch unter großem Polizeiaufgebot und mit lautstarker Gegenwehr abhalten konnte.

Der 1. Mai in Reutlingen ist über die Stadtgrenzen hinaus bekannt und immer sehr gut besucht; eine große Zahl ehrenamtlich aktiver Kolleg*innen sorgt für ein gutes Gelingen und beste Stimmung.

Kreisverband Sigmaringen

Der KV Sigmaringen hat sich im Rahmen des DGB-Zukunftsdialogs des Themas Verkehr angenommen, denn der öffentliche Personennahverkehr ist mangelhaft und bildet keine Alternative zum motorisierten Individualverkehr. Mit Infoständen und einer Klagemauer aus Kartons wurde auf das Problem aufmerksam gemacht. Zudem wurden die Wünsche der Bevölkerung abgefragt.



Was kann man im Kreis Sigmaringen besser machen? Der Kreisverband hat die dringenden Anliegen auf einer Klagemauer festgehalten.

Als der größte Arbeitgeber vor Ort, die Zollern-Unternehmensgruppe, aus dem Arbeitgeberverband austreten wollte, waren die KV-Mitglieder vor Ort und mitten drin – beim Warnstreik und bei der Kundgebung.

Der KV richtet den 1. Mai am 30. April aus. Bei dieser Vormaiveranstaltung kommen immer wieder Gäste aus der Landes- und Bundespolitik und auch die Rednerliste ist prominent besetzt: Das IG-Metall-Vorstandsmitglied Hans-Jürgen Urban und der DGB-Landesvorsitzende Martin Kunzmann seien hier beispielhaft genannt. Ein Höhepunkt der politischen Arbeit vor Ort stellt traditionell der Frauentag dar. So wurde 2019 mit einer bekannten Kabarettistin gemeinsam gefeiert und es kamen 100 Besucher*innen. Ein wichtiger Gedenktag ist der 1. September. Jedes Jahr besucht der KV einen lokalen Erinnerungsort und gedenkt Menschen, die während des Dritten Reiches und im Zweiten Weltkrieg unermessliches Leid erlebt haben.

Kreisverband Tübingen

Der Kreisverband mischt sich traditionell stark in die Kommunalpolitik ein. Themen wie Gesundheitsversorgung, Hochschulpolitik, Cyber Valley oder die

geplante Innenstadtstrecke der Regionalstadtbahn werden intensiv und auch durchaus kontrovers diskutiert. Veranstaltungen, z. B. zur Landtags- oder Bundestagswahl, stoßen sowohl bei den Kandidierenden als auch beim Tübinger Publikum auf großes Interesse. Am 1. Mai gibt es im Vorfeld der Kundgebung traditionell einen Demozug.

Kreisverband Bodensee-Oberschwaben

Der Kreisverband ist Gründungsmitglied im Bündnis gegen Armut Ravensburg und hat sich schon früh dem Thema Wohnen gewidmet. Bei mehreren Veranstaltungen wurden Gemeinderät*innen und Verwaltung befragt und Best-Practice-Beispiele vorgestellt. Ein weiteres Thema aus dem Zukunftsdialog war Mobilität. Hier stand die Forderung nach einem Mobilitätsmix im Mittelpunkt und damit einhergehend der Erhalt des Bodensee-Airports Friedrichshafen.

Auch das Eintreten für Frieden und Abrüstung und gegen Faschismus und Rassismus steht für den Kreisverband traditionell auf der Agenda. Jährlich wird am Tag der Befreiung ein Kranz niedergelegt und ein breites Bündnis plant eine öffentlichkeitswirksame Veranstaltung zum Antikriegstag, z. B.

einen Stadtspaziergang durch Friedrichshafen, bei dem auf historische Orte aufmerksam gemacht wird.

Kreisverband Konstanz

Auch der Kreisverband Konstanz hat sich den Themen Wohnen und Mobilität gewidmet. An Infoständen in den Innenstädten von Singen und Radolfzell wurden Passant*innen sensibilisiert und um ihre Meinung gebeten. Der 70. Geburtstag des Grundgesetzes 2019 wurde in der Singener Fußgängerzone gebührend gefeiert.

Die Zuständigkeit für den Kreisverband wechselte im Oktober 2020 in die Region Südbaden.

Kreisverband Zollernalb

Formal steht die Gründung des Kreisverbandes noch aus, nichtsdestotrotz ist im Zollernalbkreis ein sehr engagierter Kreis von Gewerkschafter*innen aktiv. Traditionelle Veranstaltungen sind der Antikriegstag und Podiumsdiskussionen zu den Landtags- und Bundestagswahlen. Eine eigene 1. Mai Veranstaltung gibt es bisher nicht, weil der ländlich geprägte

Landkreis eine zentrale Kundgebung erschwert und deshalb zu den umliegenden Veranstaltungen in Tübingen, Reutlingen, Sigmaringen und Tuttlingen eingeladen wird.

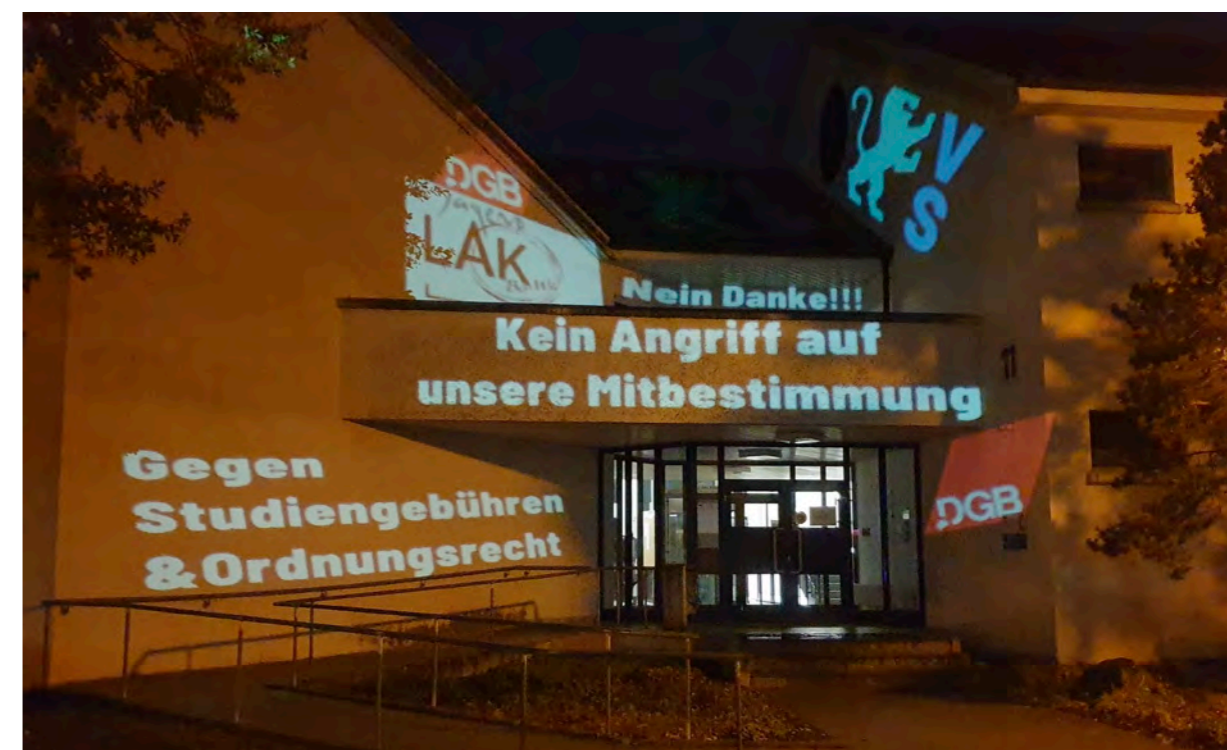
Zum Jubiläum des Grundgesetzes fand auf dem Balingen Marktplatz eine Aktion statt, bei der viele Gespräche rund um das Thema Demokratie geführt wurden.

Die DGB-Jugend in der Region

Im Rahmen des Zukunftsdialogs fand in Ulm ein alternativer Stadtrundgang zu bezahlbarem Wohnraum statt. Eingeladen waren vor allem Studierende, doch teilgenommen haben auch ältere Ulmer Bürger*innen und junge Familien, so dass sich ein reger Austausch über die Generationen und Lebensverhältnisse hinweg entwickelte.

Zur Bundestagswahl 2021 lud die DGB-Jugend coronakonform in den Hof des Gewerkschaftshauses ein, um gemeinsam den Livestream der DGB-Jugend auf Bundesebene zu verfolgen und zu diskutieren. Der Einladung folgten etwa 50 junge Gewerkschafter*innen.

Beim Studiaktionstag leuchten klare Botschaften an der Hochschule Ravensburg-Weingarten.





Forum Soziale Technik- gestaltung

Dreißig Jahre Forum Soziale Technikgestaltung

Ziele und Gestaltungsansätze

Das Forum Soziale Technikgestaltung (FST) versteht sich als Baustein des Wissens- und Erfahrungstransfers für die Vermittlung von Orientierungswissen. Das FST „übersetzt“ in moderierten Prozessen komplexes technisches Fachwissen in die Lebenswelt des arbeitenden Menschen und trägt umgekehrt erfahrungsgeprägte Gestaltungsanforderungen aus der Arbeitswelt selbstbewusst in Wissenschaft, Forschung und Entwicklung hinein. Das FST hat u.a. an zahlreichen Technikprojekten von EU, des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF), des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi), des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS), etwa „Prävention 4.0“ und „ICU“, und der Landesregierungen mitgewirkt sowie selbst viele Vorhaben angestoßen.

Die FST-Beteiligten bringen Fachwissen und Erfahrungswissen ein, aus Betrieben und Verwaltungen, aus Wissenschaft und Technik, aus Gewerkschaften und Fachverbänden, aus Hochschulen und Forschungseinrichtungen, aus Industrie und Dienstleistung, aus Handwerk und Kommunen, aus Bildungseinrichtungen und sozialen Trägern, aus Online-Communities und Crowds, aus Kunst und Kultur. Das FST arbeitet aufklärerisch und unvoreingenommen, offen und plural, dezentral vor Ort und online, kommunikativ und zumeist projektorientiert. Ein elektronischer Informationsrundbrief in unregelmäßigen Abständen ermöglicht weitgehende Transparenz und lädt zu verschiedenen Aktivitäten vor Ort ein. Seine 200. Ausgabe erschien im Januar 2021. Das Forum kooperiert mit vielen Fachnetzwerken anderer Interessensgruppen. Die Arbeit des Forums wurde mehrfach ausgezeichnet.

Der Aufbau und die Stärkung von Gestaltungskompetenz auf Seiten von Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräten, Vertrauensleuten und Beschäftigten stellen die Kernaufgabe des Personennetzwerkes Forum Soziale Technikgestaltung beim DGB Baden-Württemberg dar. Seit 30 Jahren begleitet und unterstützt das offene und ehrenamtliche Netzwerk die Handelnden in den Arbeitswelten der Industrie, der privaten und öffentlichen Dienstleistungen, der großen und kleinen Betriebe, des Handwerks und der Kommunen wie auch Selbstständige. Die Gestaltung digital-virtueller Arbeitsumgebungen und die Humanisierung der Arbeitswelt bilden das Hauptanliegen von mehr als 4.650 Frauen und Männern, die aus unterschiedlichen Erfahrungshintergründen ihre Kompetenzen einbringen. Das Forum praktiziert einen kooperativen Ansatz der Technikgestaltung. Dabei begegnet sich das intuitive Erfahrungswissen der Beschäftigten auf gleicher Augenhöhe mit dem Fach- und Sachwissen. Das kooperative Vorgehen stellt gerade für die Einführung von digital gestützten Arbeitswelten eine große Chance dar.

Das FST wurde am 7. Okt. 1991 in Stuttgart gegründet. Die Gründung wurde von dem damaligen DGB-Landesvorsitzenden Siegfried Pommerenke, dem damaligen IG Metall-Bezirksleiter Walter Riester, dem damaligen Vorsitzenden der GEW Baden-Württemberg Rainer Dahlem und von der damaligen ÖTV-Vorsitzenden Monika Wulf-Mathies unterstützt. Zu den späteren besonderen Vortragsgästen zählten u. a. die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler Joseph Weizenbaum, Frieder Naschold, Hajo Braczyk, Hans-Jörg Bullinger, Jutta Rump, Ortwin Renn, Sabine Pfeiffer, Ralf Reichwald, Kira Stein und Constanze Kurz. Zum zehnjährigen Bestehen hielt Berthold Huber, der damalige Bezirksleiter der IG Metall Baden-Württemberg, die Festrede.

Das FST arbeitet eng mit verschiedenen Gewerkschaften zusammen – mit IG Metall, ver.di, IG BCE, NGG, GEW, GdP, IG BAU und selbstverständlich mit dem DGB. Das Forum Soziale Technikgestaltung wird als horizontales Netzwerk seit seiner Gründung ehrenamtlich geleitet sowie moderiert von Welf Schröter.



Gründung des Netzwerks Sozialer Zusammenhalt in digitaler Lebenswelt.

„Der mitbestimmte Algorithmus“ – Schwerpunkt der FST-Aktivitäten

Technische Innovationen benötigen soziale Innovationen. Technische und soziale Innovationen bedürfen der Partizipation. Gute Partizipation ist nicht nur gewährte empfehlende Beteiligung, sondern vor allem auch rechtlich abgesicherte verbindliche Mitbestimmung. Die Einführung komplexer algorithmischer Systeme (auch autonome Software-Systeme oder KI-Anwendungen genannt) in den Betrieben, Dienstleistungszusammenhängen und Verwaltungen sind vom Grundsatz her mitbestimmungspflichtig. Den Beschäftigtenvertretungen kommt bei den Implementierungsprozessen eine wesentliche Rolle zu.

Der digitale Wandel der Betriebe und der digitale Wandel der Arbeitswelten gelingen eher dann, wenn Beschäftigung nicht nur bestimmt, sondern qualitativ und rechtsbasiert mitbestimmt wird. Mitbestimmung wird somit zu einem Erfolgskriterium des technischen, klimaneutralen und sozialen Umbaus der Arbeitswelten. Dieser Erfahrungswert liegt den

Prozessen der Gestaltung mehrschichtiger Digitalisierungen zugrunde: Die Mitbestimmung über den Einsatz akzeptabler Technologien erweitert sich um die Mitbestimmung der Gestaltung algorithmischer Steuerungs- und Entscheidungssysteme. Es geht nicht mehr allein um die äußere Mitbestimmung der Anwendung von komplexen Algorithmen, sondern um die Verankerung der Mitbestimmung innerhalb (!) der mathematischen und mathematisierenden Software-Systeme selbst. Das Projekt „Der mitbestimmte Algorithmus“ will neue Wege der Mitbestimmung eröffnen, erweitern und exemplarisch praktisch beschreiten.

Wer wie das gewerkschaftliche Personennetzwerk FST sich seit dreißig Jahren mit der partizipativen Gestaltung digitaler Arbeitswelten befasst, sieht sich mit unterschiedlichen Stufungen der Digitalisierung und unterschiedlichen Vertiefungen von notwendiger Mitbestimmungspraxis konfrontiert. Der klassische und auch traditionsbehaftete Weg der Mitbestimmung konzentriert sich auf das Wechselverhältnis zwischen Mensch und Technik, zwischen Anwendenden und Display, zwischen „User“ und

„Front end“. Damit waren vor allem die Ergonomie, der Gesundheits- und Arbeitsschutz, die Prävention, die Qualifizierung, die Beschäftigungssicherung, die Arbeitsorganisation, der Datenschutz etc. gemeint. Soziale Technikgestaltung bezog sich zumeist auf die äußerliche Einbettung neuerer digitaler Lösungen in den Prozess des Arbeitens.

Mit dem Aufkommen der „Digitalisierung hinter der Digitalisierung“ durch algorithmische Steuerungs- und Entscheidungssysteme entfaltet sich das Spannungsverhältnis von tradierter geprüfter „Assistententechnik“ hin zu komplexen neuen Software-Systemen, denen eine Handlungsvollmacht erteilt werden kann. Es lassen sich verbindliche Vollmachtserteilungen auf Software-Systeme übertragen, d.h. delegieren. Neben die „Assistententechnik“ tritt das Potenzial der „Delegationstechnik“ (Schröter). „Delegationstechnik“ aber benötigt einen erweiterten Ansatz sozialer Gestaltung und Mitbestimmung. Denn nicht unwesentliche Teile der „Delegationstechnik“ lassen sich nach ihrem Start nicht mehr oder nur mit sehr hohem Aufwand (Kosten) korrigierend gestalten.

Große Teile der „Delegationstechnik“ sind nicht mehr die gewohnten, statisch festgelegten Software-Werkzeuge, die nur Updates und Upgrades erfahren. Große Teile der Software-Systeme der „Delegationstechnik“ sind zunehmend „sich selbstverändernde Werkzeuge“ (FST), die auch von exzellenten IT-Teams kaum mehr zurückgedreht oder zurückgeholt werden können. Damit wird klar, dass soziale Technikgestaltung und Mitbestimmung vor (!) der Implementierung von „Delegationstechnik“ ansetzen müssen. Gestaltung und Mitbestimmung müssen ihre Standards direkt in den Algorithmen und in der Ganzheit algorithmischer Steuerungs- und Entscheidungssysteme verankern und integrieren. Dieser Ansatz ist der Kern der „vorausschauenden Arbeitsgestaltung“ (Schröter) solcher Systeme. Daher schlägt das FST im Projekt „Der mitbestimmte Algorithmus“ die diskursive Beratung und Bewertung der darin vorgelegten dreißig generischen Gestaltungskriterien sowie die Einübung moderierter Spezifikationsdialoge als Weg zu einer neuen Aus Handlungspraxis vor.



www.blog-zukunft-der-arbeit.de

Ausgewählte Gestaltungsiniciativen

Das FST brachte eine Reihe von Gestaltungsprojekten und Gestaltungsiniciativen auf den Weg. Eine Auswahl:

- Aus einer Folge von Experimentierworkshops mit Kolleg*innen aus Betriebs- und Personalräten sowie aus der Wissenschaft entstand das Simulationsplanspiel „BABSSY“ (Betriebsratsarbeit auf Basis autonomer Software-Systeme). Das Vorhaben erleichtert als ganztägiger Schulungsbaustein Kolleg*innen den Einstieg in die Welt „algorithmischer Steuerungs- und Entscheidungssysteme“ (sogenannte Künstliche Intelligenz). Der Schulungsbaustein wurde in Betriebsratsschulungen integriert.
- Das Betriebsrätenetzwerk ZIMT – gemeinsam getragen von der IG Metall Heidelberg und dem FST – führte u.a. zwei mehrteilige Online-Veranstaltungsreihen zur Praxis mobiler Arbeit („Hurra – das Homeoffice ruft!“ – Wenn die Arbeit uns nach Hause folgt. Tipps – Erfahrungen – Hilfestellungen“) durch. Siehe die online verfügbaren Praxishinweise in „Ja zum Homeoffice – Nein zum Abbau sozialer Standards“ (<http://www.blog-zukunft-der-arbeit.de/tag/homeoffice/>)
- Das 2017 gegründete Netzwerk „Sozialer Zusammenhalt in digitaler Lebenswelt“ weitete seine Aktivitäten mit Fachtagungen (in Kooperationen mit der Evangelischen Akademie Ball Boll und der Landeszentrale für politische Bildung) und

zahlreichen mehrteiligen Online-Workshop-Reihen aus: „Digitaler Sommer-Frühshoppen 2020: Bildung – Arbeit – Miteinander: Impulse für solidarische Gestaltungsansätze und soziale Innovationen in der digitalen Lebenswelt“, „Der Mensch muss im Zentrum stehen – Beschäftigte gestalten Technik und Arbeitswelt“ und „Kristalle der Hoffnung – Kristalle der Utopie“ (Gründungsmitglieder des Netzwerkes: BAG EJSA, Fritz-Erler-Forum / Friedrich Ebert Stiftung Baden-Württemberg, Heinrich-Böll-Stiftung Baden-Württemberg, GEW Baden-Württemberg, ver.di Baden-Württemberg, DGB Baden-Württemberg und Forum Soziale Technikgestaltung).

- Im BMBF-Projekt „Internes Crowdsourcing im Unternehmen“ (ICU) schufen der Konzernbetriebsrat der GASAG-Gruppe und die Konzernleitung unter Begleitung des FST die „Lebende Konzernbetriebsvereinbarung“ für plattformbasiertes internes Crowdsourcing und „agiles kooperatives Changemanagement“.
- Zur Stärkung der Weiterbildung im Handwerk und zur Verbesserung der Beteiligungsmöglichkeiten in Stukkateurbetrieben wirkt das FST als Partner mit im BMAS-INQA-Projekt „DigiGAAB“ (Digital unterstützter Gesundheits- und Arbeitsschutz im Arbeitsprozess Bau). Siehe: <https://digigaab.stuckkomzet.de/>
- Die Veranstaltungsreihe „Arbeitswelt trifft Philosophie – Philosophie trifft Arbeitswelt“ (konzeptionell gestartet im Jahr 1997) wurde mit jährlichen Workshops fortgeführt. Kolleg*innen aus Beschäftigtenvertretungen und gewerkschaftsnahe

Stimmen aus der Wissenschaft trafen sich zu gesellschaftspolitischen Dialogen. Der Jubiläumsworkshop zu „Zwanzig Jahre Arbeitswelt trifft Philosophie – Philosophie trifft Arbeitswelt“ fand im Jahr 2017 mit dem Thema „Autonomie des Menschen – Autonomie der Systeme“ statt. Die Reihe wurde 2021 fortgesetzt.

- FST war und ist seit über einem Jahrzehnt Partner in den INQA-Netzwerken „Offensive Gutes Bauen“ und „Offensive Mittelstand“.
- Das FST startete seinen Video- und Audio-Kanal auf YouTube mit Vorträgen zur Gestaltung digitaler Arbeitswelten.
- Der Begleitung der FST-Arbeit dient der „Blog Zukunft der Arbeit“ (www.blog-zukunft-der-arbeit.de). Dort finden sich die Liste der Buch-Veröffentlichungen aus der Arbeit des FST sowie die Audio- und Videobeiträge. Siehe: <http://www.blog-zukunft-der-arbeit.de/publikationen>



Finanz- bericht

Der DGB-Bezirk Baden-Württemberg erhält Haushaltsmittel vom DGB-Bundesvorstand zur Finanzierung der Sachausgaben. Aufgrund der positiven Mitgliederentwicklung sind die Haushaltsmitteleinnahmen in den vergangenen vier Jahren leicht gestiegen.

Der DGB Baden-Württemberg hat in den vergangenen Jahren gut gewirtschaftet, so dass die Ausgaben durch die Einnahmen gedeckt wurden. Das deutliche Defizit im Jahr 2017 war geplant, weil der 1. Mai letztmalig in voller Höhe vom DGB finanziert wurde. Durch das Defizit haben wir, wie vom Bezirksvorstand gefordert, den Haushaltsmittelbestand reduziert. In den darauffolgenden Jahren wurde der 1. Mai gemeinsam mit den Mitgliedsgewerkschaften finanziert. Die finanzielle Entlastung bildet sich deutlich in den positiven Jahresergebnissen ab. Das Haushaltsjahr 2020 hat pandemiebedingt zu ungewollten Einsparungen (Veranstaltungen/Reisekosten) geführt, die uns in den kommenden Jahren einen finanziellen Puffer verschaffen.

Insgesamt wurde in den vergangenen Jahren verstärkt darauf geachtet, sinnvolle Einsparungen bei den Verwaltungskosten vorzunehmen. Ziel war, mehr Budget für die politische Arbeit zur Verfügung zu haben. Hier hat sich auch das neu eingeführte Controlling als hilfreich erwiesen.

Die Revisionskommission des DGB-Bezirk Baden-Württemberg hat in dem Berichtszeitraum die vorgesehenen Revisionen durchgeführt. Die Revisionsberichte beinhalten keine gravierenden Beanstandungen und wurden dem DGB-Bundesvorstand zur Kenntnis vorgelegt. Ein mündlicher Bericht wird der Konferenz durch den Sprecher der Revisionskommission erstattet.

Finanzbericht

	2017	2018	2019	2020
Einnahmen				
Haushaltsmittel vom Bundesvorstand	1.375.000,00	1.386.000,00	1.406.000,00	1.444.000,00
sonstige Einnahmen	21.375,42	20.840,71	23.342,56	14.567,99
Einnahmen und Erstattungen	14.395,72	14.349,53	14.470,26	7.209,77
Zinseinnahmen	9,40	164,72	78,74	60,42
Einnahmen gesamt	1.410.780,54	1.421.354,96	1.443.891,56	1.465.838,18
Ausgaben				
Bezirksverwaltung				
Verwaltungskosten	907.222,26	851.273,47	933.317,78	954.415,87
Konferenzen und Tagungen	55.790,41	38.552,29	36.459,91	28.781,30
PG Jugend	37.717,99	81.253,11	50.800,84	28.590,34
PG Frauen	28.467,65	22.542,53	18.718,18	18.893,35
Arbeitskreise	3.808,64	5.015,37	4.087,55	8.028,12
Bildungsarbeit	8.948,42	16.119,11	9.953,31	6.235,92
Sozialpolitik	1.232,97	435,25	80,80	9.110,65
Veranstaltungen/Aktionen	527.305,12	296.568,21	334.328,16	255.030,13
Summe politische Arbeit	663.271,20	460.485,87	454.428,75	354.669,81
Ausgaben gesamt	1.570.493,46	1.311.759,34	1.387.746,53	1.309.085,68
Jahresergebnis wGB *	-39.114,43	-41.633,57	-20.670,24	-68.266,85
Jahresergebnis KV / SV	-29.110,52	37.546,34	39.451,81	48.762,02
Ausgaben	1.541.382,94	1.349.305,68	1.427.198,34	1.357.847,70
Einnahmen	1.410.780,54	1.421.354,96	1.443.891,56	1.465.838,18
Gewinn/Verlust	-130.602,40	72.049,28	16.693,22	107.990,48

* wGB = wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb

Erledigungs- vermerke

	Antragstext / Arbeitspakete	Maßnahmen
A001 Leit-antrag + Material	Die digitale Transformation sozial-ökologisch gestalten Der DGB Baden-Württemberg verfolgt das Leitbild einer sozial und ökologisch nachhaltigen Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft mit den Zielen, gute und sichere Arbeitsplätze zu erhalten und zu schaffen sowie Beschäftigte und ihre betrieblichen und gewerkschaftlichen Interessenvertretungen als zentrale Akteur*innen anzuerkennen und zu beteiligen. Der DGB Baden-Württemberg wird diese Zielsetzung auch in Zukunft gegenüber der Landesregierung, Verbänden und Arbeitgeber*innen mit Nachdruck vertreten und damit arbeitnehmerorientierte Aspekte in die Industrie- und dienstleistungspolitischen Debatten einbringen.	Mit einer Vielzahl von Veranstaltungen, Konferenzen und Hintergrundgesprächen war der DGB Baden-Württemberg mit den verschiedenen Akteuren der Politik im stetigen Austausch. Mit Veranstaltungen, wie den regelmäßigen Betriebs- und Personalräteempfangen, der Halbzeitbilanz der grün-schwarzen Landesregierung, der Feier zu 70 Jahre DGB und der Europa-Konferenz hat sich der DGB Baden-Württemberg für eine soziale und ökologische Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft stark gemacht. Ein besonderer Schwerpunkt lag auf der Landtagswahl 2021, in deren Vorfeld der DGB Baden-Württemberg sich mit einer Vielzahl von Veranstaltungen in die öffentliche Debatte eingebracht hat. So ist es gelungen, dass die aktuelle Koalitionsvereinbarung viele wichtige Punkte enthält, für die sich der DGB Baden-Württemberg über die vergangenen vier Jahre eingesetzt hat, etwa beim Thema Ausbildung, Tarifbindung, Vergabe, Mobilität und Wohnen.
	Der DGB Baden-Württemberg und seine Stadt- und Kreisverbände bringen sich aktiv in die Diskussionsprozesse regionaler Strukturpolitik vor Ort und im Land ein und vermitteln auch zwischen konkurrierenden Interessen, beispielsweise bei der Flächen-nutzung oder Industrieansiedlung.	Mit dem Projekt eSta (Regionale Strukturpolitik und Daseinsvorsorge) hat sich der DGB Baden-Württemberg bereits 2018 auf den Weg gemacht, an acht Projektstandorten lokalpolitische Themen zu identifizieren und diese unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen vor Ort voranzubringen. Diese Erfahrungen sind in die Gestaltung und Umsetzung des DGB Zukunftsdialogs eingeflossen. Im Rahmen des Zukunftsdialogs hat jeder DGB KV/SV in Baden-Württemberg ein Schwerpunktthema aus den fünf Themenkorridoren (Wohnen, Mobilität, Tarifbindung, Gesundheit und Bildung) intensiv bearbeitet. Zusätzlich wurde ein Arbeitskreis Gewerkschafter*innen in Kommunalparlamenten ins Leben gerufen, damit gewerkschaftliche Themen in kommunalen Gremien eine größere Bedeutung gewinnen.
	Der DGB Baden-Württemberg unterstützt sie [die Gewerkschaften] durch eine Ergänzung um gewerkschaftsübergreifende Anforderungen, etwa an die Gestaltung der Energiewende, an zukunftsfähige Mobilitätskonzepte, an die Gestaltung der Digitalisierung oder an eine nachhaltige Innovations- und Investitionspolitik.	In den vergangenen vier Jahren wurden diverse Themen- und Positionspapiere zu verschiedenen Themen gemeinsam mit den Mitgliedsgewerkschaften erarbeitet. (Thesenpapier Digitalisierung, Positionspapier Wohnen, Mobilitätskonzept). Diese wurden bei diversen Gelegenheiten für die Kommunikation nach außen genutzt und als Positionen in Allianzen und Bündnissen zu den verschiedenen Themen eingebracht. Darüber hinaus beteiligte sich der DGB Baden-Württemberg an verschiedenen Bündnissen und Formaten der Landesministerien, wo er sich für diese Themen einsetzte (z.B. Mobilitätsallianz, Kerngruppe Industriepolitik BW oder bei der Monitoring Gruppe Energiewende). Zusätzlich ist der DGB Baden-Württemberg Mitglied im Nachhaltigkeitsbeirat des Landes Baden-Württemberg.

	Antragstext / Arbeitspakete	Maßnahmen
	Arbeitswelt-Forschung, soziale Innovationen usw. fördern Als [...] wissenschaftliche Grundlage fordert der DGB Baden-Württemberg eine regelmäßige und umfassende Struktur- und Arbeitsweltberichterstattung des Landes für eine – im Dialog mit Verbänden, Gewerkschaften und Arbeitgebern – entwickelte Wirtschaftspolitik ein.	Der DGB Baden-Württemberg unterstützt seit 2019 das neu gegründete Netzwerk Arbeitsforschung Baden-Württemberg, in dem sich gewerkschaftsnahe Forschungseinrichtungen und einzelne Wissenschaftler*innen austauschen. Am 16. Oktober 2020 fand die erste Online-Tagung des Netzwerks statt unter dem Titel „Digitalisierung, Umbruch und sozialer Zusammenhalt“. Weitere Tagungen und Konferenzen zu aktuellen arbeits- und industriesoziologischen Themen sollen mindestens jährlich stattfinden. Zur Stärkung der arbeitnehmer*innenorientierten Forschung und zur Koordinierung des Netzwerks wurde an der Universität Tübingen eine Kooperationsstelle Wissenschaft – Arbeitswelt (KoWATü) eingerichtet. Diese Kooperationsstelle hat zum 01.09.2021 ihre Arbeit aufgenommen.
	Soziale Technikgestaltung Der DGB Baden-Württemberg wird gemeinsam mit dem Forum Soziale Technikgestaltung darauf hinwirken, dass die Belange von Beschäftigten und Nutzer*innen einen größeren Stellenwert in der Innovations- und Technologiepolitik des Landes einnehmen.	Das Forum Soziale Technikgestaltung unterstützt die technologie- und innovationspolitische Positionierung des DGB Baden-Württemberg aktiv. So wurde bspw. eine Stellungnahme zur Innovationsstrategie der Landesregierung verfasst, auf die sich der DGB Baden-Württemberg regelmäßig beruft. Gleichzeitig führt das Forum Soziale Technikgestaltung regelmäßig Veranstaltungen für und mit Betriebs- und Personalrat*innen, wie auch Mitgliedsgewerkschaften durch und leistet so einen großen Beitrag zum Wissenstransfer und zur Weiterentwicklung der Positionierung in technologischen Fragestellungen. Am 13. Oktober 2021 fand eine Jubiläumsveranstaltung anlässlich des 30-jährigen Bestehens des Forum Soziale Technikgestaltung im Willi-Bleicher-Haus statt, die vom DGB Baden-Württemberg personell und finanziell unterstützt wurde. Zusätzlich wurde auf Initiative des Forums Soziale Technikgestaltung und u.a. mit dem DGB Baden-Württemberg als Gründungsmitglied das Netzwerk Sozialer Zusammenhalt in digitaler Lebenswelt ins Leben gerufen. Auch im Rahmen dieses Netzwerks gab es diverse Veranstaltungen (online wie offline).
	Qualifizierung/ Weiterbildung Der DGB Baden-Württemberg ... setzt sich für einen Rechtsanspruch auf Weiterbildung sowie ein praktikables und konsistentes Weiterbildungssystem ein, das Beschäftigte bei der Auswahl, Finanzierung und Nutzung von Qualifizierungsmaßnahmen unterstützt. Der DGB wird die Diskussion über gute Modelle von Weiterbildungssystemen in Baden-Württemberg vorantreiben und auf landespolitische Programme und bundespolitische Initiativen dringen.	Weiterbildung war eines der drei Schwerpunkte der Landtagswahl-Kampagne des DGB Baden-Württemberg. Es wurde ein intensiver Austausch mit den Mitgliedsgewerkschaften, den Landtagsfraktionen sowie den zuständigen Ministerien zur Frage, wie das Land die Weiterbildung von Beschäftigten bedarfsgerecht fördern kann, geführt. Aktiv brachte sich der DGB in die Diskussion zur Weiterbildungsstrategie des Landes (WEITERmitBildung@BW) ein. Im Koalitionsvertrag 2021 hat die Weiterbildung eine zentrale Stellung. Das ist auch ein Erfolg der Arbeit des DGB Baden-Württemberg. In die Ausgestaltung eines im Koalitionsvertrag vereinbarten „Qualifizierungseinkommens“ bringt sich der DGB Baden-Württemberg aktiv ein.

	Antragstext / Arbeitspakete	Maßnahmen
	<p>Selbstbestimmte Arbeitszeiten fördern und Leistungsverdichtung begrenzen</p> <p>Der DGB Baden-Württemberg setzt sich ein für ein gesetzliches Rückkehrrecht aus Teilzeit in die ursprüngliche Arbeitszeit, für Arbeitszeitangebote für alle Beschäftigten, die zu ihrer jeweiligen Lebenssituation passen.</p>	<p>Stetige Kommunikation gegenüber dem politischen Raum, Ministerien und Verbänden. Dabei hat der DGB Baden-Württemberg deutlich Stellung bezogen, dass mehr Arbeitszeitsouveränität mit den Beschäftigten vereinbart werden muss. Ein Mehr an Flexibilität, welches nur Arbeitgeber*innen zugutekommt oder eine Erweiterung von Arbeitszeitkorridoren und der Wochenhöchst-arbeitszeit wird es mit dem DGB nicht geben. Gleichzeitig wurde dargestellt, welche Folgen eine zunehmende Arbeitsverdichtung mit sich bringt (z.B. durch die Auswertungen des Index Gute Arbeit).</p> <p>Mit den Änderungen im Teilzeit- und Befristungsgesetz wurde zum 1.1.2019 die neue Brückenteilzeit ermöglicht. Mit der Corona-Krise und den einhergehenden Brüchen und Veränderungen in der Arbeitswelt kamen auch Fragen der selbstbestimmten Arbeits-(zeit)gestaltung, von Vereinbarkeit, dem Recht auf mobiles Arbeiten usw. in die öffentlichen und politischen Diskussionen. Der DGB Baden-Württemberg hat sich hier im Sinne der Souveränität der Beschäftigten eingebracht und gemeinsam mit dem Bundesvorstand und den Mitgliedsgewerkschaften auf gute und pragmatische Lösungen gedrungen.</p>
	<p>Der DGB Baden-Württemberg setzt deshalb die Kampagne Offensive Mitbestimmung des DGB Bundesvorstandes aktiv um.</p>	<p>Begleitkampagne zur Betriebsratswahl 2018 wurde durchgeführt mit verschiedenen Aktionen vor Ort. Auf bezirklicher Ebene wurden die Aktivitäten durch Schulungsveranstaltungen, Handlungs- und Argumentationshilfen unterstützt. Gute Arbeitsbedingungen gibt es nur mit Betriebsräten (PM 12/2018).</p> <p>Zusätzlich führte der DGB Baden-Württemberg im Juni 2021 eine hochkarätig besetzte Konferenz zur Zukunft der Mitbestimmung durch. Weitere Aktivitäten sind in Planung.</p>
	<p>Um die gute Arbeit von Betriebs- und Personalrät*innen zu würdigen und sichtbar zu machen, setzt sich der DGB Baden-Württemberg für die Einführung eines landesweiten Betriebs- und Personalrätepreises durch die Landesregierung ein und beteiligt sich aktiv an der Festlegung von Kriterien und dem Auswahlverfahren.</p>	<p>Der Mitbestimmungspreis des DGB Baden-Württemberg wurde 2018 und 2020 in fünf Kategorien erfolgreich verliehen. Zukünftig wird der Mitbestimmungspreis des DGB Baden-Württemberg alle 2 Jahre verliehen, die nächste Verleihung ist für 2022 geplant. Die Schirmherrschaft für den Preis hat die Wirtschafts- und Arbeitsministerin übernommen.</p>

	Antragstext / Arbeitspakete	Maßnahmen
	<p>Der DGB Baden-Württemberg bringt sich aktiv in die Evaluierung des LTMG ein und wirkt auf eine wirksamere Verankerung sozialer Kriterien bei der Vergabe öffentlicher Aufträge in Baden-Württemberg hin.</p>	<p>Zur Stärkung des Themas wurde ein gemeinsamer Arbeitskreis von DGB und Mitgliedsgewerkschaften ins Leben gerufen. Dort wurde weiteres Fachwissen aufgebaut und die Kommunikation gegenüber der Politik geplant. Darüber hinaus gab es Vorträge bei einer Vielzahl von KV/SV, sowie weiteren Gremien. In der Folge wurden eigene thematische Workshops durchgeführt. Das IMU Institut hat im Auftrag des DGB Baden-Württemberg zwei qualitative Studien zur Tariflandschaft in BW verfasst, die eine gute Übersicht zur Situation im Land bieten. So konnte eine Abschaffung des Landestarifreue- und Mindestlohngesetzes (LTMG) nicht nur verhindert werden, sondern eine Entwicklung angestoßen werden, die Wirkung des LTMG weiter auszubauen.</p> <p>Erster Erfolg der Bemühungen ist ein Beschluss des Gemeinderats in Karlsruhe auf Initiative der Gemeinderatsfraktionen Grüne/SPD/Linke/KAL zur Vergabe in Karlsruhe. Hier erfolgt die Vergabe öffentlicher Aufträge in Zukunft nur mit Tarifvertrag. Dieser Erfolg soll möglichst auf weitere Städte und Gemeinden im Land übertragen werden.</p> <p>Auch in der Koalitionsvereinbarung der aktuellen Landesregierung findet sich das Thema wieder. Bei einer Umsetzung, dass bei einer öffentlichen Vergabe mindestens der Stundenlohn der Entgeltgruppe 1 TV-L (Tarifvertrag der Länder) verpflichtend ist, wird ein Schritt in die richtige Richtung getan. Der DGB Baden-Württemberg dringt auf die zügige Umsetzung der Vereinbarungen und macht sich weiterhin für weitere gewerkschaftliche Anforderungen wie echte Tarifreue, Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten, Absenken der Schwellenwerte usw. stark.</p>

	Antragstext / Arbeitspakete	Maßnahmen
	<p>Faire Mobilität</p> <p>Die Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb der EU führt zu Wanderungsbewegungen vor allem aus den mittel- und osteuropäischen Staaten. Menschen, die die deutsche Sprache nicht beherrschen und das deutsche Arbeits- und Sozialrecht nicht kennen, werden häufig um ihren verdienten Lohn betrogen und sind betrügerischen Machenschaften seitens der Arbeitgeber*innen oder der Entsendefirmen ausgesetzt. Hier setzt das DGB-Projekt Faire Mobilität an: Beratungsstellen mit muttersprachlichen Mitarbeiter*innen an unterschiedlichen Standorten informieren vor Ort über die Probleme und kümmern sich um von Arbeitsausbeutung Betroffene. Sie klären sie über ihre Rechte auf und gehen an die Öffentlichkeit.</p> <p>Obwohl das Projekt seit 2011 auf große Nachfrage seitens der Beschäftigten stößt, ist die Finanzierung der bestehenden und weiterer benötigter Beratungsstellen immer noch nicht dauerhaft gesichert. Der DGB Baden-Württemberg erwartet von der Landesregierung, dass sie die nötigen Finanzmittel dauerhaft zur Verfügung stellt.</p>	<p>Das Projekt Faire Mobilität wurde in den vergangenen Jahren weiter ausgebaut. Die Projektierete Beratungsstelle in Mannheim wird zur Landesberatungsstelle ausgebaut und die Finanzierung der Beratungsstelle in Stuttgart konnte langfristig gesichert werden. Zusätzlich ist für das Jahr 2022 eine weitere Beratungsstelle in Freiburg geplant.</p>
	<p>Der DGB Baden-Württemberg pflegt über die Interregionalen Gewerkschaftsräte (IGR); IGR Dreiländereck (CH-D-F), IGR EUREGIO Baden - Bas-Rhin - südliche Pfalz und IGR Bodensee (A, CH, D, FL) einen stetigen Austausch mit den Gewerkschaften im benachbarten Ausland.</p>	<p>Die grenzüberschreitende Vernetzungsarbeit wurde auch in den vergangenen Jahren weiter fortgesetzt. Dazu hat der DGB Baden-Württemberg aktiv die Arbeit der IGRs unterstützt und gestaltet. Die aufgebauten Kontakte wurden auch zum spezifischen Erfahrungsaustausch in einzelnen Themenfeldern genutzt, z.B. gab es einen intensiven Austausch in der Frage öffentlicher Vergabe mit Schweizer Gewerkschaftskolleg*innen.</p>
	<p>Bei den derzeitigen Verhandlungen über die EU-Förderprogramme von 2020 muss sichergestellt werden, dass die Beratung von Grenzgänger*innen auch weiterhin im Rahmen eines eigenständigen EU-Programmes ausreichend gefördert wird. Hierfür macht sich der DGB Baden-Württemberg stark.</p>	<p>Die Verhandlungen wurden 2021 abgeschlossen. Im Rahmen des Programm ESF+ ist eine Förderung der Grenzgänger*innenberatung auch ab 2022 möglich. Entsprechende Anträge werden durch den DGB Baden-Württemberg eingereicht.</p> <p>Insbesondere in Zeiten von Corona hat sich gezeigt, wie wichtig die grenzüberschreitende Arbeit ist, denn die Maßnahmen und Einschränkungen zur Pandemiebekämpfung waren je nach Land sehr unterschiedlich und führten zu einem erhöhten Beratungsbedarf bei den Grenzgänger*innen. Außerdem konnten Lücken zwischen den Sozialsystemen aufgedeckt werden, die zu einer Benachteiligung der Grenzgänger*innen beim Kurzarbeitergeld geführt haben. Dies wurde durch den DGB Baden-Württemberg auf die politische Agenda gebracht, um eine gerechte Lösung für die betroffenen Kolleg*innen zu finden.</p>
	<p>Außerdem machen sich die Gewerkschaften dafür stark, dass traditionell von Frauen ausgeübte Berufe aufgewertet werden. Der DGB unterstützt diese Aktivitäten.</p>	<p>Beteiligung des DGB Baden-Württemberg am Modellprojekt „Fachkräftesicherung über die Professionalisierung haushaltsnaher Dienstleistungen (HHDL)“ in Baden-Württemberg</p>
	<p>Unfreiwillige Teilzeit überwinden</p>	<p>Mit den Änderungen im Teilzeit- und Befristungsgesetz wurde zum 1.1.2019 die neue Brückenteilzeit ermöglicht. Das ist jedoch nur ein erster Schritt.</p>

	Antragstext / Arbeitspakete	Maßnahmen
	<p>A003: (Als Material zu A001)</p> <p>Der DGB wirkt darauf hin, dass für die gleiche Arbeit auch der gleiche Lohn bezahlt wird. Dazu setzt sich der DGB dafür ein, dass alle Hintertüren, über die der Lohn gedrückt wird, wie Leiharbeit, Scheinselbständigkeit und Werkverträge, geschlossen werden.</p>	<p>Beteiligung des DGB Baden-Württemberg am runden Tisch Menschenhandel des WM und der Erarbeitung des Leitfadens Menschenhandel bei Arbeitsausbeutung. Zusätzlich war der DGB Baden-Württemberg an der Initiierung des Projekts „mira – Mit Recht bei der Arbeit“ beteiligt.</p> <p>Dieses Projekt hat sich zum Ziel gesetzt, Ausbeutung von Geflüchteten und Migrant*innen aus Drittstaaten auf dem Arbeitsmarkt entgegenzuwirken. Dazu gibt es zwei Beratungsstellen in Baden-Württemberg, eine in Karlsruhe und eine im Willi-Bleicher Haus in Stuttgart.</p>
<p>A002</p>	<p>Der DGB-Bezirk Baden-Württemberg greift das Thema Betriebsratsmobbing in seiner landespolitischen Arbeit unter der Überschrift "Offensive Mitbestimmung" mit auf. Der DGB-Bezirk nutzt die eigenen Schulungsangebote für ehrenamtliche Arbeitsrichterinnen und Arbeitsrichter der DGB-Gewerkschaften regelmäßig, um auf das Thema BR-Mobbing aufmerksam zu machen und so die Arbeitsgerichtsbarkeit entsprechend sensibilisieren zu können.</p> <p>Der DGB nimmt Kontakt mit den Präsidenten der verschiedenen Ebenen der Arbeitsgerichtsbarkeit auf, um diese über die Problematik des BR-Mobbings zu sensibilisieren und fordert die Weiterbildung der Richterinnen und Richter zu diesem Thema.</p> <p>Gewerkschaftsnahe Initiativen gegen BR-Mobbing sowie der Austausch und die Vernetzung von betroffenen Kolleginnen und Kollegen werden unterstützt.</p> <p>Der DGB-Bezirksvorstand setzt sich bei der Landesregierung dafür ein, entsprechende Fälle von BR-Mobbing zu thematisieren und alle Anstrengungen zu unternehmen, um den gesetzeswidrigen Angriffen auf unsere betrieblichen Funktionsträgerinnen und Funktionsträger Einhalt zu gebieten.</p> <p>Der Mannheimer Appell "Gemeinsam gegen Mobbing von Betriebsräten!" wird im DGB-Bezirk Baden-Württemberg verbreitet und unterstützt und auch auf die Bundesebene durchgestellt.</p> <p>Der DGB-Landesbezirk setzt sich beim Bundesvorstand dafür ein, dass</p> <ul style="list-style-type: none"> • ausreichende politische und organisatorische Kapazitäten im DGB bzw. rechtliche Kapazitäten bei der DGB Rechtsschutz GmbH bereitgestellt werden, um betroffene Betriebsrätinnen und Betriebsräte, Betriebsratsgremien sowie Einzelgewerkschaften bei der Gegenwehr gegen BR-Mobbing wirksam beraten und unterstützen zu können. • zusammen mit den Einzelgewerkschaften und dem Europäischen Gewerkschaftsbund „Union Busting“ und BR-Mobbing auf Bundes- und Europaebene thematisiert werden, um gewerkschafts- und länderübergreifend gegen diese bedrohliche Entwicklung vorgehen zu können. 	<p>Auch in den vergangenen Jahren hat der DGB Baden-Württemberg die jährlichen Konferenzen „Solidarität gegen BR-Mobbing!“ in Mannheim unterstützt.</p> <p>Der DGB Baden-Württemberg hat das Thema Betriebsratsmobbing in die Gespräche mit dem Präsidenten des Landesarbeitsgerichts und dem Präsidenten des Arbeitsgerichts Stuttgart einfließen lassen, um eine weitere Sensibilisierung der Justiz für dieses Thema zu erreichen.</p> <p>Zusätzlich wurde der Antrag an den ordentlichen Bundeskongress des DGB (OBK) weitergegeben (dort Antrag B018). Der Antrag wurde dann auf dem 21. ordentlichen Bundeskongress in geänderter Fassung und als Material zum Antrag B013 „Rechte sichern – Rechte durchsetzen – Gewerkschaften stärken“ angenommen.</p>

	Antragstext / Arbeitspakete	Maßnahmen
	<ul style="list-style-type: none"> der Bundesverband der Arbeitgeber sowie die entsprechenden Landesverbände mit aktuellen Vorfällen konfrontiert und zur Bekämpfung des BR-Mobbings durch deren Mitgliedsfirmen/Branchenverbände angehalten werden. der DGB in seiner Lobbyarbeit darauf hin wirkt, dass das Mittel der „Verdachtskündigungen“ von Betriebsrätinnen und Betriebsräten durch den Gesetzgeber unterbunden wird und auch im Arbeitsrecht dem Grundsatz der Unschuldsvermutung Vorrang zu geben ist. sich der DGB in seiner Lobbyarbeit für die Bildung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften einsetzt, wie sie auch im Beschluss des Bundesvorstands vom 12.07.2016 (S. 7) vorgeschlagen wird. Anwaltskanzleien und sog. „Beraterfirmen“, die das BR-Mobbing im Auftrag von Unternehmensleitungen organisieren, vom DGB in der Öffentlichkeit wegen ihrer Praktiken nicht nur an den Pranger gestellt, sondern – wo immer möglich – straf- und zivilrechtlich verfolgt werden. in den Medien und Veröffentlichungen des DGB nicht nur über aktuelle Fälle von BR-Mobbing bundesweit berichtet wird, sondern auch deren Hintergründe systematisch analysiert werden. 	
A004	Der DGB wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, keine Aufweichung am Arbeitszeitgesetz zuzulassen. Des Weiteren ist es notwendig, darauf hinzuwirken, dass die Zahl der Stellen in den staatlichen Arbeitsschutzbehörden, den Gewerbeaufsichtsamtern und bei der Finanzkontrolle Schwarzarbeit schnellstmöglich dem Bedarf angepasst und deutlich aufgestockt werden, damit die Kontrollen verstärkt werden können.	Der DGB Baden-Württemberg hat sich regelmäßig den diversen Angriffen auf das Arbeitszeitgesetz entgegengestellt und dafür stark gemacht, dass in den Kontrollbehörden mehr Personal zur Verfügung steht. Zusätzlich wurde eine Kampagne gegen den 12-Stunden-Tag durchgeführt und eine Vielzahl von Publikationen erstellt, um sich bei diesem Thema klar zu positionieren (gegen eine Aufweichung der Gesetze, Stärkung der Kontrollbehörden). Zusätzlich ist der DGB Bündnispartner bei der Allianz für den freien Sonntag, um den zunehmenden Angriffen auf die Sonntagsruhe und den arbeitsfreien Sonntag etwas entgegenzusetzen.
A006 Anträge die durch Annahme A006 ebenfalls erledigt sind: A008, A009, A010	Der DGB spricht sich für eine gesetzlich geregelte Personalbemessung für die Krankenpflege und andere Berufsgruppen in Krankenhäusern aus. Versichertenvertreterinnen und Vertreter des DGB und seiner Einzelgewerkschaften in den Selbstverwaltungen der gesetzlichen Krankenversicherung müssen ihrer Verantwortung für die Qualität der Patientenversorgung einerseits und andererseits für die Gesundheitsschutzrechte der Beschäftigten in den Krankenhäusern gerecht werden.	Der DGB Baden-Württemberg unterstützte und verstärkte die ver.di-Kampagne „mehr von uns ist besser für alle“ für mehr Personal in der Pflege gegenüber politischem Raum und in der Öffentlichkeit. Das DGB-Hauptamt und ganz besonders das DGB-Ehrenamt vor Ort unterstützten aktiv die Kundgebungen und Aktivitäten vor Ort, um eine größtmögliche Aufmerksamkeit für dieses Thema zu erreichen. Zusätzlich wurden die gewerkschaftlichen Vertreter*innen aus allen Mitgliedsgewerkschaften für dieses Thema sensibilisiert.

	Antragstext / Arbeitspakete	Maßnahmen
	A007: (Als Material zu A006) Der DGB unterstützt aktiv die ver.di Kampagne für mehr Personal, für die eine gesetzliche Personalbemessung sowie Entlastung in der Pflege.	
A011	Der DGB Baden-Württemberg setzt sich mit Nachdruck, öffentlichkeitswirksam und gemeinsam mit den Mitgliedsgewerkschaften und anderen Verbänden für ein wirksames Entgeltgleichheitsgesetz ein.	Neben Aktivitäten und Positionierungen gegenüber der Öffentlichkeit wurde auch ein Seminarkonzept erarbeitet. Daraus ergab sich ein gemeinsames Seminarangebot des DGB Baden-Württemberg und des DGB-Bildungswerkes BW zum Entgelttransparenzgesetz in 2018 und 2019.
A012	Wir fordern den DGB Bezirksvorstand Baden-Württemberg auf, ein industriepolitisches Programm in Anknüpfung an unsere Beteiligung zur Gestaltung der landesindustriepolitischen „Industrieperspektive 2025“ zu erstellen. Der DGB muss daher stärker als bisher als industriepolitische Interessenvertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf allen Ebenen (Land und Kommunen) in Erscheinung treten und seinen Beitrag zu einer erfolgreichen Bewältigung des anstehenden Strukturwandels leisten. [...] Konkret geht es darum, in Kooperation mit den Mitgliedsgewerkschaften eine (hinreichend detaillierte) industriepolitische Agenda für die kommenden Jahre zu entwickeln; in übergreifenden Themenkomplexen, wie z.B. der Energie- oder Verkehrswende eigene Positionen zu entwickeln, die insbesondere den spezifischen Rahmenbedingungen im Land gerecht werden;	Ab 2019 fanden jährlich mindestens vier industriepolitische Touren mit Betriebsbesichtigungen, Diskussionen und Pressekonferenzen zum Thema Industriepolitik in BW statt. Darüber hinaus beteiligte sich der DGB Baden-Württemberg u.a. an Treffen der Initiative Wirtschaft 4.0 des Wirtschaftsministeriums, Spitzentreffen, dem Lenkungskreis Industriedialog, der Industriewoche, dem Projekt Gesundheitsstandort BW und dem Koordinierungskreis IW 4.0 BW und brachte dort gewerkschaftliche Positionen ein. Zur Vernetzung gab es direkte Gespräche mit den Mitgliedsgewerkschaften zu Fachthemen und einzelne Treffen des Arbeitskreises Industriepolitik. Dazu kommen diverse Gespräche mit Landtagsfraktionen und Fachpolitiker*innen der Landtagsfraktionen zu industriepolitischen Themen.
A013	Wir fordern den DGB Baden-Württemberg dazu auf, sich hinsichtlich einer Stärkung von Mehrweg politisch zu positionieren, damit die Beschäftigten und die Umwelt nicht zu Verlierern der Entwicklung werden. [...] Der DGB Baden-Württemberg wird aufgefordert, zur Stärkung von Mehrweg die politische Diskussion hierzu voranzutreiben und unter der Einbindung von DGB-Gewerkschaften, Umweltverbänden, Politikern demokratischer Parteien sowie weiterer potenzieller Bündnispartner*innen, die entsprechende Gesetzesinitiative auf den Weg zu bringen.	Der DGB Baden-Württemberg hat bei passender Gelegenheit auf diesen Sachverhalt hingewiesen und die Fachpolitiker*innen entsprechend sensibilisiert. Die weiteren Entscheidungskompetenzen liegen in dieser Frage auf Ebene des Bundesgesetzgebers.

	Antragstext / Arbeitspakete	Maßnahmen
A014	Probezeit bei der Übernahme abschaffen Der DGB Baden-Württemberg setzt sich politisch dafür ein, dass die Probezeit nach der Ausbildung bei Übernahme im selben Betrieb abgeschafft wird.	Der DGB Baden-Württemberg hat sich bei jeder passenden Gelegenheit für eine Übernahmegarantie nach der Ausbildung stark gemacht.
B001 Leitantrag + Material Anträge die durch Annahme B001 ebenfalls erledigt sind: B002, B003	Der DGB wird sich aktiv in die Schul- und Bildungspolitik einbringen und die zentralen Forderungen der Mitgliedsgewerkschaften gegenüber der Politik verdeutlichen.	Der DGB Baden-Württemberg hat sich in den vergangenen Jahren stark gemacht für Gebührenfreiheit von der Kita bis zur Hochschule. Ganz besonders lag der Fokus dabei auf der Gebührenfreiheit von Kitas. Besonders ist dabei das Bündnis gebührenfreie Kita hervorzuheben. Der DGB Baden-Württemberg und die beteiligten Gewerkschaften ver.di und GEW haben hierbei erfolgreich eingebracht, dass sich das Bündnis neben der Gebührenfreiheit auch gleichermaßen für die Themen Ausbau der Kapazitäten und Investitionen in die Qualität der Kinderbetreuung, insbesondere in Personal und bessere Arbeitsbedingungen, stark macht. Zusätzlich wurden u.a. die Proteste der Studierenden für eine nachhaltige Hochschulfinanzierung und gegen die Studiengebühren für Nicht EU-Ausländer unterstützt.
	Der DGB wird sich weiter für eine breit angelegte sozio-ökonomische Bildung einsetzen, die auch alternativ Wirtschaftsmodelle in den Unterricht einbezieht. Der DGB-Bezirk wird die Lehrkräfte aktiv bei der Umsetzung des Bildungsplans im Unterricht unterstützen – etwa durch die Bereitstellung von Unterrichtsmaterialien.	Es wurde eine Facebook-Seite mit Materialien „Schule Arbeitswelt“ eingerichtet. Zusätzlich wurden Unterrichtsmaterialien von „Böckler Schule“ an das Landesinstitut für Schulentwicklung zur Bereitstellung im Landesbildungsserver übermittelt. Weitere Gespräche dazu finden im 4. Quartal 2021 statt.

	Antragstext / Arbeitspakete	Maßnahmen
	Der DGB Baden-Württemberg wird bei Arbeitgebern und der öffentlichen Hand auf eine höhere Ausbildungsbeteiligung dringen.	Der DGB Baden-Württemberg hat sich aktiv am Bündnis für Ausbildung in Baden-Württemberg beteiligt und Positionen eingebracht. Zusätzlich nahm der DGB an der Woche der beruflichen Bildung teil und es gab DGB Veranstaltungen zum Tag der beruflichen Bildung. Daneben begleitet der DGB Baden-Württemberg die regelmäßigen Veröffentlichungen der Agentur für Arbeit zum Ausbildungsmarkt kritisch in der Öffentlichkeit. Insgesamt ist in den vergangenen Jahren die Zahl der Ausbildungsplätze deutlich gesunken. 2020 hat sich die Situation noch einmal deutlich zugespitzt. Der DGB Baden-Württemberg hat im Landtagswahlkampf gefordert, dass jede*r Ausbildungsinteressierte das Recht auf einen Ausbildungsplatz erhält. Falls zu wenige Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen, muss das Recht auf Ausbildung über berufliche Schulen oder außerbetriebliche Ausbildungsstätten sichergestellt werden. Die betriebliche Ausbildung muss jedoch weiterhin im Mittelpunkt stehen. Ziel muss es sein, entsprechende Anreize zu setzen, dass die Auszubildenden im zweiten Ausbildungsjahr in einen Betrieb wechseln können. Die Ergebnisse der Bemühungen des DGB Baden-Württemberg lassen sich an vielen Stellen in der aktuellen Koalitionsvereinbarung wiederfinden. Die Ausbildungsgarantie ist beispielsweise darin festgehalten. Ebenso hat die Landesregierung bereits die Fördergelder für überbetriebliche Ausbildung verdoppelt und damit schon nach einem Monat mehr Förderanträge als im gesamten vergangenen Jahr erhalten. Neben dem Engagement für das Recht auf einen Ausbildungsplatz hat sich der DGB intensiv in die Debatten um Berufsbilderneuerung, Digitalisierung und Qualität der Ausbildung eingebracht.
	B004: (Material zu B001) Der DGB Baden-Württemberg macht sich für die Ausstattung von Berufsschulen und (dualen) Hochschulen mit neuen und regelmäßigen gewarteten Ausbildungsmitteln stark.	Teilnahme und Einbringen von Forderungen im Bündnis für Ausbildung. Regelmäßige Erhebung zur Ausbildungsqualität durch den regionalen Ausbildungsreport (aktuelle Ausgabe 2019) -> Offenlegung von Handlungsbedarfen und Verbesserung der Ausbildungsqualität.
	Der DGB dringt auf die Einführung eines kostenfreien landesweiten Mobilitätstickets für Auszubildende, Schüler*innen und Studierende und den Ausbau von Azubi-Wohnheimen, um Landes- und Fachklassen möglich zu machen.	Die Forderung nach einem kostenfreien, landesweiten Mobilitätsticket wurde vom DGB Baden-Württemberg in den Landesausschuss für Berufsbildung und im Bündnis für Ausbildung eingebracht und als Forderung beschlossen. Zusätzlich wurde die Forderung auch in der Öffentlichkeit erhoben. Durch beständige Aktivitäten des DGB ist es gelungen, dass das Mobilitätsticket in den Koalitionsvertrag aufgenommen wurde. Im Rahmen der Haushaltsverhandlung für das Jahr 2022 wurde das Vorhaben konkretisiert und wird voraussichtlich zum Herbst 2022 als Mobilitätsticket 365 für Schüler*innen, Auszubildende und Studierende umgesetzt.

	Antragstext / Arbeitspakete	Maßnahmen
	Der DGB setzt sich dafür ein, dass Arbeitnehmer- und Mitbestimmungsrechte auch für die Studierenden der Dualen Hochschule gelten, wir fordern von der Landesregierung eine unmissverständliche restliche Klarstellung im Landeshochschulgesetz, dass die Sozialpartner die Arbeits- und Lernbedingungen der Dual Studierenden in den Praxisphasen durch Tarifverträge regeln können.	Besonders die IG Metall hat mit ihrer Tariffkampagne "das Beste für Alle" sich für die Dual Studierenden eingesetzt. Diese Kampagne wurde durch den DGB Baden-Württemberg aktiv unterstützt, beispielsweise durch Videos und weitere Aktivitäten in den sozialen Medien.
	<p>Er setzt sich für einen Rechtsanspruch auf Weiterbildung und Qualifizierung ein. [...]</p> <p>Der DGB wird die Diskussion über gute Modelle von Weiterbildung in Baden-Württemberg vorantreiben und auf landespolitische Programme und bundespolitische Initiativen dringen, die es den Menschen im Land ermöglicht, sich beruflich neu zu orientieren und Schul- bzw. Hochschulabschlüsse nachzuholen. [...]</p> <p>Der DGB Baden-Württemberg wird Weiterbildung zu einem Arbeitsschwerpunkt machen und Vorschläge für gute Modelle zur Weiterbildung, die alle Beschäftigten nutzen können, erarbeiten.</p>	Der DGB Baden-Württemberg hat das Thema Qualifizierung und Weiterbildung in der Transformation zu einem der Schwerpunktthemen in der Kampagne zur Landtagswahl gemacht. Der hohe Stellenwert des Themas im aktuellen Koalitionsvertrag zeigt, dass Qualifizierung als zentrale Stellschraube zur Bewältigung der Transformation für Beschäftigte wie Betriebe in der Politik angekommen ist. Dies ist ein Verdienst der beharrlichen Arbeit von DGB und Mitgliedsgewerkschaften und dem intensiven Austausch mit Fachpolitiker*innen.
	Der DGB unterstützt die Grundbildung und Alphabetisierung Beschäftigter mit entsprechendem Defizit durch sein Projekt MENTO.	<p>Veranstaltungen des DGB Baden-Württemberg wurden als Werbepattform für das Projekt Mento und zur Sensibilisierung für das Thema Analphabetismus genutzt</p> <p>Die Finanzierung für das Projekt Mento in Baden-Württemberg ist seit dem Sommer 2021 ausgelaufen. Der DGB Baden-Württemberg wird sich aber auch weiterhin in der Frage der Alphabetisierung stark machen, Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen und Ausgrenzung zu verhindern.</p>

	Antragstext / Arbeitspakete	Maßnahmen
	<p>Der DGB Baden-Württemberg wird die Evaluation des Bildungszeitgesetzes aktiv begleiten und für Verbesserungen im Gesetz werben. Parallel dazu wird der DGB weiterhin für die Nutzung der Bildungsfreistellung werben.</p> <p>Der DGB setzt sich dafür ein, dass:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Auszubildende und Dual Studierende sowie Beschäftigte an Schulen und Hochschulen mit allen übrigen Beschäftigten im Bildungszeitgesetz gleichgestellt werden. • das Bildungszeitgesetz ergebnisoffen und umfassend unter Beteiligung der Gewerkschaften evaluiert wird. • alle drei Ausrichtungen der Weiterbildung – politische und berufliche Bildung sowie die Ehrenamtsqualifizierung – erhalten bleiben • die Kleinbetriebs- und die Überforderungsklausel im Bildungszeitgesetz gestrichen wird. 	<p>Der DGB Baden-Württemberg hat in den vergangenen Jahren eine federführende Rolle im Bündnis Bildungszeit eingenommen. Hier wurde die Evaluation kritisch begleitet und eine gemeinsame Stellungnahme erarbeitet. Außerdem gab es eine gemeinsame Aktion vor dem Landtag und weitere öffentlichkeitswirksame Aktionen und Veröffentlichungen. So konnten erreicht werden, dass es im Rahmen der Überarbeitung des Bildungszeitgesetzes zu keinen Verschlechterungen gekommen ist bzw. das gesamte Bildungszeitgesetz wieder abgeschafft wird. Dies ist besonders hervorzuheben, da eine Verschlechterung bzw. Abschaffung im Rahmen der Nebenabreden zur Koalitionsvereinbarung 2017 quasi schon beschlossen war.</p> <p>Da die Novellierung nicht zu Verbesserung des Bildungszeitgesetzes genutzt wurde, wird der DGB Baden-Württemberg auch weiterhin die Entwicklungen zum Bildungszeitgesetz verfolgen und sich für Verbesserungen im Sinne der Beschäftigten stark machen.</p>
B005-Ä001	<p>Berufliche und tarifliche Weiterentwicklungsmöglichkeiten für Tarifbeschäftigte der Polizei schaffen</p> <p>DGB-Bezirk setzt sich dafür ein, dass sich die Beschäftigten durch entsprechende Fortbildungen im Rahmen der Personalentwicklung für höherwertige Aufgaben formal qualifizieren können und entsprechende Stellen geschaffen werden. So können sich die Beschäftigten beruflich weiterentwickeln und eine der Tätigkeit angemessene Eingruppierung sichergestellt werden.</p>	Gespräche zur verbesserten Eingruppierung haben stattgefunden. Bisher konnte jedoch noch kein zufriedenstellendes Ergebnis erreicht werden. Der DGB wird sich weiterhin für eine angemessene Bezahlung und gleichzeitig berufliche Weiterentwicklungsmöglichkeiten einsetzen.
C001 Leitantrag + Material Anträge die durch Annahme C001 ebenfalls erledigt sind: C002,C003,C007	Der DGB Baden-Württemberg soll daher seine Rentenkampagne fortsetzen und gegenüber der Politik auf Landes- und Bundesebene auf die Durchsetzung der gewerkschaftlichen Kernforderungen dringen.	<p>Der DGB Baden-Württemberg hat sich bei jeder Gelegenheit dafür eingesetzt, dass das Thema Rente im Fokus der Menschen bleibt. Die Beschlüsse der Rentenkommission, an der auch der DGB Baden-Württemberg beteiligt war, sichert die Rente bis 2025. Für den DGB ist jedoch klar, dass dies nur ein Zwischenschritt ist und das Thema Rente auch weiterhin auf der Agenda des DGB Baden-Württemberg stehen wird.</p> <p>Um das Thema Rente auch unter regionalen Aspekten besser beleuchten zu können, hat der DGB Baden-Württemberg einen eigenen Rentenreport für Baden-Württemberg veröffentlicht (März/2020). Daraus ergaben sich eine Vielzahl von Forderungen und Anforderungen, welche in der Öffentlichkeit entsprechend kommuniziert wurden.</p>

	Antragstext / Arbeitspakete	Maßnahmen
	Gegenüber der Politik und der Selbstverwaltung der gesetzlichen Krankenversicherung soll sich der DGB Baden-Württemberg für die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung engagieren.	Der DGB Baden-Württemberg hat sich regelmäßig für die Rückkehr zur Parität in der Krankenkassenfinanzierung stark gemacht, insbesondere vor der Bundestagswahl 2018. Erfolg: Seit Anfang 2019 Rückkehr zur paritätischen Finanzierung.
	C004: (Annahme als Material zu C001) Der DGB Baden-Württemberg setzt sich beim Gesetzgeber für die nachhaltige Stärkung der gesetzlichen Sozialversicherung ein.	Eine nachhaltige Stärkung der Sozialkassen geht für den DGB Baden-Württemberg mit einer Stärkung der Tarifbindung einher, denn sinkende Tarifbindung schwächt auch die Einnahmeseite der Sozialkassen. Deshalb hat sich der DGB Baden-Württemberg in den vergangenen Jahren für eine Stärkung der Tarifbindung (z.B. beim LTMG) stark gemacht. Gleichzeitig hat der DGB Baden-Württemberg errechnet, wie hoch die Mindereinnahmen für Fiskus und Sozialkassen durch fehlende Tarifbindung sind: Durch Tarifflicht und Lohndumping entgehen den Sozialversicherungen jedes Jahr rund 24,8 Milliarden Euro an Beiträgen. Bund, Ländern und Kommunen fehlen 14,9 Milliarden Euro an Steuereinnahmen. Weiterhin hat sich der DGB Baden-Württemberg für einen Erhalt und eine Stärkung der Selbstverwaltung stark gemacht und die Vorbereitungen für die Sozialwahl 2023 sind bereits ange laufen.
	Der DGB dringt seit Langem auf eine ausreichende Finanzausstattung der Krankenhäuser.	Thematisierung der DGB-Forderung nach besserer Personalbemessung in der Pflege, höheren Krankenhausinvestitionen und Sicherung der Versorgung im ländlichen Raum u. a. gegenüber Bundes- und Landespolitik und im Themenkorridor Gesundheit & Pflege des DGB-Zukunftsdialogs mit den DGB-Kreis- und Stadtverbänden.
	Der DGB setzt sich für ein handlungsfähiges Baden-Württemberg, eine gute öffentliche Daseinsvorsorge und Investitionen in die Infrastruktur ein und gegen eine Verankerung der Schuldenbremse in die Landesverfassung ein.	Der DGB Baden-Württemberg hat sich ganz deutlich gegen die Austeritätspolitik u. a. durch die Schuldenbremse in der Öffentlichkeit positioniert. Dazu gehörten Stellungnahmen, Fachveröffentlichungen und Positionspapiere. Daneben gab es regelmäßige Gespräche mit Ministerien und Abgeordneten. Anlässlich der Corona-Krise hat der DGB Baden-Württemberg ein Gutachten zu den Investitionsanforderungen von Prof. Dr. Tom Krebs und Torsten Windels erstellen lassen, das der Öffentlichkeit vorgestellt und laufend in die politischen Diskussionen eingebracht wird.

	Antragstext / Arbeitspakete	Maßnahmen
	Der DGB Baden-Württemberg wird sich daher gegenüber Bund, Land und Kommunen für eine solche zielgerichtete Wohnungsbau politik und für deutlich höhere Wohnbauinvestitionen einsetzen und dieses Thema in den kommenden Jahren zu einem seiner Arbeitsschwerpunkte machen.	Das Thema „Wohnen“ war eines der Schwerpunktthemen der vergangenen Jahre, so auch in der Kampagne zur Landtagswahl 2021. Dazu gehörten ein Positionspapier, mehrere Newsletter und Stellungnahmen zu verschiedensten Bereichen des Themas Wohnen. Aktiv brachte sich der DGB Baden-Württemberg in die Arbeit der Wohnraumallianz und ab Herbst 2021 des Strategiedialogs Wohnen ein. Durch die kontinuierliche Arbeit wird der DGB Baden-Württemberg in der Frage Wohnen seitens der Politik als Partner auf Augenhöhe verstanden. Neben der Beteiligung am Strategiedialog Wohnen zeigt sich dies auch daran, dass die neue Ministerin für Landesentwicklung und Wohnen, Nicole Razavi, zeitnah nach der Konstituierung der neuen Landesregierung das Gespräch mit Vertreter*innen des DGB Baden-Württemberg aufgenommen hat. Wohnen war und ist einer der Themenkorridore des eSta-Projekts und des Zukunftsdialogs. Auch vor Ort gab es daher eine Vielzahl von Aktionen, Initiativen und Gründungen von Bündnissen, die durch den DGB Baden-Württemberg vorangebracht wurden.
	Der DGB Baden-Württemberg macht sich gegenüber der Politik für eine Steuerpolitik stark, die hohe Einkommen und Vermögen stärker an der Finanzierung öffentlicher Investitionen beteiligt und mittlere und niedrige Einkommen entlastet.	Im Rahmen der Haushaltsdebatten hat sich der DGB Baden-Württemberg regelmäßig für eine Stärkung der Einnahmeseite eingesetzt, z.B. durch eine Vermögenssteuer, eine wirkungsvolle Erbschaftssteuer und eine echte Kapitalertragssteuer (anstelle der Abgeltungssteuer). Dazu hat der DGB ein Steuerkonzept vorgelegt, welches von der Fachwelt (DIW) als äußerst hochwertig eingestuft wurde und viel Zustimmung bekommen hat. Das Konzept würde bei 90 Prozent der Bevölkerung zu einer finanziellen Entlastung führen.

	Antragstext / Arbeitspakete	Maßnahmen
	<p>Der DGB setzt sich dafür ein, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und Ausgrenzung entgegenzuwirken.</p> <p>Der DGB wendet sich entschieden gegen rechte Hetze und gegen jede Form von Gewalt. Der DGB lehnt Stimmungsmache gegen Geflüchtete ab und setzt sich für die Rechte der Menschen ein, die in ihrer Heimat alles verloren haben.</p> <p>Der DGB setzt sich mit parlamentarischen und außerparlamentarischen Aktivitäten der Rechtspopulist*innen auseinander, informiert, leistet Aufklärung und wird bei Bedarf vor Ort aktiv.</p>	<p>Der DGB Baden-Württemberg beteiligt sich auf allen Ebenen aktiv an Aktivitäten gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit – wie z.B. gegen Parteitage und andere Treffen der AfD.</p> <p>Um dem Ausbreiten rechten Denkens und Erfolge rechter Akteur*innen entgegenarbeiten zu können, hat der DGB Baden-Württemberg mit Unterstützung des DGB-Bildungswerk Bund eine Vernetzungsstruktur für haupt- und ehrenamtliche Gewerkschafter*innen aufgebaut, beteiligt sich an bundesweiten Vernetzungen innerhalb des DGB und bietet (online-)Vorträge zur Analyse rechts-extremer Strategien an.</p> <p>Gemeinsam mit dem DGB-Bildungswerk BW und dem Verein zur Bewahrung der Demokratie hat der DGB Baden-Württemberg ein vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales gefördertes Projekt initiiert.</p> <p>Am 5./6. November 2021 fand eine Fachtagung in Bad Boll zum Thema Rechtspopulismus in der Arbeitswelt mit zahlreichen angesehenen Referent*innen statt, die der DGB Baden-Württemberg gemeinsam mit der Ev. Akademie Bad Boll und einem Forschungskolleg der Universität Tübingen organisiert hatte.</p>
	<p>C008: (Annahme als Material zu C001) Der DGB startet in Abstimmung mit den betroffenen Einzelgewerkschaften eine Offensive "Rüstungskonversion", beginnend in den wichtigsten Rüstungsbetrieben in Baden-Württemberg und er setzt sich für eine wirksame Unterstützung von Bund und Land für beispielhafte Projekte ein.</p> <p>Der DGB wird seine friedenspolitischen Forderungen zusammen mit seinen Mitgliedsgewerkschaften gegenüber der Regierung, dem Parlament und der Öffentlichkeit offensiv vertreten und in Aktionen unterstreichen: Friedenspolitische Forderungen werden aufgenommen in Positionspapiere, z. B. zu Wahlen, in geeignete Textvorlagen für gewerkschaftspolitische Reden und Artikel sowie in Pressemitteilungen. Der DGB macht die Standorte der Bundeswehr in Baden-Württemberg öffentlich, von denen aus an Kriegen teilgenommen wird oder diese unterstützt werden, oder von denen Waffenexporte ausgehen. Ostermärsche im Bezirk und der Antikriegstag werden stärker in das gewerkschaftliche und gesellschaftliche Bewusstsein gerückt.</p>	<p>Der DGB Baden-Württemberg hat auch in den vergangenen Jahren diverse Aktionen zu den jährlichen Ostermärschen durchgeführt und diese mit entsprechender Pressearbeit landesweit begleitet. Regelmäßig wurde ein eigener Ostermarschaufzug erstellt.</p> <p>Ganz besonders aktiv war der DGB Baden-Württemberg am jährlichen Antikriegstag und insbesondere das Ehrenamt in den DGB KV/SV hat dafür gesorgt, dass in ganz Baden-Württemberg Veranstaltungen gegen Krieg und für Frieden stattgefunden haben. Auch die Einschränkungen der Pandemie führten nicht zu einer Reduktion dieser Aktivitäten. In dieser Zeit wurden neue Formate entwickelt und Wege gewählt, um die Botschaft für ein friedliches Miteinander und gegen Krieg in die Gesellschaft zu tragen. Gleiches gilt auch für die Aktivitäten rund um den 8. Mai.</p>
	<p>C005: (Annahme als Material Bezirksvorstand) Der DGB Baden-Württemberg macht sich stark für eine Obergrenze von Manager*innengehältern.</p>	<p>Im Zusammenhang mit der Einrichtung eines Beteiligungsfonds für Unternehmen in der Coronakrise des Landes Baden-Württemberg setzte sich der DGB Baden-Württemberg dafür ein, dass ein Kriterium für Beteiligungen sein muss, dass Boni nicht ausgezahlt werden.</p>

	Antragstext / Arbeitspakete	Maßnahmen
C006	<p>Der DGB setzt sich verstärkt für die grundgesetzlich festgelegte Sonntagsruhe ein, um stärker werdenden Profitinteressen entgegen zu treten.</p>	<p>Beteiligung des DGB Baden-Württemberg an der Allianz für einen freien Sonntag. Gleichzeitig deutliche Positionierung gegen die Aushöhlung des Sonntagschutzes und auch gegen die gerade nach den letzten Lockdownmaßnahmen immer häufiger auftretenden Forderungen, mehr Ausnahmen für die Sonntagsöffnung zuzulassen.</p>
C009	<p>Der DGB Baden-Württemberg lehnt die Durchführung der ITEC-Messe Stuttgart ab und fordert den Aufsichtsrat und die Geschäftsführung der Messe Stuttgart auf, die ITEC in 2018 abzusagen und auch künftig der Veranstaltung der ITEC keine Plattform zu bieten.</p>	<p>Der DGB Baden-Württemberg hat seine Ablehnung der ITEC-Messe sehr deutlich öffentlich gemacht: durch Pressearbeit, die in den regionalen Medien aufgegriffen wurde, wie auch durch einen Protestbrief an den Aufsichtsrat der Messe. Zudem fand eine Kundgebung vor den Messehallen statt.</p>
D 001 Leitantrag Anträge die durch Annahme D001 ebenfalls erledigt sind: D002	<p>Der DGB wird als Experte in Sachen Arbeit, Aus- und Weiterbildung, Sozial- und Gesellschaftspolitik wahrgenommen. Deshalb liegt der Schwerpunkt der Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit auf diesen Feldern.</p>	<p>Fokus des DGB Baden-Württemberg lag in den vergangenen Jahren auf der Stärkung neuer Kommunikationsformen, z.B. durch:</p> <ul style="list-style-type: none"> • (Live-) Videos mit Chat • gezielte Minikampagnen in den sozialen Medien (z.B. Stärkung ÖD, Verabschiedung des Haushaltes, Start des Ausbildungsjahres) • größere Kampagnen zur Landtags- und Bundestagswahl <p>Zum 1.1.2021 wurde eine Social-Media-Stelle in der Bezirksverwaltung eingerichtet und besetzt. In der Folge wurde die Kampagnen und Social-Media-Arbeit des DGB Baden-Württemberg professionalisiert und um diverse Formate ergänzt (z.B. „Auf ein Getränk mit...“, „Gewerkschaft im Dialog“).</p> <p>Zusätzlich wurde die Zahl der genutzten Plattformen erweitert (z.B. um Spotify) und die Reichweite gesteigert.</p>

	Antragstext / Arbeitspakete	Maßnahmen
	Nur mit einer gemeinsamen Botschaft kann der DGB auch als starke, gestaltende Kraft in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden. Es ist daher eine wichtige Aufgabe des Bezirks in den kommenden Jahren, Kommunikationsstrukturen zu pflegen und zu verbessern.	In den vergangenen Jahren wurde die interne Kommunikation in den Fokus genommen. Zur Verbesserung der Kommunikation wurde das neue Format „Reden wir über ...“ eingeführt. Darin werden in unregelmäßigen Abständen pointiert verschiedene Themen und Positionen des DGB Baden-Württemberg dargestellt. Dies ermöglicht ein schnelles Einlesen in die verschiedenen Themen, so dass vor Ort eine erste Positionierung erleichtert wird. Zusätzlich wurden in den vergangenen Jahren die Aktivitäten und Formate in den Sozialen Medien deutlich verstärkt. Mittlerweile gibt es zu diversen Themen kurze Videos zur Erklärung und Positionierung. Ansonsten wurden ehrenamtliche Strukturen verstärkt bereits in der Planungsphase eingebunden, beispielsweise mit zentralen Koordinationsteams (eSta, Zukunftsdialog).
	Darüber hinaus richtet der Bezirk sein jährliches Sommerfest aus.	Das Sommerfest wurde regelmäßig durchgeführt. Insgesamt eine gute Wahrnehmung des DGB Baden-Württemberg und seiner Mitgliedsgewerkschaften in Politik und Öffentlichkeit. 2020 und 2021 konnte das Sommerfest coronabedingt nicht stattfinden. Zur Kompensation wurden zahlreiche Online-Meetings mit den Landtagsfraktionen und politischen Partner*innen wie die Regionaldirektion der Arbeitsagentur durchgeführt.
	Um innerhalb der Gewerkschaftsfamilie, bei politischen Entscheidungstragenden und in der Öffentlichkeit die relevanten Themen zu platzieren, entwickelt der DGB Baden-Württemberg Kampagnen, führt das einmal im Jahr stattfindende DGB-Forum durch und lädt anlassbezogen zu Veranstaltungen und Diskussionsrunden ein.	Das DGB Forum wurde 2017 und 2018 durchgeführt. Das Format des DGB-Forums wurde 2017 und 2018 weitergeführt, konnte allerdings coronabedingt in den Jahren 2020 und 2021 nicht durchgeführt werden. Aktuell wird das Konzept des Forums überarbeitet. Daneben werden und wurden Veranstaltungen zu diversen Themen durchgeführt, z.B. anlässlich der Halbzeitbilanz der ersten grün-schwarzen Landesregierung. Ab 2021 stand die Kampagne zur Landtagswahl am 14. März 2021 im Zentrum der Aktivitäten.
	Für den DGB ist es daher eine wichtige Aufgabe, in den kommenden Jahren die Ehrenamtsstrukturen zu unterstützen und zu stärken, damit dieses Engagement auch in Zukunft möglich ist. Der DGB macht es sich zur Aufgabe, entsprechende Maßnahmen und Konzepte zu entwickeln, damit die Ehrenamtlichen vor Ort gerüstet ihre Aufgaben wahrnehmen können.	Für das Ehrenamtsseminar wurde eine neue Struktur eingeführt. Es gibt nun zwei Mal im Jahr eine Tagung mit bezirklichen und regionalen Anteilen. Zusätzlich wurden neue Seminarangebote für ehrenamtliche Strukturen geschaffen. Einen engeren thematischen Austausch ermöglicht außerdem die Umsetzung des Zukunftsdialoges in Themenkorridoren.
	Um hierbei die branchen- und betriebsübergreifende Zusammenarbeit zu stärken, sollen in den Kreis- und Stadtverbänden kooperative Arbeitsformen, wie Betriebsrätenetzwerke und Bündnisse, zielorientiert genutzt, gestärkt und je nach Bedarf neu aufgebaut werden.	Im Rahmen von eSta und der Umsetzung des Zukunftsdialoges werden und wurden alte Netzwerke/Bündnisse gestärkt und neue aufgebaut.

	Antragstext / Arbeitspakete	Maßnahmen
	Mit Blick auf die im Mai 2019 anstehende Kommunalwahl wurde in den vergangenen Monaten das eSta-Projekt (Regionale Strukturpolitik und gute öffentliche Daseinsvorsorge) ins Leben gerufen, welches beispielhaft für die weiterentwickelte Arbeitsweise des DGB in den kommenden Jahren stehen soll.	Das eSta-Projekt wurde erfolgreich abgeschlossen und ein entsprechender Projektbericht wurde angefertigt. Die Erfahrungen aus eSta dienten außerdem als Blaupause für die Umsetzung des DGB Zukunftsdialoges in BW. Dazu wurden fünf Themenkorridore geschaffen. Jeder KV/SV in BW wählt einen Korridor aus und legt damit seinen Themenschwerpunkt fest.
	Gewerkschaftliche Bildungsarbeit ausbauen	Gemeinsames Bildungsprogramm des DGB Baden-Württembergs und des DGB-Bildungswerks BW wurde in 2018, 2019 und 2020 erarbeitet und veröffentlicht. Hier wurden verstärkt eigene neue Angebote entwickelt. Gemeinsam mit ver.di sind zahlreiche Angebote für Bildungszeitseminare entwickelt und umgesetzt worden.
	Der DGB trägt eine Mitverantwortung für die Entwicklung der Mitgliederstruktur, der er in Abstimmung mit den Mitgliedsgewerkschaften nachkommt.	In Absprache mit den Mitgliedsgewerkschaften wurden und werden die Mitgliedsgewerkschaften vor Ort in den Betrieben unterstützt. (z.B. Region Südbaden Bäckerei Heinzmann NGG)
	Deshalb ist es für den DGB Baden-Württemberg ein wichtiges Anliegen, an die Schulen, Hochschulen und andere Bildungseinrichtungen zu gehen und dort zu zeigen, welche Bedeutung eine demokratische Grundhaltung und gewerkschaftliche Werte für unsere Gesellschaft haben. Voraussetzung hierfür ist, die Arbeit der DGB-Jugend zu stärken. Dies gilt insbesondere für den Projekttag „Demokratie und Mitbestimmung“ im Rahmen der Berufsschultour an den Berufsschulen und die Neuausrichtung der Hochschularbeit.	DGB Baden-Württemberg ist einer von drei Bezirken mit einem separaten Studierendenprojekt mit zusätzlicher Personalausstattung durch den DGB BuVo. Hochschularbeit wurde neu aufgesetzt: <ul style="list-style-type: none"> • Neuer Webauftritt, neues Logo • Neue Kontakte zu Studierendenvertreter*in wurden aufgebaut • Gemeinsame Plattform zum Datenaustausch • Ausbau der Vernetzung aller Akteure (Gewerkschaften, Studierendenvertreter*innen) • StudiCamp Durch den „Neustart“ der Studierendenarbeit konnte eine bessere Vernetzung der Akteure und eine größere Reichweite der Botschaften des DGB erreicht werden. Insgesamt ist die Studierendenarbeit des DGB effizienter und effektiver und es gelingt mehr und mehr feste Strukturen aufzubauen. Außerdem ist es gelungen, eine landesweite Studierendenkampagne für eine Reform des Bafög durchzuführen und Bundes- sowie Landtagswahlen mit spezifischen Themen der Studierenden aktiv zu begleiten.
D 003		Die Berufsschultour wurde in den vergangenen Jahren entsprechend des bundesweiten Konzepts durchgeführt. Das Konzept wurde dabei regelmäßig evaluiert und gemeinsam mit den Mitgliedsgewerkschaften weiterentwickelt. Bis zum Beginn der Einschränkungen im Rahmen der Corona-Epidemie zeichnete sich in 2020 ein neuer Rekord bei den besuchten Klassen und erreichten Auszubildenden ab. Aufgrund der Corona Einschränkungen mussten ab Frühjahr 2020 die Bemühungen eingeschränkt werden, da nur Teile des Konzepts in hybride und virtuelle Formate übertragen werden konnten.
D 004		Anträge wurden während der Konferenz zurückgezogen.

	Antragstext / Arbeitspakete	Maßnahmen
D 005	Es soll geprüft werden, ob Einrichtungen des DGB bzw. der VTG des DGB mit Anlagen zur Erzeugung von Strom und Wärme, z.B. Solar-Anlagen, ausgestattet werden können. Sofern dies möglich ist, soll bis spätestens 2021 mit der Installation solcher Anlagen begonnen werden. Dem Bezirksvorstand wird dazu jährlich ein Bericht vorgelegt.	Die Prüfung hat ergeben, dass bei einer Ausstattung eines Gebäudes der VTG des DGB mbH mit einer Photovoltaikanlage ein steuerrechtlich wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb entsteht. Die steuerpflichtigen Umsätze sind dem DGB zuzurechnen, da dieser Treugeber des VTG-Vermögens ist. Der DGB ist daran gehalten, derartige Umsätze nicht zu tätigen. Aus diesem Grund kann eine Installation einer Photovoltaikanlage nicht erfolgen.
D 006	Alle Einrichtungen des DGB bzw. der VTG des DGB sollen, wenn nicht schon geschehen, bis 2021 auf einen Strombezug aus erneuerbaren Energien umgestellt werden. Hierbei ist auf die Tarifbindung und die Mitbestimmungsgremien der Anbieter zu achten. Dem Bezirksvorstand wird dazu jährlich ein Bericht vorgelegt.	Das ist in Stuttgart bereits der Fall, die Abfrage für die übrigen Standorte der VTG läuft.



IMPRESSUM

Herausgeber:
DGB-Bezirk Baden-Württemberg
Willi-Bleicher-Str. 20, 70174 Stuttgart
www.bw.dgb.de

Verantwortlich: Martin Kunzmann, Vorsitzender

Redaktion: Andrea Gregor, Benita Kaupe

Fotos: DGB (wenn nicht anders vermerkt)

Layout: Regine Lieb, klip
Druck: Visit You, Stuttgart

Redaktionsschluss: Ende September 2021
Stuttgart, im September 2021

bw.dgb.de



<https://www.facebook.com/bw.dgb>



https://twitter.com/DGB_BW



<https://www.instagram.com/dgbbawu/>



<https://www.youtube.com/c/DGGBadenWuerttemberg>



<https://t.me/DGGBaWu>

ZUKUNFT GESTALTEN WIR.

Geschäftsbericht
Deutscher Gewerkschaftsbund
Bezirk Baden-Württemberg
2018–2021